

Stenographisches Protokoll.

75. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Donnerstag, den 22. April 1920.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages und des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Absenheitsanzeige (Seite 2205).

Urlaubserteilung (Seite 2246).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung seitens des Abgeordneten Dr. Michael Schacherl (Seite 2205).

Vorlage der Staatsregierung.

Zuweisung von 814 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 2105).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen) — Fortsetzung der Generaldebatte — Redner:

Generalredner pro Abgeordneter Spalowsky [Seite 2205] — Generalberichterstatter Dr. Otto Bauer [Seite 2216] — Spezialdebatte — Gruppe I: „Oberste Volksorgane“, Gruppe II: „Gerichte öffentlichen Rechtes“, Gruppe III: „Staatsrechnungshof“, Gruppe VII: „Staatskanzlei“ — Redner: Spezialberichterstatter Dr. Adler [Seite 2218 und 2243] — Gruppe XIV: „Außeres“ — Redner: Spezialberichterstatter Dr. Alfred Gürtler [Seite 2221 und 2244], die Abgeordneten Dr. Straßner [Seite 2224], Dr. Schneider [Seite 2230], Dr. Urjin [Seite 2233], Hermann Hermann [Seite 2240] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2245].

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Niederlegung der Mandate als Mitglied seitens des Abgeordneten Dr. Wutte und als Ersatzmänner im Finanz- und Budgetausschuße seitens der Abgeordneten Frankenberger, Traxler, Dr. Schürff und Größbauer (Seite 2245).

Ersatzwahlen des Abgeordneten Dr. Schürff als Mitglied und der Abgeordneten Partik, Dr. Aigner, Stocker und Dr. Schönbauer als Ersatzmänner im Finanz-

und Budgetausschusse an Stelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Wutte, Frankenberg, Tragler, Dr. Schürff und Größbauer (Seite 2246).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anfragen:

Anfragen

1. des Abgeordneten Forstner und Genossen an den Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die unter Mitwirkung der staatlichen Erdölstelle vorgenommenen Manipulationen

der Daimlerwerke bei Verteilung von Erdölprodukten (Anhang I, 336/I);

2. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Staatssekretär für soziale Verwaltung, betreffend den Streik der Industriearbeiter Österreichs (Anhang I, 337/I).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: **Präsident Seitz**, dritter
Präsident **Dr. Dinghofer**.

Schriftführer: **Korstner, Proft**.

Staatskanzler: **Dr. Renner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersich** für Inneres und Unterricht, **Dr. Ramek** für Justiz, **Dr. Deutsch** für Heereswesen, **Dr. Reisch** für Finanzen, **Hanusch** für soziale Verwaltung, **Dr. Ellenbogen**.

Unterstaatssekretäre: **Glückel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, **Dr. Eisler** im Staatsamte für Justiz, **Dr. Wais** im Staatsamte für Heereswesen, **Dr. Reisch** und **Dr. Tandler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 20. April ist in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt. Das Protokoll über die Sitzung vom 21. April liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Der Abgeordnete **Schönfeld** hat sich krank gemeldet.

Das Mitglied der Nationalversammlung für den Wahlkreis Steiermark Nr. 20, **Dr. Michael Schacherl**, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt.

Wegen Einberufung des Ersatzmannes wird das erforderliche veranlaßt werden.

Wir kommen zur Tagesordnung, das ist die Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages und des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen), Generaldebatte.

Zum Worte gelangt noch als Generalredner pro der Herr Abgeordnete **Spalowsky**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Spalowsky:** Hohes Haus! Es ist eine selbstverständliche Tatsache, daß bei der Erörterung des Staatsvoranschlages die Debatte

über die Grundlagen unseres Staatswesens einen sehr breiten Raum eingenommen hat. Nach dem Zusammenbruche Österreichs, nach dem Umsturze mußte daran gedacht werden, aus diesem Trümmerhaufen das neue Staatswesen Deutschösterreich aufzubauen, sein Volk zusammenzuführen zu einer Staatlichkeit, und es ist naturgemäß, daß die Ereignisse der letzten Jahre, aber nicht nur der unmittelbar vorangehenden Jahre des Krieges, sondern auch die Erscheinungen der Zeit vor dem Kriege in dieser Arbeit des Wiederaufbaues ihren Ausdruck finden.

Insbondere wurde die Arbeit des Aufbaues dieses Staatswesens beeinflusst von den sozialen Umwälzungen, die schon vor Jahrzehnten im alten Österreich ihren Anfang genommen, die in ziemlich lebhaften Kämpfen ihren Ausdruck gefunden haben und die besonders in dem Umstande zum Ausdruck kam, daß eine Klasse, eine Schichte der Gesellschaft, die bisher von jedem Einfluß auf die Entwicklung des Staates und auf die Führung seiner Agenden vielfach ausgeschlossen war, die Arbeiterschaft, nunmehr die Gelegenheit benutzte, in größerem Maße als ehedem Einfluß auf die Führung und Leitung der Staatsgeschäfte zu gewinnen. Die Arbeiterschaft war im alten Staate vielfach in der Lage, beklagen zu müssen, daß sie keinen genügenden Einfluß auf den Staat ausüben kann. Die Arbeiterschaft, der volkreichste Teil der Bevölkerung, hatte nur ein bescheidenes Wahlrecht, hatte bei den Behörden keinerlei Einfluß und in unserem gesellschaftlichen Leben herrschte die Auffassung vor, daß man auf die Arbeiterschaft sehr wenig Rücksicht zu nehmen brauche. Es hat sich das auch früher in der parlamentarischen Tätigkeit gezeigt.

Wir wissen aus der Zeit vor dem Kriege, einer Zeit, die weit zurückreicht, daß die notwendigsten Entschlüsse unserer Volksvertretung, die für die Arbeiterschaft zu fassen gewesen sind, immer auf gewaltige Hindernisse gestoßen sind und daß es oft ungeheurer Kraftanstrengungen sowohl seitens der Arbeiterschaft wie auch seitens der wenigen einsichtsvollen Elemente anderer Stände bedurft hat, um einen Fortschritt in unserer sozialen Gesetzgebung zu erreichen. Dieser Umstand hat auf unsere Rechtsverhältnisse überaus ungünstig eingewirkt. Die Arbeiterschaft hatte das Gefühl, daß sie in ihren Rechten außerordentlich benachteiligt war. Und wenn nun die Arbeiterschaft nach dem Zusammensturz bei der Schaffung des neuen Staates bestrebt war, das Veräumte nachzuholen, so ist das an sich ganz und gar leicht zu verstehen.

Es muß aber hier festgestellt werden, daß bei diesen Bestrebungen, was an gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft zu schaffen notwendig gewesen ist, die Arbeiterschaft durchaus nicht auf sich allein angewiesen war. Wir haben bei der Tätigkeit unserer Nationalversammlung bis zum heutigen Tag sehen können, wie all die Bestrebungen nach einer besseren rechtlichen Stellung der Arbeiterschaft auch bei den Angehörigen der anderen Berufskreise ein sehr warmes Verständnis und eine sehr weitgehende Unterstützung von Seiten der anderen Volkskreise gefunden haben. Alle die großen und sehr weittragenden Neuerungen, die wir auf sozialpolitischem Gebiete im vorigen und heurigen Jahre beschlossen haben, sind nicht nur ohne ernstlichen Widerstand aus bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen durchgeführt worden, sondern sie haben sich vielfach der sehr aufrichtigen und warmherzigen Förderung dieser Kreise erfreut. Es geht daraus deutlich hervor, daß in einem großen Teile unserer Bevölkerung das aufrichtige Bestreben vorhanden ist, dem Rufe Folge zu leisten, der am 12. November, an jenem denkwürdigen 12. November des Jahres 1918, in einem Aufruf der Provisorischen Nationalversammlung an das deutschösterreichische Volk erhoben worden ist, dem Aufruf, in dem sich die bezeichnenden Sätze finden (*liest*): „Bürger, Bauer und Arbeiter haben sich zusammengetan, um das neue Deutschösterreich zu begründen. Bürger, Bauer und Arbeiter sollen in den nächsten Monaten der höchsten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Not zusammenstehen, einander bereitwilligst helfen und das Volk vor dem Untergange bewahren. Nach wenigen Monaten, so hoffen wir, kehrt in der Welt und kehrt in Deutschösterreich das normale Leben wieder. Dann wird das gesamte Volk sich seine dauernde staatliche Ordnung geben. Bis dahin Vertrauen, Eintracht, Selbstzucht und Gemeinfinn!“

Dieser Aufruf, der so recht zum Ausdruck brachte, daß unsere staatliche Erneuerung nur vor sich gehen kann, wenn alle erwerbstätigen Stände in Gemeinsamkeit diesem Ziele zustreben, wenn sie alle ihre Kraft dazu ausnutzen, um dieses Ziel zu erreichen, dieser Aufruf ist von den Angehörigen meiner Partei zweifellos voll und ganz befolgt worden. Dieser Ruf, der aus der Not des Volkes heraus erklingen ist, ist von den Angehörigen der christlichsozialen Partei gern erfüllt worden, weil er den Grundsätzen der christlichsozialen Partei voll und ganz entspricht, dem Grundsatz, daß in einem Staate nicht die Interessen eines Teiles der Bevölkerung vertreten werden sollen, sondern daß die Interessen des ganzen Volkes und aller seiner Teile Berücksichtigung zu finden haben.

Unsere christlichsoziale Partei als Volkspartei, als eine Partei, die ihre Anhänger in allen

Schichten des Volkes sucht und findet, war leicht in der Lage, diesem Rufe zu folgen. Die politische Entwicklung in unserem Vaterlande seit dem Zusammenbruch ist aber von einem anderen Umstand beeinflusst worden, von einem Umstand, der nach unserer Überzeugung nachteilig für die ganze politische Entwicklung gewesen ist. Es war der Standpunkt, von dem die sozialdemokratische Partei an die Lösung der Fragen herangetreten ist, es war der Standpunkt des Klassenkampfes, eine alte programmatische Forderung der Sozialdemokratie, der bei diesem Wiederaufbau sehr oft hinderlich geworden ist. Mit dem Mittel des Klassenkampfes sollte die Arbeiterschaft aufgerüttelt werden, um im Kampfe gegen die Angehörigen der anderen Berufsstände ihre Rechte zu sichern, sich ihre Rechte zu erstreiten. Dieser Klassenkampf hat ganz naturgemäß zum Klassenegoismus und zum Klassenhaß geführt. Und wir finden diese beiden Erscheinungen des Klassenegoismus und des Klassenhasses so oft während der Zeit des Aufbaues zum Ausdruck kommen und wir sehen sie Dinge zeitigen, die dem Wiederaufbau sehr oft hinderlich sind.

Zunächst war nach dem Zusammenbruch infolge der jahrzehntelangen Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Klassenkampfes von Seiten der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft vielfach die Meinung oder das Gefühl vorhanden, daß man nunmehr in der Zeit der neuen staatlichen Ordnung einfach alles machen könne, daß man machen könne, was man wolle. (*Sehr richtig!*) Diese Auffassung ist nichts anderes als das Ergebnis der Agitation, unter deren Einfluß die Arbeiterschaft bisher gestanden ist. Diese Erscheinung hat sich so weit entwickelt, daß bei verschiedenen Anlässen die Arbeiterschaft, soweit sie sozialdemokratisch geführt war, sich über den Ruf der provisorischen Nationalversammlung kühn hinwegsetzte, keine Rücksicht darauf nahm, daß die Führer der Sozialdemokratie selbst erkannt haben, daß nur im Zusammenwirken, in der wirklichen Solidarität aller Kreise unseres Volkes die Zukunft unseres Staates gesichert sein kann. Und so sehen wir, daß aus dieser Erwägung, die allerdings bei der Erziehung erklärlich ist, die die sozialdemokratische Partei der Arbeiterschaft hat angedeihen lassen, daß aus dieser Tatsache heraus immer neue Schwierigkeiten sich ergeben haben, und es ist in den Kreisen des Bürgertums und der Bauernschaft oft die Meinung vertreten worden, daß der Umsturz nichts anderes gezeitigt habe, als daß an die Stelle der einen Klassenherrschaft, der einen Parteiherrschaft, der Herrschaft der Bürokratie, die vor dem Kriege und während desselben sich so überaus schwer fühlbar gemacht hat, nunmehr die Herrschaft einer anderen Klasse getreten sei, daß man beabsichtige, die Herrschaft der Arbeiterklasse aufzurichten, die rücksichtslos über die berech-

tigten Wünsche der anderen Berufsklassen hinwegzugehen bereit sei.

Wenn der Herr Generalberichterstatter in seinen einleitenden Worten davon gesprochen hat, daß die Arbeiterschaft erst Vertrauen gewinnen muß zu diesem neuen Staate, so möchte ich dem gegenüber darauf hinweisen, daß es mir vielmehr notwendig scheint, daß andere Klassen ebenfalls Vertrauen zu diesem Staate gewinnen. *(Zustimmung.)* Ich scheue mich gar nicht, als Angehöriger und Vertreter des Arbeiterstandes den Standpunkt, den wir so oft in diesem Hause und in anderen parlamentarischen Körperschaften vertreten haben, auch hier neuerdings zu präzisieren, daß wir es für die Arbeiterschaft durchaus nicht als einen Vorteil betrachten, wenn sie in die Lage kommt, eine einseitige Klassenherrschaft, irgendwelche Vorrechte für ihren Stand zu erringen. Die Vorrechte eines Standes und auch die Vorrechte, die die Arbeiterschaft für sich anstrebt, sind nichts anderes als eine Beunruhigung der anderen Stände, eine Beunruhigung der berechtigten Ansprüche auf Berücksichtigung ihrer Interessen, die sie immer bedroht finden durch Vorrechte, mögen sie nun von der einen oder von der anderen Seite in Anspruch genommen werden. Es ist deswegen nach unserer Auffassung das Prinzip des Klassenkampfes auch eine Gefahr für die Arbeiterschaft selbst, denn die Arbeiterschaft bringt sich ja dadurch in einen fortwährenden und immer größer werdenden Gegensatz zum Volksganzen, zu den übrigen Kreisen des Volkes. Die Arbeiterschaft kommt aber auf die Dauer nicht damit aus, daß sie allein ihre Geschicke bestimmen kann. Sie braucht die Mithilfe der Angehörigen der anderen Volksklassen, der anderen Kreise unseres Volkes.

Aus diesem Grunde lehnen wir den Klassenkampf ab, weil wir ihn nicht nur als eine Gefahr für die staatliche und soziale Entwicklung, sondern insbesondere auch als eine Gefahr für den Arbeiterstand selbst betrachten, die ungemein groß werden kann. Das klassenkämpferische Prinzip hat die Arbeiterschaft bei uns in Österreich und auch in anderen Staaten — wir sehen das an der Entwicklung in Deutschland und anderwärts — dazu gebracht, daß sie sich, soweit sie sozialistisch orientiert war und sich zum Sozialismus bekannt hat, nicht gescheut hat, sehr oft zu einer rücksichtslosen Anwendung der errungenen Macht überzugehen. Wir finden das bei uns deutlich ausgedrückt in der Art und Weise, wie die Einrichtung der Arbeiterräte sich bemerkbar macht. Ich will gar nicht darauf eingehen, woher die Arbeiterräte eigentlich ihre Berechtigung zu den verschiedenen Funktionen ableiten, die sie für sich in Anspruch nehmen.

Es ist eine Tatsache, daß die Art und Weise, wie die Wahl der Arbeiterräte vor sich geht, sie zu einem

ausgesprochenen Parteinstrument stempelt, und daß die Art, wie die Wahlen praktisch durchgeführt worden sind, durchaus nicht danach ist, als daß diesen Arbeiterräten eine ganz besondere Autorität zukommen würde. Aber es ist bezeichnend für diese Arbeiterräte, wie wir deren Wirken in Wien beobachten können, daß sie ängstlich bemüht sind, ihre Funktionen allein auszuüben, das heißt, bei den verschiedenen Behörden einen Einfluß in ihrem Sinne geltend zu machen, nämlich im Sinne des Sozialismus und des Klassenkampfes, daß sie dabei aber auch sichtlich bestrebt sind, die Angehörigen anderer Volkskreise von einer solchen Einflußnahme unter allen Umständen auszuschließen. Wir haben erst in den letzten Tagen sehen können, daß es sich bei der Heranziehung von Vertretern der Bevölkerung zum Kriegswucherante in Wien gezeigt hat, daß trotz der Vereinbarungen mit der Regierung, daß auch Vertreter der christlichsozialen Arbeiterschaft an diesem Kriegswucherante mitwirken sollen, in dem Augenblick, als die Vertreter der christlichsozialen Arbeiterschaft ihre Funktion antreten wollten, ihnen von den Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiterräte im Auftrage des Kreisarbeiterrates bedeutet worden ist, daß sie nicht zugelassen werden und daß die Sozialdemokraten mit ihnen als Vertretern der bürgerlichen, der besitzenden Kreise absolut nicht zusammenarbeiten wollen. Die Behauptung, daß die Vertreter der christlichsozialen Arbeiterschaft Vertreter der bürgerlichen Kreise wären, ist eine durchaus willkürliche und sie ist auf Grund der Tatsache, daß entgegen den Vereinbarungen die Mitwirkung andersgesinnter, andersorientierter Vertreter der Arbeiterschaft einfach nicht zugelassen wird, lediglich als ein Beweis dafür zu werten, daß die sozialdemokratischen Arbeiterräte ihren Einfluß auf die verschiedenen behördlichen Organe vollständig kontrolllos ausüben wollen, daß sie nicht gestört sein wollen in der parteimäßigen Auswertung ihres Einflusses, den sie unter dem Vorwande einer Regelung unserer Ernährungsverhältnisse für sich in Anspruch genommen haben.

Wir haben ja übrigens auch gesehen, wie die Handhabung der Wohnungsanforderungen unter der Einflußnahme und Mitwirkung der Arbeiterräte gelitten hat. Das praktische Ergebnis der Wohnungsanforderung ist durchaus nicht in Übereinstimmung mit der Aufregung, die in die Bevölkerung hineingetragen worden ist. Es sind Wohnungen angefordert worden, von denen sich nachträglich und in der Mehrzahl herausgestellt hat, daß sie nicht angefordert werden können. Das ist ein Beweis für den einseitigen Einfluß der Arbeiterräte auf die Wohnungserhebung.

Wenn in der Debatte der Herr Abgeordnete Dr. Adler auf die Verhältnisse auf dem Lande hingewiesen hat, wenn er auf die Zustände bei den

einzelnen Bezirkshauptmannschaften Bezug genommen hat, so muß ich ihm in seiner Auffassung ganz entschieden widersprechen. Es ist durchaus nicht richtig, daß auf dem Lande draußen der alte Obrigkeitsstaat noch besteht, wie Herr Dr. Adler hier gesagt hat, sondern wir haben im Gegenteil die Tatsache zu verzeichnen, daß in einer großen Anzahl von Bezirkshauptmannschaften die Bezirkshauptleute heute überhaupt nur das tun, was der sozialdemokratische Arbeiterrat ihnen befiehlt. Wenn die Herren dafür Beweise haben wollen, so werden ihnen unsere Herren Kollegen aus den einzelnen Ländern bei der Spezialdebatte, etwa bei der Verhandlung des Voranschlages des Staatsamtes des Innern, diesbezüglich reichliche und eingehende Aufklärung geben können. Es gibt eine ganze Reihe von Bezirkshauptleuten, die heute nur ängstlich darauf horchen, was sie den Arbeiterräten zu Gefallen tun können, die sich oft und oft über notwendige Maßnahmen, die zum Schutze der Allgemeinheit getroffen worden sind, hinwegsetzen, die es vollständig verkennen, daß sie in erster Linie Organe sind zur Wahrung der Geseze, Bezirkshauptleute, die lediglich Angst haben, wie sie mit den Arbeiterräten am besten auskommen.

Es spielt ja hier auch die Frage der Lebensmittellkontrolle eine außerordentlich große Rolle, und daß diese Kontrolle, die von sozialdemokratischer Seite als so wirkungsvoll und für unsere Lebensmittelförderung so wichtig hingestellt worden ist, vollständig versagt, das kann man auf jedem Wiener Bahnhof täglich erleben. Es kommen Leute an, die sich darüber beklagen, daß man ihnen einen Liter oder einen halben Liter Milch von seiten des Arbeiterrates oder von seiten eines Gendarmen, der im Auftrag des Arbeiterrates gehandelt hat, weggenommen hat, während mit demselben Zug Hunderte von Leuten ankommen, die große Milchkannen mit einem Inhalt von 10, 15 und 20 Liter Milch hereinschleppen. Es ist eine durchaus willkürliche Kontrolle, die da geübt wird, eine Kontrolle, die gewöhnlich den Kleinsten und Schwächsten trifft, aber denjenigen, der wirklich dem Schleichhandel dient, seine Geschäfte ohne Anstand weiter betreiben läßt. Wir haben daher für eine solche Art der Beeinflussung unserer Amtsorgane und Mitwirkung von Parteiorganen an unserer Verwaltung kein Verständnis und wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen solche Vorkommnisse.

Wenn in der Debatte von dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei auf die Frage der Verwaltung eingegangen worden ist und dabei auch die Stellung der Beamtenschaft und ihre Tätigkeit besprochen wurde, so möchte ich dem gegenüber folgendes feststellen: Die bürokratische Verwaltung ist in unserem Staate heute, leider Gottes, noch immer nicht ver-

schwunden, noch immer herrscht derselbe bürokratische Geist wie früher, nur die Tatsache hat sich geändert, daß die bürokratische Auffassung in einem anderen Sinne geltend gemacht wird, daß sie zugunsten anderer Verwendung findet. Die Leute müssen heute ebenso wie früher von einem Amt zum anderen laufen, sie müssen noch zu verschiedenen neuen Instanzen, wie zum Beispiel zu den Arbeiterräten, laufen, und das hat zweifellos die Erledigung und Behandlung der dringendsten Fragen nicht verbessert und nicht leichter möglich gemacht. Wenn hier gesagt wird, daß die Arbeiterschaft es als einen Nachteil empfinden muß, daß sich die Beamten früher nicht als Vertreter des Proletariats gefühlt haben und daß man früher sozialdemokratische Beamte nicht geduldet habe, so möchte ich doch da mit der Frage antworten, wieso es denn eigentlich kommt, daß wir — wenigstens wird uns das immer mitgeteilt — jetzt auf einmal Tausende sozialdemokratischer Beamten haben sollen. Wenn man diese früher nicht geduldet hat, wo wären sie denn nach dem Umsturz auf einmal hergekommen? Die Tatsache, daß wir heute Tausende von sozialdemokratischen Staatsangestellten, insbesondere Beamte haben, ist ein Beweis dafür, daß die Beamtenschaft schon früher sich zur Sozialdemokratie bekennen konnte und daß ihr Hindernisse nicht in den Weg gelegt worden sind. Es ist darum nicht richtig, daß die Beamtenschaft der Sozialdemokratie unbedingt fremd und feindselig gegenübergestanden ist. Ich möchte dieser Äußerung gegenüber unsere Auffassung in dem Sinne zusammenfassen, daß wir durchaus nicht wünschen, daß die Beamtenschaft etwa eine Vertreterin des Bürgertums sein möge, daß die Beamtenschaft sich als eine Vertreterin der Interessen der Bauernschaft betrachten solle, daß aber ebenso wenig sich die Beamtenschaft als eine Vertreterin der Arbeiterschaft zu betrachten habe. Sie hat sich in erster Linie als ein Organ des Staates zu betrachten, das die Geseze einzuhalten und die Ordnung im Staate und in seiner Verwaltung aufrecht zu erhalten hat. Darüber hinaus ist es Pflicht der Beamten, mit Verständnis und mit warmfühlendem Herzen an die Lösung all der Fragen heranzutreten, die in unserer Verwaltung auftauchen. Andere Anforderungen kennen wir nicht gegenüber der Beamtenschaft und darum lehnen wir es ab, von ihr zu verlangen oder ihr die Möglichkeit zu bieten, daß sie sich einseitig in dem einen oder anderen Interesse engagieren soll. Wir brauchen die Beamtenschaft als ein Organ unseres Staates, der alle umfaßt, der von allen Staatsbürgern gebildet wird und der naturgemäß auch durch seine Organe allen Staatsbürgern gerecht werden muß.

In der Zeit seit der Neuwahl der Nationalversammlung oder, besser gesagt, seit der Schaffung unserer Republik ist aus unseren Kreisen, und speziell

aus den Kreisen der christlichsozialen Arbeiterschaft, lebhafteste Klage über den Terrorismus geführt worden, der von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei, von sozialdemokratischen Organisationen und auch von amtlichen Stellen gegen die politische Überzeugung und gegen die Organisationszugehörigkeit Andersgesinnter geltend gemacht worden ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Adler hat gemeint, mit ein paar Bemerkungen über einzelne Vorkommnisse, die sich auch auf anderen Gebieten abgespielt haben, die Frage abtun zu können. „Die Regierung appelliert daher an alle Behörden, autonomen Vertretungskörper, Parteien und Organisationen, der Freiheit der individuellen Überzeugung, dem freien Vereins- und Koalitionsrecht überall Geltung zu sichern.“

Das waren die Erklärungen, die wir aufrechtig begrüßt haben, von denen wir erwartet haben, daß sie auch von den einzelnen gehört werden, und von denen wir erwartet haben, daß sowohl die Staatsorgane wie die beiden koalitierten Parteien sich bemühen werden, diesen Grundsatz auch hochzuhalten. Daß das aber nicht geschehen ist, daß auch von staatlichen Stellen aus dennoch eine einseitige Bevorzugung sozialdemokratischer Organisationen und sozialdemokratischer Arbeiter Platz gegriffen hat, das ist eine Tatsache, über die wir fast täglich Klage zu führen Gelegenheit gehabt haben. Ich will heute nur einige Tatsachen anführen, die ganz besonders charakteristisch sind.

So ist in den „Mitteilungen des Volksgesundheitsamtes“ in der Nr. 18 vom 17. November 1919 ein Erlaß des Volksgesundheitsamtes, der vom 22. Oktober datiert ist, erschienen, in dem die Spitalleitungen, die Direktionen die Weisung erhalten haben, daß, falls eine Stelle zur Besetzung gelangt, sich die Direktionen in erster Linie an die Vermittlungsstelle der „Fachorganisation der geschulten Krankenpflegerinnen, Fürsorgerinnen und verwandten Berufsorganisationen“ zu wenden haben. Meine verehrten Frauen und Herren, das ist eine einseitige Bevorzugung einer ausgesprochen sozialdemokratischen Parteiorganisation, und wenn ein solcher Erlaß in einem Zeitpunkt hinausgeht, in dem der Chef dieser Regierung erklärt, daß jedem Staatsbürger ohne Rücksicht auf seine Überzeugung, ohne Rücksicht auf seine Meinung der Zutritt zu allen staatlichen Anstellungen freigestellt sei, daß er unbehindert stattfinden soll, so ist das ein arger Widerspruch, wie man sich ihn ärger nicht leicht denken kann.

Die Verhältnisse in den Krankenanstalten sind auch dementsprechend. Ich bemerke, daß ich selbst mit verschiedenen Deputationen und daß auch unsere Organisation des christlichen Krankenpflegepersonals sowie verschiedene neutrale Organisationen beim Herrn Unterstaatssekretär Professor Dr. Tandler in dem Sinne vorgeschprochen haben, daß dieser

Erlaß zurückgezogen wird. Es ist uns zugesagt worden, aber es ist bis heute nichts in der Richtung geschehen. Dementsprechend haben sich auch die Verhältnisse in den Spitälern entwickelt. Erst heute wird mir mitgeteilt, daß gerade in den letzten Tagen im Allgemeinen Krankenhaus die Mitglieder des dortigen Betriebsrates in einer ganz eigenartigen Weise vorgehen. Sie haben an die niederösterreichische Landesregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie die Absetzung der Oberin der Schwesternschaft, der Schwester Helene Sternberg, fordern mit der Begründung, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen sei, und es wird in dem Falle, daß der Forderung nicht stattgegeben wird, mit dem Streik im Allgemeinen Krankenhaus gedroht. Es wird diese Forderung übrigens auch mit dem Hinweis auf die politische Haltung der Schwester Oberin begründet. Die Schwester Helene Sternberg, die aus einem alten Adelsgeschlechte stammt und politisch unserer Partei nicht nahe steht, hat sich bei dem Zusammenschluß der neutralen und der nichtpolitischen Krankenpflegerorganisationen mit der christlichen Krankenpflegerorganisation dieser angeschlossen, und ich muß es als einen ganz unerhörten Übergriff des Betriebsrates bezeichnen, wenn er von der Leitung einer Anstalt die Entlassung einer bestimmten Person fordert, weil sie unserer Organisation angehört. Das verstößt ganz entschieden gegen den Geist und gegen die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Im Betriebsrätegesetz ist ausdrücklich der Wirkungskreis bezeichnet, den die Betriebsräte haben, und in dieser Aufzählung ihres Tätigkeitsgebietes ist kein Wort davon erwähnt, daß sie auch auf die Entlassung bestimmter Personen irgendeinen Einfluß zu nehmen oder das Verlangen nach der Entlassung bestimmter Personen zu stellen haben. Die Betriebsräte selber sind im Betriebsrätegesetz geschützt, sie können nicht kurzerhand entlassen werden, und der Schutz, den ihnen das Gesetz verleiht, ist durchaus nicht eine Legitimation dazu, daß sie kurzerhand über das Schicksal mißliebiger Personen entscheiden können. Es ist klar, daß, wenn von einem Staatsamte selbst solche Erlässe hinausgehen, die eine Organisation einseitig bevorzugen, dann solche Erscheinungen zutage treten müssen.

Ich kann dieser Auffassung nicht zustimmen, sondern ich muß auf diese Frage ein wenig eingehen, weil mich ganz bestimmte Motive dazu zwingen. Als im Oktober des vorigen Jahres die Koalitionsregierung gebildet wurde, hat sich diese Bildung auf Grund von Vereinbarungen zwischen den beiden großen Parteien vollzogen und im Sinne dieser Vereinbarungen hat der Herr Staatskanzler Dr. Renner in seinen grundsätzlichen Erklärungen vor der Nationalversammlung unter anderem auch folgende Erklärung abgegeben (liest):

„Jedem Staatsbürger steht das freie Vereins- und Koalitionsrecht sowie das gleiche Recht auf Zutritt zu Gewerben und Berufen und auf Erlangung öffentlicher Anstellungen zu. In den Staatsbetrieben besteht volle Vereins- und Koalitionsfreiheit. Kein Staatsangestellter darf wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation oder wegen seiner politischen Gesinnung gemäßigert oder benachteiligt werden. Die Freiheit der politischen Gesinnung und ihre Betätigung ist eine der Grundlagen jeder Demokratie.“

Bei den Staatsbahnen haben wir ähnliche Vorkommnisse oft beklagt. Von der Leitung des Staatsamtes für Verkehrswesen ist ein Erlass hinausgegeben worden, der die Erklärungen des Herrn Staatskanzlers über die Koalitionsfreiheit im wesentlichen wiedergegeben und aufgezählt hat. Trotzdem kommen immer wieder ganz schwere Verstöße gegen dieses Prinzip der Koalitionsfreiheit vor. So ist uns von unserer Organisation mitgeteilt worden, daß sich erst in den letzten Tagen neuerlich ein sehr krasser Fall ereignet hat, der überdies auch sehr bedenklich für die Disziplin und für die Ordnung in unseren Staatsbahnbetrieben ist. Ein Mitglied unserer Organisation hat sich um die Aufnahme bei den Staatsbahnen beworben. Der Betreffende hat an die Staatsbahndirektion Wien-West eine Eingabe gerichtet und darauf ist ihm die Mitteilung gemacht worden, daß seine Eingabe dem Bahnbetriebsamt Wien-Franz Josef-Bahn zur Vormerkung überwiesen worden sei. Von dort erhielt er ein Schreiben mit der Aufforderung, sich wegen Aufnahme in der Personalkanzlei einzufinden. Das hat er getan und er ist nun nicht zum Schulbeamten des Bahnamtes geschickt worden, sondern man hat ihn zu dem sozialdemokratischen Vertrauensmann, Oberkondukteur Innerhuber, zur Ablegung der Aufnahmsprüfung gesandt. Es ist nun ganz charakteristisch, daß nicht der Beamte, der zur Vornahme einer solchen Aufnahmsprüfung vorhanden ist, der Schulbeamte, zur Vornahme dieser Prüfung herangezogen wurde, sondern daß der Aufnahmewerber an den sozialdemokratischen Hauptvertrauensmann gewiesen worden ist. Dieser Vertrauensmann hat nun den betreffenden Aufnahmewerber zunächst sofort gefragt, durch wen er zur Bahn gekommen sei, und als er erklärte: Vom Reichsverband christlicher Eisenbahner, hat ihm der Hauptvertrauensmann gesagt, daß die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation viel stärker sei als die christliche. Das war ein sehr deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Es hat nun der Hauptvertrauensmann die Prüfung in den vier Hauptrechnungsarten mit dem Petenten vorgenommen und ihn dann mit dem Bemerkten entlassen, da er im Dividieren zu schwach sei, könne er für den Fahrdienst nicht verwendet werden und werde als Magazinsarbeiter Aufnahme finden. Der Mann wartet aber bis heute noch auf irgend eine Ver-

ständigung. Das graste an dem Fall ist, daß nicht der Schulbeamte, der nach den bestehenden Vorschriften die Prüfung vorzunehmen hat, dazu herangezogen wurde, sondern der Vertrauensmann einer politischen Partei, der Vertrauensmann einer gewerkschaftlichen Organisation, der als ein Organ der politischen Parteiorganisation austritt. Das widerspricht wiederum grundsätzlich den Verheißungen, die uns der Herr Staatskanzler bei Antritt der Koalitionsregierung gemacht hat, es widerspricht aber auch dem Empfinden jedes Einzelnen, es widerspricht dem Rechte des Einzelnen, seine politische Gesinnung und seine gewerkschaftliche Organisation unabhängig von jeder Profession sich selbst zu wählen.

Es kommen aber nicht nur in den einzelnen staatlichen Betrieben solche Beschwerden vor, sondern auch in Privatbetrieben. Wir haben uns ja schon oft mit dieser Frage beschäftigt und die Koalitionskommission hat zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Trotzdem ereignen sich immer wieder solche Fälle. Ich gebe zu, daß in dem einen oder anderen Falle — es sind allerdings so wenige, daß sie an den Fingern einer Hand hergezählt werden können — auch Kollegen aus der sozialdemokratischen Partei sich bemüht haben, den betreffenden Fall aus der Welt zu schaffen; in einem großen Teil der Fälle ist es ihnen aber gar nicht gelungen, in einem andern, ebenfalls sehr großen Teil, ist nach unserer Überzeugung gar nicht der Versuch gemacht worden, die Koalitionsvereinbarungen überhaupt einzuhalten. Der Fall von Hilm-Kematen, wo Arbeiter, die Jahrzehnte in der Fabrik beschäftigt waren, gezwungen wurden, mit Frau und Kindern in ein anderes Land überzusiedeln und ihre Heimat zu verlassen, ist so groß, so arg und von der Arbeiterschaft so aufreizend empfunden worden, daß auch die sozialdemokratische Partei auf die Dauer solche Vorkommnisse nicht wird entschuldigen können.

Wir haben jetzt erst wieder Gelegenheit, einige besonders arge Fälle zu konstatieren. Es ist ganz interessant, daß im Pensionat St. Josef in Strebersdorf, also einem geistlichen Institut, der rücksichtslosste Terrorismus gegen jeden christlich organisierten Arbeiter entwickelt wird. Die sozialdemokratische Organisation besteht dort erst seit kurzer Zeit, aber sie duldet einfach keinen christlich organisierten Arbeiter. Der eine Vertreter der christlichen Arbeiterschaft wurde unter den unerhörtesten Drohungen gezwungen, aus der Organisation auszutreten. Es ist aber trotzdem ein Teil der Arbeiterschaft in unserer Organisation geblieben und nun hat man plötzlich die Forderung aufgestellt und von der Leitung dieses Institutes verlangt, daß, wenn Neuaufnahmen notwendig sind, nur die Vermittlungsstelle der sozialdemokratischen Organisation der Gastgewerbe- und Hotelangestellten herangezogen werden soll. Das ist von der Betriebs-

leitung abgelehnt worden und daraufhin haben Verhandlungen stattgefunden, an denen meines Wissens auch der Abgeordnete Weber teilgenommen hat und wobei man dem Verwalter dieses Institutes, dem ehrwürdigen Bruder Fidelis, folgende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt hat (*liest*): „Über Intervention der Betriebsräte“ — also wieder die Betriebsräte in Dingen, die sie absolut nichts kümmern — „und der Vertreter der Gewerkschaft der Hotel-, Gast- und Raffeehausangestellten und der politischen Partei“ — in Klammern „beide sozialdemokratisch“ — „erklärt Bruder Fidelis als Arbeitgeber, bei Aufnahmen und Entlassungen von Bediensteten des Pensionates St. Josef-Strebersdorf die Betriebsräte zu Rate zu ziehen. Für Neueinstellungen gilt als Bezugsquelle jene Organisation, welcher der Entlassene angehört hat.“

Die Betriebsräte haben sich um Entlassungen und haben sich um Neuaufnahmen nicht zu kümmern, das ist nicht ihre Aufgabe. (*Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Die Aufzählung im Betriebsrätegesetz ist demonstrativ und nicht taxativ!*) Daraus ist aber, Herr Dr. Bauer, durchaus nicht abzuleiten, daß alles das, was Sie wollen, einfach gemacht werden kann. Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind eine Grundlage für ihre Tätigkeit und davon werden wir nicht abgehen, um so weniger, als wir wissen, daß auch Sie bereit sind, wenn irgend ein Übergriff von Betriebsräten unserer Richtung erfolgt, sich gerade auf dieses Gesetz zu berufen, das Sie nunmehr bekämpfen. (*Abgeordneter Forstner: Wo haben Sie Betriebsräte?*) Erkundigen Sie sich im Staatsamt für soziale Verwaltung, dann werden Sie auf Ihre Frage Auskunft erhalten.

Aber abgesehen von diesem Falle greift der Terrorismus sehr oft auch auf das politische Gebiet über. Er reicht über den Rahmen der gewerkschaftlichen Bestrebungen, die in Wirklichkeit vorhanden sind oder vorgeschützt werden, weit hinaus und begibt sich auf ein Gebiet, das uns parteipolitisch außerordentlich wichtig ist. In den Gemeinden an der Südbahn, wie in Gumpoldskirchen, Guntramsdorf usw. hat eine kleine Anzahl jugendlicher Arbeiter, die unserer Organisation angehört haben, dem Druck nachgegeben und sich der sozialdemokratischen Gewerkschaft angeschlossen. Sie haben geglaubt, nun endlich Ruhe zu haben, es ist ihnen aber späterhin ganz offen und dezidiert erklärt worden, daß das nicht genüge, sondern sie müßten auch aus dem katholischen Jugendbund austreten; sie müssen sich verpflichten, voll und ganz der sozialdemokratischen Partei Folge zu leisten, und ein Arbeiter, der das nicht getan hat — ich habe diese Fälle seinerzeit ausführlich dem Herrn Staatskanzler mitgeteilt —, wurde tatsächlich entlassen und es wurde ihm überdies von dem sozialdemokratischen Vertrauensmann die Erklärung als Trost

mit auf den Weg gegeben, er werde überall, wo er hinkomme, solange keine Ruhe haben, so lange er einer katholischen oder christlichsozialen Organisation angehöre. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Es ist ein so unerhörter Haß, der in solchen Erklärungen zum Ausdruck kommt, ein Haß, der des Arbeiterstandes unwürdig ist, um so mehr, wenn er gegen einen Standes- und Berufsangehörigen geltend gemacht wird, daß sich, wie ich glaube, alle Menschen die etwas auf Anstand und Ordnung halten, bemühen müssen, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten.

In den letzten Tagen erst ist wieder ein ähnlicher Fall, der allerdings nicht so groß ist, der aber für das Bemühen bezeichnend ist, die Arbeiterschaft zur Gänze in den Bannkreis der sozialdemokratischen Partei zu zwingen, aus Steyermühl in Oberösterreich gemeldet worden. Dort haben am 6. März d. J. die sozialdemokratischen Arbeiter den Beschluß gefaßt, daß die sozialdemokratische Presse obligatorisch einzuführen ist (*Abgeordneter Witternigg: Sehr vernünftig!*), daß sämtliche christlichen Zeitungen zu verdrängen und daß die Arbeiter in christlichen Vereinen nicht zu lassen sind. Herr Kollege Witternigg, wenn Sie es begrüßen, daß das geschieht, so ist das nur ein Beweis, daß Sie nicht mehr auf dem Boden des Koalitionspaktes stehen. (*Rufe: Das ist die Freiheit!*) Es ist das ein deutlicher Beweis dafür, daß aus den Kreisen der gewählten Mandatäre heraus diese Bestrebungen Unterstützung finden und daß alles das nicht richtig ist, was hier immer wieder gesagt wird, daß dies nur der Ausfluß von Bestrebungen solcher Elemente sei, die man nicht in der Hand habe. Ihr Zwischenruf, Herr Abgeordneter Witternigg, ist ein Beweis dafür, daß das von der Partei organisiert wird (*So ist es!*), und das ist es, wogegen wir den schärfsten und entschiedensten Widerspruch erheben müssen. (*Abgeordneter Hackenberg: Sozialdemokraten werden nicht angestellt, Deutschnationale auch nicht!*) Herr Kollege Hackenberg, Sie vergessen dabei nur eines: das, was Sie im Zwischenrufe erwähnt haben, war früher der Fall, aber seither sind die Koalitionsvereinbarungen getroffen worden, diese Koalitionsvereinbarungen werden von uns eingehalten und von Ihnen, wie die Äußerung des Herrn Kollegen Witternigg zeigt, mit Absicht verletzt und verspottet. (*Abgeordneter Forstner: Früher war es anders, seither ist Ihnen aber die Macht weggenommen worden!*)

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. (*Fortgesetzte Zwischenrufe.*) Ich bitte, den Herrn Redner aussprechen zu lassen! (*Zwischenrufe des Abgeordneten Witternigg.*) Ich bitte, Herr Abgeordneter Witternigg, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abgeordneter **Spalowsky** (fortfahrend): Ich muß gegenüber diesen Vorfällen, die ich hier gekennzeichnet habe und der Situation, die sich daraus ergibt, nur die eine Erklärung abgeben, daß wir uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine solche Beeinflussung der Arbeiterschaft wehren werden. Wir werden es nicht dulden, bis die Verhältnisse endlich einmal anders werden, und wir haben die Überzeugung, daß auch die Sozialdemokratie, wenn nicht durch uns, doch vielleicht durch die fortwährende Erörterung dieser Vorfälle gezwungen werden wird, endlich einmal die Freiheit der Gesinnung anderer zu achten und sie nicht fortwährend zu verletzen. (Zustimmung.) Wir haben es verstanden, wenn in früherer Zeit beklagt wurde, daß aus bürgerlichen Kreisen aus Unverständnis oder auch aus Haß heraus die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ihren Organisationsbestrebungen gehindert worden ist, wir haben das zu würdigen gewußt und ich verstehe es, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft froh ist, daß sie die Freiheit ihrer Überzeugung errungen hat. Aber daselbe Gefühl für eine aufrechte Gesinnung haben auch andere, nicht nur die Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Ich rufe der Sozialdemokratie die eine Warnung zu, sie möge bedenken, welche Elemente sie durch diese Vorfälle in ihre eigenen Reihen hineinzwingt. Sie zwingt in ihre eigenen Reihen Leute zur Gesinnungsheuchelei; Leute, die keine Sozialdemokraten sind, werden gezwungen, sich als Sozialdemokraten zu geben, und das wird der Sozialdemokratie keinen Vorteil bringen (Sehr richtig!), das kann nur vielleicht ziffernmäßig einen kleinen Ausdruck finden. Übrigens behaupten ja die Herren Sozialdemokraten, daß sie auf die christlichen Arbeiter gar kein Gewicht legen, und trotzdem sind sie ängstlich bemüht, jeden christlichen Arbeiter zu zwingen, in ihre Reihen einzutreten. (Rufe: Aber nein!) Aber ja, es geschieht doch, die Tatsachen beweisen es. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Wissen Sie einen Fall von der politischen Organisation — eine Gewerkschaft ist ganz etwas anderes als eine politische Organisation!) Verzeihen Sie, Herr Dr. Bauer, ich müßte auf Grund Ihres Zwischenrufes annehmen, daß Sie die Struktur Ihrer Partei zu wenig kennen. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!) Ich will Ihnen diesen Vorwurf nicht machen, ich erinnere Sie nur daran, daß sowohl aus den Protokollen Ihrer Parteitage, wie aus den Protokollen der Gewerkschaftskongresse deutlich hervorgeht, daß die Gewerkschaft und die politische Partei bei Ihnen eine Einheit sind, und darum dürfen Sie es nicht ableugnen und den Standpunkt einnehmen, daß da irgend eine Differenz zu beobachten wäre. (Abgeordneter Witternigg: Auf welchem Parteitag ist das beschlossen worden?) Ich habe die Jahreszahl nicht in Erinnerung, aber

ich kann in einer Stunde mit genauen Daten dienen, wie der Sekretär der Gewerkschaftskommission Hueber ausdrücklich erklärt hat, daß ein solcher Unterschied nicht besteht. Darüber kommen Sie nicht hinweg. Das war ja bisher immer ein Ruhmes-titel in Ihrer Bewegung und Sie haben sich sehr viel darauf zugute getan, daß in Österreich die Gewerkschaft ganz anders in der Parteibewegung dastehe, wie beispielsweise in Deutschland draußen. Für uns liegt die Tatsache so: Es ist ja Ihre Sache, ob Sie sich Heuchler und Gesinnungslumpen in Ihrer Partei systematisch dadurch heranziehen wollen, daß Sie anders Gesinnte in Ihre Organisation zwingen — für uns und besonders für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung liegt die Sache so, daß wir uns mit allen Mitteln gegen solche Beeinflussungen wehren werden, und wir haben uns bisher immer erfolgreich bemüht, die Arbeiterschaft vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten.

Wenn Sie sich aber auf die Dauer selber gegen die Erkenntnis wehren, daß die Ordnung gemacht werden muß, wenn solche Bestrebungen in Ihrem Lager Beifall finden, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn eines schönen Tages auch unseren Leuten die Geduld reißt, wenn sie sich nicht von einem Ort zum andern jagen lassen, wenn sie mit ihrer Familie nicht bloß deshalb ins Elend ziehen wollen, weil sie eine aufrechte Gesinnung und auch den Mut haben, diese Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. (Abgeordneter Witternigg: Durch Jahrzehnte haben Sie die Sozialdemokraten verfolgt!) Stellen Sie doch nicht solche Behauptungen auf! Wir haben die Sozialdemokraten nicht verfolgt, wir waren viel zu gutmütig dazu. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Was war bei den Straßenbahnern?) Was wollen Sie von den Straßenbahnern reden? Einzelne Elemente sind dort geregelt worden und Sie haben in einem Monat viel mehr christliche Arbeiter um ihr Brot gebracht, als unsere Partei in ihrer ganzen Herrschaftstätigkeit jemals maßregeln konnte. Kommen Sie nicht mit solchen Einwendungen! Die Tatsache bleibt bestehen, daß heute die Koalitionsvereinbarungen vorhanden sind und daß die von Ihren Leuten fortwährend verletzt werden. (Zwischenruf des Abgeordneten Hölzl.) Herr Kollega Hölzl, wir haben gar keine Ursache zur Betrübnung, denn die Entwicklung unserer Organisation seit dem Kriege ist eine so günstige, daß wir gar keine Ursache haben, betrübt zu sein. Schauen Sie sich nur um die Leute um, die vor einem halben Jahre Ihren Organisationen beigetreten sind, wie die heute über Ihre Organisationen reden, und dann reden Sie von Betrübnung! (Abgeordneter Forstner: Sie wollen darüber hinwegtäuschen, daß es keine christlichsozialen Arbeiter gibt!) Schauen Sie, Herr Abgeordneter Forstner, ich habe gerade gesagt, was Sie für einen Wider-

sinn treiben. Sie reden davon, daß es keine christlichsozialen Arbeiter gibt, und haben doch einen so riesigen Apparat aufgebaut, um den letzten christlichsozialen Arbeiter aus seiner Organisation heraus und in Ihre Organisation hineinzubringen. Sie widersprechen sich ja selber mit solchen Mätzchen, die Sie besser nicht machen sollten. Aber die Tatsache, die ich hier mit diesen Ausführungen besprochen habe, ist nur ein neuerlicher Beweis dafür, daß die Verwilderung der Massen, von der Herr Dr. Adler gesprochen und die er als eine Folge des Krieges bezeichnet hat, nicht allein eine Folge des Krieges ist, sondern daß die Verwilderung gerade ein Ergebnis des Klassenkampfes ist, den man in einem Teil der Arbeiterschaft hineingetragen hat. Die klassenkämpferische Erziehung hat die Arbeiterschaft in einen Gegensatz, und zwar bewußt in einen Gegensatz zu den übrigen Kreisen des Volkes gebracht und daraus erklären sich auch diese Erscheinungen. Man kann nicht kurzerhand Leute, die man durch Jahrzehnte zum Haß erzogen hat, nun auf einmal zur Liebe und zur Verträglichkeit erziehen.

Diese Erklärung ergibt sich für jeden, der die Verhältnisse nur irgendwie kennt, und wenn ich dabei nur auf eine Bemerkung zu sprechen komme, die Herr Dr. Adler vorgestern in der Generaldebatte hier gemacht hat, wie er davon gesprochen hat, daß wir, die bürgerlichen Parteien, den Krieg zu verantworten hätten, weil wir ihn gedeckt haben, so möchte ich doch diesem Schlagwort gegenüber endlich einmal auch hier in diesem hohen Hause die Tatsache feststellen, daß nicht nur wir Christlichsozialen oder andere bürgerliche Parteien den Krieg gedeckt haben, sondern es haben auch Sozialdemokraten den Krieg gedeckt — täuschen Sie sich nicht darüber! — und Sozialdemokraten auch bei uns. Als am 4. August 1914 der deutsche Reichstag mit großer Mehrheit die ungeheuren Summen für die deutschen Kriegskredite bewilligt hat, hat damals das Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Arbeiter-Zeitung“, am 7. August 1914 geschrieben (*liest*): „Wer sich den Blick für das Weltgeschehen bewahrt, versteht diese Haltung, stimmt ihr rückhaltslos zu und spricht diese Zustimmung in kräftigster und voller Weise aus.“ (*Hört! Hört!*)

Kommen Sie daher nicht und erzählen Sie uns, daß wir den Krieg allein gedeckt haben und daß wir ihn zu verantworten haben. Was die Schuldfrage anbelangt, so werden wir ja darüber ein andermal reden. Auch darüber haben wir Äußerungen genug, die zeigen, daß die Behauptung, daß die Christlichsozialen allein die Kriegsschuld trifft, durchaus eine agitatorische Phrase ist, ohne daß sie mit den wirklichen Verhältnissen in Zusammenhang gebracht werden kann. Für uns liegt

die Sache so, daß gegenüber den Ausschreitungen, die vorgekommen sind, versucht werden muß, diesem Zustand ein Ende zu machen. Sie sind eine Gefahr für die Arbeiterschaft und es muß insbesondere das Prinzip des Klassenkampfes, das das unmöglichste Prinzip für die Ordnung eines Staates ist, die notwendige Einschränkung erfahren. Den Arbeitern ist die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen zu vertreten, den ihnen gebührenden Raum im Staate und in der Gesellschaft zu finden und in der gesellschaftlichen Ordnung jenen Platz, der ihnen die nötige Entwicklungsmöglichkeit schafft, sichern, sonst kommen wir dazu, daß die Arbeiterschaft isoliert wird, und es würde einer Reaktion am allerliebsten sein, wenn eine fortschreitende und fortwährende Isolierung der Arbeiterschaft zu konstatieren wäre.

Wenn wir uns bei Beurteilung der Fragen unserer Staatlichkeit und unserer sozialen Verhältnisse daran erinnern, daß wir immer den Standpunkt vertreten haben, daß der einzige Grundsatz, nach dem das Leben der Völker und die Verhältnisse eines Staates geregelt werden können, der Grundsatz des Christentums ist, so halten wir gerade auf Grund der gemachten Erfahrungen an diesem Grundsatz fest. Wir wissen, daß ein Zusammenleben nur möglich ist, wenn das Einzelindividuum auch instande ist, sich die nötige Beschränkung aufzuerlegen, die die Rücksicht auf den Nebenmenschen gebietet, wenn das Einzelindividuum wirklich auch jene Entfaltung und Selbstüberwindung besitzt, die es in die Lage versetzt, sich einzufügen in eine Ordnung, die nicht nur Vorteile bringt, sondern von ihm auch Pflichten verlangt. Das tut das Christentum, das Christentum, das seine sittlichen Grundsätze aus der göttlichen Autorität ableitet und dementsprechend nur allein instande ist, eine Staaten- und Weltordnung zu begründen.

Wenn in dieser Debatte aber so sehr angezweifelt wurde, daß die nächsten Probleme von uns leicht gelöst werden können, so möchte ich doch auch dem teilweise zustimmen. Die Frage der Verfassung, die für uns eine der wichtigsten ist, wird nicht leicht gelöst werden können wegen des Widerstreites, der in der Bevölkerung vorhanden ist, aber sie muß gelöst werden, weil es schließlich unsere Aufgabe ist. Bei der Frage der Verfassung wird unsere Partei selbstverständlich darauf Rücksicht nehmen, daß das, was in unserem Staate wertvoll ist, in seiner Verfassung auch Verwendung finde. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die Länder historisch überholte Begriffe seien, sondern wir finden — ich verweise nur auf Vorarlberg, das so viel angegriffen und bekämpft wird —, daß dieses Land nicht nur eine wirtschaftliche Einheit darstellt, sondern daß seine Bevölkerung auch anders geartet ist als die Bevölkerung in Tirol. All das ist ein

Beweis dafür, daß man nicht mit einem Federstrich über die Eigenart der Länder hinweggehen kann. Wenn uns bei der Beurteilung dieser Fragen von Herrn Dr. Adler der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir als konservative Partei die Liebe nur für dasjenige haben, was ist, so ist das nicht zutreffend. Allerdings — wie ich soeben erwähnt habe — wir wollen das erhalten, was vorteilhaft ist, was im Sturm und Drang der Zeiten sich bewährt hat. Wir haben das auf anderen Gebieten längst bewiesen und der verstorbene Dr. Adler hat schon im Jahre 1893 in einer Versammlung im Sofiensaal anerkannt, daß gerade all dasjenige, was auf dem Gebiete des sozialen Fortschrittes zu erreichen gewesen ist, auf den Einfluß der rechten Seite des Abgeordnetenhauses zurückzuführen ist. Von der liberalen Partei sei nichts zu erreichen gewesen. Aller sozialer Fortschritt, das bishchen Arbeiterschutz, das bishchen Arbeiterversicherungs-gesetzgebung ist von den Merkmalen herbeigeführt worden. Das ist ein Beweis, daß es durchaus nicht richtig ist, daß wir nur an dem Alten festhalten. Wir sind vielmehr bestrebt, den Erfordernissen der Zeit entsprechend das Alte umzugestalten, umzubauen unter Aufrechterhaltung dessen, was sich bisher als wertvoll herausgestellt hat.

Wenn ich zu den Ausführungen, die während der Generaldebatte gemacht worden sind, noch eines bemerken soll, so will ich auf die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zur Frage der Rechtsverhältnisse nur eines hier bemerken: Es wird in der sozialdemokratischen Presse, und auch hier im Hause ist es geschehen, tief beklagt, daß im Neunkirchener Falle es zugelassen wurde, daß eine fremde Macht sich in den Gang der Rechtspflege eingemengt hat. Ich will demgegenüber nun feststellen, daß, wenn es irgend jemandes Aufgabe gewesen wäre, sich dagegen zu verwahren, dies Sache des Staatsamtes für Äußeres gewesen wäre. Dieses Staatsamt hat mit den fremden Mächten sich ins Einvernehmen zu setzen. Aber wir haben die feste Überzeugung, daß von einer Einmischung in das Rechtsverfahren gar nicht geredet werden kann. Es liegt die Tatsache vor, daß nur verlangt worden ist, daß dem Rechte zum Durchbruch verholfen, daß Ordnung gemacht werden soll: Der Fall einer Einmischung in das Rechtsverfahren trifft hier durchaus nicht zu und ich finde im Gegenteil das als etwas beschämend, daß man sich erst von einer fremden Macht hat daran erinnern lassen müssen, daß man dem Rechte seinen freien Lauf lassen muß. Ich kann daher in die Klagen, die diesbezüglich erhoben worden sind, nicht einstimmen, und wenn daraus vielleicht der Schluß gezogen werden sollte, daß deswegen Angriffe gegen den Staatssekretär für Justiz erhoben werden müssen, so will ich demgegenüber nur feststellen, daß das eine sehr schwache Legitimation dafür sein wird.

Ich will mich in der Generaldebatte nicht mehr weiter mit den Verhältnissen der einzelnen Ressorts beschäftigen; dazu wird Gelegenheit bei der Spezialdebatte sein. Ich will aber noch einen Grundsatz hier besonders erwähnen, weil er für uns von großer Wichtigkeit ist. Er betrifft die Schule. Mit der Frage der Schule, mit dem System Glöckel werden wir uns in der Spezialdebatte sehr eingehend beschäftigen, und zwar nicht nur deswegen, weil dieses System uns nicht entspricht, sondern weil von diesem System Schritte unternommen werden, die durchaus nicht in Ordnung sind. Ich verweise da nur auf die Frage der religiösen Übungen. Da hat sich gezeigt, daß trotz der Schritte des Staatsamtes der Wunsch der Schüler, an den religiösen Übungen teilzunehmen, noch außerordentlich lebhaft ist. Es haben die Schritte, die die Verbindlichkeit der religiösen Übungen aufgehoben haben, den gewünschten Erfolg nicht erreicht, und so hat man sich zu etwas anderem entschlossen. Man will die religiösen Übungen direkt sabotieren. Wenige Tage vor Beginn der Osterferien hat das Staatsamt einen Erlass hinausgegeben, nach dem die Osterferien heuer plötzlich nicht erst am Mittwoch beginnen, sondern schon mit der Karwoche. Das war eine überraschende Verfügung, die zweifellos nur den Zweck hatte, den Schülern die Teilnahme an den religiösen Übungen unmöglich zu machen. Man hat damit gerechnet, daß die Schüler nun vielleicht schon am Beginn der Woche nach Hause fahren, die Wiener vielleicht auch fortfahren werden, und so wollte man die religiösen Übungen sabotieren. Dieses Ziel ist ja zum Teil erreicht worden, aber es konnte nur erreicht werden, weil unserer Partei von dieser Verfügung keine Kenntnis gegeben worden ist, weil sie auch unseren Vertretern in der Regierung nicht bekannt geworden ist. Ich möchte unter allen Umständen hier feststellen, daß wir an einer Führung der Geschäfte des Staatsamtes für Unterricht im Sinne der Aufrechterhaltung der sittlich-religiösen Erziehung das allergrößte parteimäßige Interesse haben, und auch die christliche Arbeiterschaft weiß, daß die Notwendigkeit der religiösen Erziehung unserer Kinder eine absolute ist. *(Ruf: Es kann doch jeder in die Kirche gehen, wenn er will!)* Reden Sie nicht vom Kirchengehen, ich habe jetzt von der Erziehung der Kinder in religiösem Sinne gesprochen, und da wird es gut sein, wenn Sie ein bißchen aufpassen! Wir haben uns vor Augen zu halten, daß auch im sozialdemokratischen Lager die kirchenfeindlichen Verfügungen unseres Staatsamtes den heftigsten Widerspruch finden. Wir haben es in Wien bei Elternversammlungen erlebt, daß Sozialdemokraten sich mit allem Nachdruck gegen die Veruche gewehrt haben, die Religion aus der Schule zu verdrängen. Für uns ist die religiöse Erziehung

der Kinder das Um und Auf, wir können davon nicht ein Jota nachlassen, weil das gegen unsere Grundätze verstößt. Und die Stimmung in unserer Bevölkerung zeigt uns deutlich, daß die christliche, die bodenständige Bevölkerung in Österreich sich dieses Gut absolut nicht rauben lassen will. Es sollte daher, wenn schon die Koalitionsregierung besteht, dafür gesorgt werden, daß nicht die Regierung und die einzelnen Staatsämter auf Gebiete übergreifen, die den Koalitionsvereinbarungen widersprechen.

Hohes Haus! Wenn gestern in der Generaldebatte der Herr Abgeordnete Stricker auch die Frage des Judentums oder, besser gesagt, die Frage des Antisemitismus angeschnitten hat, so will ich ihm gegenüber feststellen, daß es fast den Eindruck hervorruft, als ob er vom Antisemitismus ebenso wenig versteht als von unserer Wahlkreiseinteilung. Er hat nämlich behauptet, daß Gumpendorf einen Abgeordneten und Neubau einen anderen Vertreter wählt, obwohl beide Bezirke miteinander in einem Wahlkreis vereinigt sind. So scheint mir auch die Beurteilung zu sein, die er dem Antisemitismus zuteil werden läßt. Unsere ablehnende Haltung gegen das Judentum richtet sich nicht gegen das Judentum als Volk, gegen die berechtigten Ansprüche des Judentums auf Berücksichtigung seiner kulturellen Interessen, sondern unsere Abwehr richtet sich gegen die maßlosen, schrankenlosen Übergriffe des Judentums, die im neuen Staate immer deutlicher und schärfer zum Ausdruck kommen. Wir haben es schon in der Friedenszeit erlebt, daß das Judentum all das, was mühe-los zu gewinnen ist, für sich in Anspruch nimmt, während dem Christenvolk die schwere körperliche Arbeit überlassen wird. Und wenn der Herr Abgeordnete Stricker gestern den Einfall hatte, zu sagen, im alten Staate konnte ein Jude nicht Briefträger werden, so liegt die Sache wesentlich anders. Ich habe noch keinen Juden gesehen, der Briefträger werden wollte. Die Juden sind Advokaten, Ärzte geworden, später Kriegslieferanten, Kriegswucherer und Kriegsspekulanten, aber Briefträger oder vielleicht gar Kanalräumer wollten die Juden nicht werden. Da braucht die Judenschaft die Gleichberechtigung nicht zu erringen suchen. Wir wehren uns gegen die Übermacht auf allen Gebieten, die das Judentum bisher sich angemaßt hat und vielfach leider Gottes nur erreichen konnte unter Mithilfe der sozialdemokratischen Partei. Wenn wir unsere kriegswirtschaftlichen Einrichtungen beobachten, wie sie sich nach dem Umsturz entwickelt haben, so finden wir, daß die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse mehr und mehr in die Hände des Judentums gelangt sind. Das muß naturgemäß unseren Widerspruch hervorrufen. In demselben Augenblick, wo tüchtige Köpfe, tüchtige Elemente aus den Kreisen des christlichen Volkes

ihre Fähigkeiten nicht entwickeln können, beherrscht das Judentum unser ganzes wirtschaftliches Leben. Dieser Zustand ist ein unerträglicher und ihm ein Ende zu machen, wird unser heißestes Bestreben sein. (Abgeordneter Witternigg: Warum reden Sie nicht von den christlichen Juden und von den christlichen Wucherern?) Weil der Herr Abgeordnete Stricker gestern vom Antisemitismus gesprochen hat, Herr Witternigg! Das könnten Sie doch auch wissen. (Heiterkeit.)

Wir sind uns bei Beratung des Finanzgesetzes selbstverständlich unserer Verantwortung bewußt. Wir wissen sehr wohl, daß wir die Verantwortung zu tragen haben, weil wir in der Koalition sind und an der Regierung teilnehmen. Wir sind aber durchaus nur gewillt, die Verantwortung zu tragen, die uns für unseren Teil trifft. Wir lehnen es ab, für Verhältnisse die Verantwortung zu tragen, die sich unserem Einfluß entziehen. Leider mußten wir sehen, daß infolge des rücksichtslosen Vorgehens der sozialdemokratischen Partei sehr viele Dinge in die Gewalt der Sozialdemokraten gekommen sind.

Daraus erklärt es sich, daß unsere Öffentlichkeit für unsere Ernährungsschwierigkeiten, für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Linie die sozialdemokratische Partei verantwortlich macht. Wir sind gewillt, die Verantwortung in dem Maße und in dem Verhältnisse zu tragen, als wir an der Regierung dieses Staates und an dem Einfluß auf seine Entwicklung teilnehmen. Mehr kann man von uns nicht verlangen. Wir sind uns auch vollständig klar darüber, daß die finanziellen Maßnahmen, die von der Nationalversammlung zu treffen sind, die einzige Möglichkeit bieten werden, eine gesunde materielle Grundlage für die Entwicklung unseres Staatswesens zu geben. Wir sind deshalb auch gerne bereit, dahin zu wirken, daß wir unsere längst abgegebene Erklärung, daß wir sowohl an der Durchführung der Vermögensabgabe als an der Schaffung der anderen Steuergesetze mitzuarbeiten bereit sind, uneingeschränkt aufrecht erhalten. Durch unsere Arbeit in der nächsten Zeit wird das erwiesen werden. Wir müssen aber unbedingt die Forderung stellen, daß in allen diesen Fragen nicht einseitig vorgegangen werde, daß berechnigte Interessen, daß ehrlich erworbener Besitz nicht willkürlich und aus agitatorischen Gründen mit Abgaben belastet wird, die ihm schwer fallen und die er nicht ertragen kann. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir für den Wiederaufbau in wirtschaftlicher Hinsicht es notwendig haben, unsere bisherigen wirtschaftlichen Einrichtungen zu schonen und zu erhalten. Manches davon haben wir allerdings besser zu machen und zu ändern, das meiste aber wird bei unseren Verhältnissen erhalten werden können, und das darf nicht ruiniert und behindert

werden durch die Vermögensabgabe oder durch finanztechnische Gesetze, die dieses Ziel haben. Wir werden daher genau prüfen und verlangen, daß gerechtfertigten Interessen bei allen Steuermaßnahmen tatsächlich Rechnung getragen werde.

Wir sind also bereit, im Sinne des Aufrufes, der am Tage der Erklärung unserer Republik an die Bevölkerung Deutschösterreichs hinausgegangen ist, in Eintracht mit allen Parteien unseres Volkes mitzuarbeiten. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß wir uns Selbstzucht auferlegen müssen, daß wir verschiedenen Dingen, die wir gerne verwirklicht sehen würden, entsagen müssen, aber wir verlangen, daß diese Tugend der Ent-sagung auch von den anderen geübt wird, daß es nicht den Anschein gewinnt, als könnte eine nackte Parteiherrschaft aufgerichtet werden, während die große Masse der anderen einfach zu Heloten herabgewürdigt wird. Wir wollen freie Entwicklung, wir wollen die allen Staatsbürgern notwendige Freiheit der Entwicklung, die uns die Möglichkeit gibt, ein wohlhliches Dach für alle zu schaffen, damit sie vor den Fährlichkeiten und Widerwärtigkeiten des Lebens gesichert werden. In diesem Sinne werden wir für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Schlußwort gelangt der Herr Generalberichterstatter Dr. Bauer.

Generalberichterstatter Dr. Otto Bauer: Hohes Haus! Von den staatsfinanziellen Fragen, die in der Generaldebatte besprochen worden sind, möchte ich nur eine hervorheben. Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat, an einige Bemerkungen, die ich in meinem Referate gemacht habe, anknüpfend, hervorgehoben, daß auch jetzt noch die Preise der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel hinter den Selbstkostenpreisen des Staates zurückbleiben. Der Zusammenhang, in dem der Herr Staatssekretär das erwähnt hat, läßt den Schluß zu, daß der Herr Staatssekretär die Bemerkungen, die ich über diese Frage der Preisermäßigung, die Frage der Abgabepreise der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel gemacht habe, offenbar mißverstanden hat. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß der Staat auch heute noch bei einer Reihe von Lebensmitteln, besonders beim Mehl, die Selbstkosten durch die Abgabepreise nicht gedeckt hat. Ich habe nicht geglaubt, daß sich durch Erhöhung des Kronenkurses daran etwas geändert habe. Wohl aber habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Gestaltung, die unsere Verhältnisse genommen haben, die Frage weiterer Preisermäßigungen meines Erachtens anders zu beurteilen ist als in einer früheren Phase. In einer früheren Phase war das allgemeine Preisniveau — und ich denke jetzt nicht an das Preisniveau

der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel, sondern an das allgemeine Preisniveau — tief unter der Importparität und in einer solchen Phase möchte man in der Tat überzeugt sein, daß die Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus hier eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei, daß eine Angleichung innerhalb gewisser Grenzen unerlässlich und unvermeidlich sei. Heute ist das anders geworden. Ich habe ausgeführt, daß das allgemeine Preisniveau sich der Importparität sehr wesentlich genähert hat und daß nun jede weitere Erhöhung des Preisniveaus gefährlich werden könne, weil sie nicht nur die weitere Erhöhung des Kurses der Krone unmöglich machen, sondern selbst den schon erreichten Kronenkurs gefährden könnte. Aus diesem Grunde habe ich geschlossen, daß es eine der Aufgaben einer nicht rein fiskalisch, sondern allgemein volkswirtschaftlich orientierten Finanzpolitik sein müsse, weiteren Erhöhungen des allgemeinen Preisniveaus entgegenzuwirken. Nun ist es klar, daß, wenn der Staat weitere Erhöhungen der Preise der von ihm bewirtschafteten Artikel durchführt, dies weitere neue Teuerungswellen zur Folge hat, in der Art, wie wir solche in den letzten Monaten in ganz besonderem Anfange gesehen haben, und daß daher die Verantwortung für weitere Erhöhungen der Preise staatlich bewirtschafteter Artikel jetzt eine ganz besonders schwere geworden ist.

Ich habe das deswegen hervorgehoben, weil gerade ich wiederholt und öffentlich den Standpunkt vertreten habe, daß man dem Staate nicht zumuten könne, auf die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel unbegrenzte Summen, Milliarden daraufzuzahlen, daß es keine mögliche Finanzwirtschaft sei, daß der Staat jedem einzelnen Konsumenten bei jedem Laib Brot gleichsam eine Subvention aus Staatsmitteln gewährt. Aber gerade weil mir in einer früheren Phase der Entwicklung unserer valutarischen Verhältnisse eine gewisse Angleichung an das Weltmarktniveau der Preise unerlässlich und unvermeidlich schien, halte ich es für besonders wichtig, daß man sich jetzt dessen bewußt sei, daß die volkswirtschaftliche Situation eine ganz andere ist. Und so selbstverständlich es vom budgetären Standpunkte aus bleibt, daß der Staat möglichst wenig für die Verbilligung von Lebensmitteln ausgeben muß, wäre es andererseits meines Erachtens eine höchst gefährliche Politik, nicht nur von allgemein volkswirtschaftlichen, sondern auch von budgetären Gesichtspunkten aus, durch eine Preispolitik, die nicht der Marktlage Rechnung trägt, Kursbewegungen unseres Geldes und Bewegungen der Kaufkraft unseres Geldes hervorzurufen, die schließlich dem Staatshaushalte selbst die aller-schwersten Lasten auferlegen müßten. Das glaube ich, so wenig ich in meinem Schlußworte auf die einzelnen finanziellen Fragen, die hier erörtert

worden sind, eingehen kann, doch hervorheben zu müssen, weil mir schien, daß meine Bemerkungen in meinem Referate über diesen Punkt mißverstanden worden sind.

Was die politischen Fragen betrifft, die in der Debatte erwähnt worden sind, so liegt es außerhalb der Aufgaben und des Rechtes des Berichterstatters des Finanzausschusses, hier dazu Stellung zu nehmen. Ich muß es mir daher versagen, so verlockend das auch sonst wäre, vielen Herren, insbesondere auch dem letzten Herrn Redner auf gewisse seiner politischen Ausführungen eingehend zu antworten. Nur einige ganz wenige Bemerkungen scheinen mir doch unerläßlich zu sein. Wenn der Herr Abgeordnete Spalowsky im allgemeinen gegen das Prinzip des Klassenkampfes polemisiert hat, so muß ich gestehen, daß, wenn jemand gegen den Klassenkampf polemisiert, mir das immer ungefähr so vorkommt, wie wenn jemand etwa gegen das Gravitationsgesetz polemisiert. (Heiterkeit.) Der Klassenkampf ist eine der Tatsachen der Weltgeschichte, die niemand leugnen kann, der die Weltgeschichte kennt, eine der Tatsachen, die durch sie geht, seit dem es Klassen gibt, und gehen wird, so lange es Klassen geben wird. Die Polemik gegen dieses geschichtliche Gesetz wird wenig wirksam sein. Es ist aber unbestreitbar — und da kehre ich nach dieser Nebenbemerkung zur Aufgabe des Berichterstatters über den Staatshaushalt zurück —, daß der Klassenkampf Wirkungen hat, insbesondere in der Zeit großer sozialer Umwälzungen wie jetzt, die die ganze Volkswirtschaft, daher mittelbar auch den Staatshaushalt sehr stark beeinflussen. Nur scheint mir, daß man, wenn wir die Dinge auch gerade nach ihrer budgetären Wirkung objektiv betrachten wollen, sie doch wohl allgemeiner betrachten muß, als es gerade der Herr Abgeordnete Spalowsky getan hat. Denn wenn man dem Herrn Abgeordneten Spalowsky zuhört, bekommt man das Bild einer Arbeiterschaft, die einen wilden und rücksichtslosen Kampf von einer besinnungslosen Herrschsucht geleitet gegen die anderen Klassen führe, wogegen die anderen Klassen von nichts erfüllt seien als von der Liebe und der Opferwilligkeit für das Gemeinwesen und keinen anderen Wunsch hätten, als daß sie nur nicht gar zu sehr von der Arbeiterschaft bedrückt und ausgebeutet werden. Ich muß gestehen, wenn jemand davon spricht, welche schreckliche Dinge die Arbeiterschaft da in den letzten Jahren angerichtet habe und wenn gerade der Herr Abgeordnete Spalowsky davon spricht, so hätte man doch erwarten können, daß er mit einem Satz wenigstens auch auf andere Formen des Klassenkampfes zu sprechen kommt, die sehr wirksam sind, hohes Haus, und, rein budgetär betrachtet, mindestens ebenso wirksam sind wie die Formen des Klassenkampfes der Arbeiterschaft. Es wäre doch sehr

interessant, darüber zu sprechen, wie zum Beispiel die industriellen Unternehmer jenes große System von wirtschaftspolitischen Maßregeln behandeln, die in unserer Gesetzgebung, die in den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen und Vollzugsanweisungen niedergelegt sind, wie jene Maßregeln der Bewirtschaftung durchgesetzt werden, wie man sich an sie hält, wie die Gesetzestreuere darin ist. Das wäre sehr interessant, einmal zu besprechen und das sind Dinge, von denen im hohen Maße die ganze Struktur unserer Volkswirtschaft und auch die Struktur unseres Budgets abhängt. Der Herr Abgeordnete Spalowsky hat kein Wort über die Gesetzestreuere der Unternehmer gefunden, ihm interessiert nur die Gesetzestreuere der Arbeiter.

Meine Herren! Es wäre vielleicht noch eine Frage in diesem Zusammenhange zu stellen. Man könnte ja auch einmal von der Gesetzestreuere der besitzenden Klassen auf dem Lande draußen sprechen, der Großgrundbesitzer sowohl wie der großen und mittleren Bauernschaft, man könnte darüber sprechen, wie da die Lebensmittelvorschriften, die Vorschriften über die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel gehandhabt werden, man könnte vielleicht an einige Fälle erinnern, wo man es nicht mehr bloß mit Nichtbefolgung von Vorschriften zu tun hatte, sondern wo man sich mit gewalttätigem Widerstande gegen die Organe, welche diese Vorschriften durchzuführen hatten, zur Wehre gesetzt hat. Von alledem weiß der Herr Abgeordnete Spalowsky nichts zu sagen. Aber jeder Einzelfall, wo ein Arbeiter sich widersetzt, ist würdig, hier vorgetragen zu werden. Und doch ist es klar, daß für unsere ganze Volkswirtschaft die passive, ja die aktive Resistenz des Großgrundbesitzes und der Bauernschaft gegen die Durchführung der Lebensmittelvorschriften von entscheidender Bedeutung ist. Sie ist ja auch mit einer der Ursachen der Passivität unserer städtischen Lebensmittelwirtschaft oder steigert zum mindesten diese Passivität und belastet auf diese Weise unseren Staatshaushalt und unsere Valuta sehr schwer.

Ich kann also nur sagen, ohne im einzelnen polemisieren zu wollen, daß mir scheint, daß man in der Öffentlichkeit ein sehr falsches, ein sehr unzutreffendes Bild erweckt, wenn man so einseitig jede Erörterung sozialer und wirtschaftlicher Fragen nur zu Hekreden gegen die Arbeiter benutzt, wie deren Herr Abgeordneter Spalowsky hier wieder eine gehalten hat.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Spalowsky hat gesagt, man solle die Tugend der Entagung nicht einseitig verlangen: Darin kann ich ihm zustimmen. Wir leben in einer Zeit, in der die Entagung, die ich nicht gerade für eine Tugend, aber für eine Notwendigkeit halte, jedermann durch die allgemeine wirtschaftliche Not auferlegt ist, aber die Meinung und den Wunsch, daß

sie nicht einseitig verlangt werden soll, halte ich für vollständig berechtigt, nur glaube ich, ist es gerade in diesen Tagen vielleicht nicht besonders angemessen und nicht besonders zeitgemäß, wenn der Herr Abgeordnete Spalowsky das nur gerade den Arbeitern gegenüber gesagt hat. Wir haben gerade in den letzten Tagen Ereignisse erlebt, wo eine große Schicht der organisierten Arbeiterschaft, wo die Eisenbahner ihre Fähigkeit zur Einsicht in die staatsfinanziellen Verhältnisse zum Verzicht auf eine rücksichtslose Durchsetzung ihrer Sonderforderungen gegenüber den allgemeinen Interessen, ihre Fähigkeit zur Entfugung also, um mich der Terminologie des Herrn Abgeordneten Spalowsky zu bedienen, in einer wahrlich bewunderungswürdigen Weise gezeigt haben, wofür sie allerdings von allen Seiten angegriffen werden, nicht nur von links, sondern, wie ich feststellen muß, auch von seiten der Herren, die dem Herrn Abgeordneten Spalowsky nahe stehen und die auch diese Gelegenheit einfach parteipolitisch zu benutzen versuchen. Es ist aber charakteristisch, daß gerade in diesen Tagen, wo das geschehen ist, der Herr Abgeordnete Spalowsky hieher kommt und diese Pflicht der Unterordnung der Sonderinteressen unter das Gemeininteresse nicht etwa zum Beispiel gegenüber jenen deutsch-nationalen Eisenbahnbeamten vertritt, die gestreift haben, sondern wieder ausschließlich nur gegen die Arbeiterschaft. Das, meine Herren, halte ich für eine falsche Darstellung unserer Verhältnisse, und ich glaube nicht, daß sie nützlich ist.

Ich habe in meinem Referat, auf das sich auch der Herr Abgeordnete Spalowsky bezogen hat, gesagt, daß die Ordnung in unserer Volkswirtschaft und damit auch die Ordnung in unserem Staatshaushalt nicht anders herbeigeführt werden kann, als wenn wir die Arbeiterschaft in immer steigendem Maße mit Vertrauen zu diesem Staate und mit der Überzeugung, daß dieser Staat zu ihrem Staate werde, zu erfüllen imstande sind. Daß das wahr ist, das haben gerade die jüngsten Ereignisse gezeigt.

Wenn da eine große Gefahr sowohl für unsere Volkswirtschaft, aber auch die unmittelbarste Gefahr für unsere Staatsfinanzen abgewehrt worden ist, so war das nur möglich, weil die organisierten Eisenbahner eben in einem hohen Maße doch das Vertrauen haben, daß der Staat nach seinen Kräften, alles, was ihm möglich ist, tun wird, um ihre Verhältnisse zu bessern und daß es dazu der äußersten Zwangsmittel, die die Bevölkerung so schwer getroffen hätten, nicht bedürfe.

Dieses Beispiel zeigt uns, daß wir unsere Volkswirtschaft und unsere Staatsfinanzen nicht mit jenen Methoden in Ordnung halten können, nach denen der Wunsch aus jener leidenschaftlichen und gehässigen Kritik gegenüber der Arbeiterschaft immer

wieder hervorklingt, sondern daß wir nicht anders zur Ordnung unserer Volkswirtschaft und unseres Staatshaushaltes kommen können, als indem wir das tun, was ich schon im Ausgang meines Referates als das Wesentliche betrachtet habe, nämlich alle staatsfinanziellen und alle volkswirtschaftlichen Fragen vor allem auch als soziale Fragen zu erfassen, zu verstehen und zu behandeln.

Nur so viele Worte wollte ich mir, weil ich, wie mir scheint, durch die letztgehörten Ausführungen dazu gezwungen war, als Referent des Finanzausschusses zu der Rede des Herrn Abgeordneten Spalowsky erlauben. Auf die rein politischen Fragen einzugehen, die er auch behandelt hat, muß ich mir als Referent versagen. Es erübrigt sich daher für mich nur, das hohe Haus zu bitten, den Beschluß zu fassen, in die Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag einzugehen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Hauses, die für das Eingehen in die Spezialdebatte auf Grund des vorliegenden Berichtes des Finanz- und Budgetausschusses sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Wir treten also in die Spezialdebatte ein. Die einzelnen Abschnitte dieser Spezialdebatte haben wir bereits vorgestern festgestellt.

Es kommt nunmehr die erste Abteilung zur Verhandlung, das sind die Kapitel I, Oberste Volksorgane, II, Gerichte öffentlichen Rechtes, III, Staatsrechnungshof, VII, Staatskanzlei und XIV, Äußeres.

Für die vier erstgenannten Kapitel ist Berichterstatter der Herr Abgeordnete Dr. Adler, für „Äußeres“ der Herr Abgeordnete Professor Gürtler.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Dr. Adler, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Adler: Hohes Haus! Über die Kapitel I, II, III und VII, die sich mit den Obersten Volksorganen, den Gerichten öffentlichen Rechtes, dem Staatsgerichtshofe und der Staatskanzlei beschäftigen, habe ich einen kurzen, einleitenden Bericht von budgetärer Natur zu erstatten.

Es hat sich ja das hohe Haus in zwei ausführlichen Sitzungen mit den politischen Fragen beschäftigt und es erübrigt sich deshalb, das, was beim Kapitel „Staatskanzlei“ sonst unter Umständen hier zu besprechen wäre, nun neuerlich zu wiederholen.

Ich beschränke mich also, wie gesagt, darauf, über das rein Zahlenmäßige des Budgets einen kurzen Bericht zu erstatten.

Den Ausgaben für die obersten Volksorgane entsprechen im alten Budget die Kapitel Reichsrat, Allerhöchster Hofstaat, Kabinettskanzlei Seiner Majestät. Es sind in dem jetzigen Voranschlag nur die zwei Titel Nationalversammlung und Präsident der Nationalversammlung aufgeführt. Ein Vergleich der Budgets des alten Regimes mit der neuen Ordnung ist natürlich überhaupt sehr schwierig, zahlenmäßig schon dadurch schwierig, daß einerseits die Geldwertung eingesezt hat, andererseits das Staatsgebiet auf ein Fünftel verkleinert ist und es ist, um einen Maßstab zu gewinnen, etwa im Durchschnitt anzunehmen, daß sich die Zahlen unseres ganzen Budgets etwa auf das Zwei- bis Dreifache vergrößert haben. Das Staatsgebiet ist auf ein Fünftel verkleinert, die Geldwertung ist auf das Zehn- bis Fünfzehnfache gestiegen, es sind also die Gesamtzahlen, die überhaupt im Budget aufscheinen, im allgemeinen zirka zwei- bis dreimal so groß, als es im alten Budget der Fall gewesen ist.

Wenn wir nun die Post „Oberste Volksorgane“ nehmen, so sehen wir darin keine Erhöhung, sondern eine erhebliche Verminderung der Zahlen, und zwar waren, wenn man das, wie es einzig möglich ist, in Beziehung zum Gesamtbudget setzt, früher für die obersten Volksorgane, denen einerseits der Reichsrat, andererseits der Hofstaat und die Kabinettskanzlei entsprochen haben, 45 Promille der Gesamtausgaben aufgewendet, während im vorliegenden Budget nur mehr 0,7 Promille der Gesamtausgaben für diese Institutionen angewendet wurden; es muß also tatsächlich gegenüber dem früheren Zustande nur mehr ein Sechstel der Ausgaben für die Institutionen aufgewendet werden, die wir nunmehr als „Oberste Volksorgane“ bezeichnen.

Damit sind natürlich noch keineswegs die Ersparungen vollständig erschöpft, die durch das republikanische System eintreten, weil ja der gesamte Hofstaat und alles, was damit zusammenhing, keineswegs direkt im Budget aufgetreten ist und eine Menge von unproduktiven Ausgaben, die früher bestanden haben, nun einfach in Wegfall gekommen sind. Es ist nötig, zu sagen, daß es durchaus im Geiste einer demokratischen Republik liegt, daß aller Pomp, und alles, was an das frühere System in dieser Richtung erinnern könnte, vermieden werde. Es wurde auch im Budgetausschusse konstatiert, daß in unserer demokratischen Republik eine bescheidene Geschäftsführung vorwaltet, die nicht nur unseren politischen Einrichtungen, sondern auch unserer gesamten finanziellen Lage durchaus entsprechend ist. Es ist ja tatsächlich die ökonomische Gliederung unserer Republik einerseits als industriell, andererseits als kleinbäuerlich zusammengesetzter Bevölkerung eine, die etwa an die der Schweiz erinnert.

Der große Unterschied ist der, daß, während die Schweiz organisch nach und nach gewachsen ist, wir aus einem großen Wirtschaftsgebiet herausgerissen sind und die Schwierigkeit der Zweimillionenstadt, die innerhalb der Sechsmillionenbevölkerung vorhanden ist, eine Menge von Komplikationen bedingt, die einen Abbau aller unserer Institutionen erst nach und nach ermöglichen. Wir befinden uns da gerade mit unseren gesamten Untern schon rein äußerlich, was die Lokaltäten betrifft, in einem Zustand, wie ein junger Bursche, der das Gewand seines Vaters anziehen soll, das ihm nun an allen Enden herumschlottert. Sie brauchen sich ja nur dieses Haus, in dem wir uns momentan befinden, anzusehen, wo die Hälfte einfach vollständig stillegelegt ist. Alles ist angepaßt einem Staatsgebilde von 30 Millionen und es bedarf weitgehender Vorkehrungen, wobei immer zu beachten ist, daß alle baulichen Veränderungen heute mit enormen Kosten verbunden sind, wo man sehr oft viele Dinge einfach nicht machen kann, um sie für neue Zwecke zu verwenden, weil die Kosten zu groß wären.

Alle diese neuen Einrichtungen werden also eine große Zeit in Anspruch nehmen. Wir müssen uns aber klar werden, daß selbstverständlich die Form der Baulichkeiten, die vorläufig bestehen und für die großen Untern bestimmt gewesen sind, wesentlich und einschneidend reduziert werden müssen. Es ist natürlich ganz klar, daß diese großen Untern, wie sie das alte System für einen Dreißigmillionenstaat hatte, nicht ohne weiteres übernommen werden können. Es ist, meine Herren, aber nötig zu erklären, daß die Tendenz sicher bei unserer Regierung vorhanden ist, diese Einschränkungen vorzunehmen, wenn auch selbstverständlich die Schwierigkeit besteht, daß der große Beamtenapparat, den wir noch besitzen, untergebracht werden muß, aber nach und nach die Restringierung, die Anpassung an das neue System unbedingt stattfinden muß.

Meine Herren! Das Kapitel II, die „Gerichte des öffentlichen Rechtes“, betreffen einerseits den Verfassungsgerichtshof, andererseits den Verwaltungsgerichtshof. Der Verfassungsgerichtshof entspricht dem früheren Reichsgericht. Es ist nun zu konstatieren, daß insbesondere beim Verwaltungsgerichtshof bereits ein bedeutender Abbau des Beamtenapparates stattgefunden hat; Sie sehen das daran, daß der Verwaltungsgerichtshof im letzten Jahre des alten Regimes noch 43 Räte zählte, während der Verwaltungsgerichtshof derzeit nur mehr 18 Räte beschäftigt. Es hat also ein starker Abbau stattgefunden, der auch darin seinen Ausdruck findet, daß die Kostenaufwendungen bedeutend gesunken sind. Während der Verwaltungsgerichtshof früher 1,2 Millionen erforderte, ist es gegenwärtig nicht einmal mehr eine halbe Million, die für den Verwaltungs-

gerichtshof aufgebracht werden muß, trotz der wesentlichen Teuerung, die ja inzwischen in Vorschlag zu bringen gewesen ist.

Auch beim Staatsrechnungshof, der im III. Kapitel behandelt ist, hat eine bedeutende Reduktion der Beamten stattgefunden. Es sind gegenüber den früheren 79 Beamten nur mehr 36 in Verwendung, das Kanzleipersonal ist von 9 auf 6, die Zahl der Amtsdienere von 20 auf 12 reduziert worden, es ist also auch bei diesem Kapitel der Forderung, daß ein Abbau stattfinden möge, Rechnung getragen worden.

Was nun endlich das VII. Kapitel „Staatskanzlei“, betrifft, so setzt sich dieses Kapitel aus 11 Titeln zusammen, die einen etwas bunten Eindruck machen, und, wie der Herr Staatskanzler im Budgetausschusse auch erklärt hat, ja zum großen Teile nur vorläufig dem Ressort der Staatskanzlei unterstellt worden sind, bis eine definitive Regelung stattfinden würde. Die eigentlichen allgemeinen Ausgaben der Staatskanzlei, die dafür bestimmt sind, daß sie politisches Zentrum ist, sind, wie es auch in früherer Zeit war, durch die Ausgaben für Pressebedürfnisse ergänzt worden, die der Staat hat, Staatsgesetzblatt, Wiener Zeitung, Wiener Abendpost, Telegraphen-Korrespondenzbureau. Diese Ausgaben sind zum Teile durch Einnahmen gedeckt, so für das Staatsgesetzblatt. Es wurde im Budgetausschusse die Anregung gegeben, daß diese Einnahmen mit den Ausgaben noch besser in Einklang gebracht werden sollen, und es hat schon im Budgetausschusse ein Vertreter der Regierung in Aussicht gestellt, daß dem entsprochen werden wird.

Der Staatskanzlei sind nun einige Institutionen zugeteilt, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihr zu betrachten sind. So hat der Herr Staatskanzler erklärt, daß das WEGA, das Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt, eigentlich im wesentlichen nur deshalb der Staatskanzlei angegliedert wurde, um einen eigenen Rechnungsdienst für dieses Amt, welches ja sonst autonom und selbständig ist, vorläufig zu ersparen. Weiter sind der Staatskanzlei die Filmhauptstelle und die Lichtbildstelle unterstellt, und zwar ist das ursprünglich aus dem Gedanken heraus geschehen, daß von diesen beiden Stellen eine Propaganda im Dienste und im Interesse der Republik Österreich entfaltet werden soll. Es wurde im Ausschusse vom Herrn Abgeordneten Schiegl der Antrag gestellt, daß die Filmhauptstelle und die Lichtbildstelle dem Staatsamte für Unterricht zu unterstellen seien, und es wurde auch vom Herrn Staatskanzler darauf aufmerksam gemacht, daß dies am zweckdienlichsten sein werde, da ja diese beiden Stellen als Mittel der Volksbildung und des Schulbetriebes in Betracht kommen. Der Ausschuss hat aber in seiner Mehr-

heit den Antrag Schiegl vorläufig abgelehnt und diese Frage einer späteren Regelung überlassen. Es soll erst in einer späteren Epoche entschieden werden, zu welchem Ressort die Filmhauptstelle und die Lichtbildstelle kommen sollen.

Endlich, meine Herren, ist bei dem Kapitel „Staatskanzlei“ zu jener Zeit, als dieses Budget aufgestellt wurde, noch die oberste Leitung des Hofärztes eingestellt worden und den Hauptpunkt der außerordentlichen Ausgaben dieses Kapitels bilden eben die Beiträge an dieses Hofärzt. Es sind zu diesem Behufe außerordentliche Ausgaben im Betrage von 19,048.000 K eingestellt, die durch den ersten Nachtrag zum Budget noch um 1,300.000 K erhöht wurden, so daß die außerordentlichen Ausgaben in dieser Beziehung 20,348.000 K betragen. Es wurde im Budgetausschusse in der Debatte der Wunsch ausgedrückt, daß möglichst bald eine definitive Regelung der Frage des Hofärztes stattfinden möge, und inzwischen hat das hohe Haus ja bereits ein Gesetz beschlossen, durch das der Kriegsbeschädigtenfonds konstituiert wird, und das hohe Haus hat auch bereits Delegierte in diesen Kriegsbeschädigtenfonds entsendet und es ist zu erwarten, daß die Aufteilung der einzelnen Objekte und einzelnen Zweige, die das Hofärzt betreffen, ehebaldigt zur Tat werden möge.

Der Finanz- und Budgetausschuss hat sich mit einigen Resolutionen zu beschäftigen gehabt. Ich habe bereits erwähnt, daß der Abgeordnete Schiegl eine Resolution über die Filmhauptstelle und Lichtbildstelle beantragt hat, die abgelehnt wurde. Es hat weiter der Abgeordnete Wutke eine Resolution eingebracht, die sich damit beschäftigt, daß Sorge zu tragen sei, daß staatliche Wirtschaftsbetriebe nicht lediglich mit ihren Einnahmen und Ausgaben im Staatsvoranschlag aufscheinen, sondern daß hinsichtlich der Wirtschaftsbetriebe des Staates auch nach kaufmännischen Prinzipien, sonach im Wege des voraussichtlichen Bilanz-, Gewinn- und Verlustkontos der Staatsvoranschlag ergänzt wird.

Gleichzeitig wäre der Rechenschaftsbericht mit dem Bilanz- und dem Gewinn- und Verlustkonto über das verfloffene Geschäftsjahr dem Hause zu unterbreiten.

Der Finanz- und Budgetausschuss hat diese Resolution der Nationalversammlung zur Annahme empfohlen.

In der Vorlage, die die Regierung gemacht hat, wurde nur eine Präzisierung des Titels 2 vorgenommen.

Es hieß dort „Minderheitschutz und Propaganda“. Der Finanz- und Budgetausschuss hat den Titel in seinem Wortlaute geändert, indem es heißt „Nachtragsforderungen für den Minderheitschutz“.

um alle politischen Mißdeutungen, die bezüglich dieser Post auftreten könnten, zu umgehen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt folgende Anträge:

Zu Kapitel I (liest):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Das Kapitel I des Staatsvoranschlages wird in der Fassung der Regierungsvorlage und ebenso der darauf bezügliche Nachtrag (516 der Beilagen, Seite 5) unverändert zum Beschluß erhoben.“

Zu Kapitel II (liest):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Das Kapitel II des Staatsvoranschlages wird in der Fassung der Regierungsvorlage und ebenso der darauf bezügliche Nachtrag (516 der Beilagen, Seite 6), unverändert zum Beschluß erhoben.“

Zu Kapitel III (liest):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Das Kapitel III des Staatsvoranschlages wird in der Fassung der Regierungsvorlage und ebenso der darauf bezügliche Nachtrag (516 der Beilagen, Seite 7) unverändert zum Beschluß erhoben.“

Zu Kapitel VII (liest):

„1. Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Das Kapitel VII des Staatsvoranschlages wird mit folgender Änderung in der Fassung der Regierungsvorlage zum Beschluß erhoben: Der Titel 2 der Ausgaben lautet nicht „Minderheitschutz und Propaganda“, sondern „Nachtragsforderungen für Minderheitschutz“.

Der Nachtrag zu Kapitel VII des Staatsvoranschlages (516 der Beilagen, Seite 9) wird in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert zum Beschluß erhoben.

2. Die Nationalversammlung wolle nachstehende Resolution annehmen:

„Die Regierung wird aufgefordert, in späteren Staatsvoranschlägen dafür Sorge zu tragen, daß staatliche Wirtschaftsbetriebe nicht lediglich mit ihren Einnahmen und Ausgaben im Staatsvoranschlag aufscheinen, sondern daß hinsichtlich der Wirtschafts-

betriebe des Staates auch nach kaufmännischen Prinzipien, sonach im Wege des voraussichtlichen Bilanz-, Gewinn- und Verlustkontos der Staatsvoranschlag ergänzt wird.

Gleichzeitig wäre der Rechenschaftsbericht mit dem Bilanz- und dem Gewinn- und Verlustkonto über das verflossene Geschäftsjahr dem Hause zu unterbreiten.“

Ich bitte, diesen Anträgen des Finanz- und Budgetausschusses die Genehmigung zu erteilen.

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt über das Kapitel „Außeres“ der Herr Berichterstatter Dr. Girtler.

Berichterstatter Dr. Alfred Girtler: Hohes Haus! Das Kapitel „Außeres“ ist von keinem besonderen budgetären Interesse. Die Mittel, die unser Außendienst beansprucht, sind im Verhältnis zu dem Gesamterfordernis unseres Budgets von so kleinen Dimensionen, daß irgendwelche rein budgetäre Bedenken gegen die Bewilligung dieser Mittel vom Standpunkt ihrer Größe aus kaum aufsteigen können. Das Budget des Staatsamtes des Außern ist auch deshalb verhältnismäßig einfach, weil es im wesentlichen betrachtet doch ein reines Ausgabenbudget ist. Denn die Einnahmen in diesem Ressort selbst sind äußerst minimal und fallen budgetär gleichfalls gar nicht besonders ins Gewicht.

Über die Notwendigkeit eines Außendienstes an sich ist wohl weiters gar nicht zu reden. Er scheidet sich bei uns wie anderswo in das Staatsamt selbst und in den Außendienst im engeren Sinn. Und wenn auch Abbautendenzen im Staatsamte selbst realisierbar waren, so bringt es doch die eigenartige Entwicklung unserer auswärtigen Beziehungen mit sich, daß man die Organisation unseres Außendienstes und die Zahl der hierfür in Betracht kommenden Stellen und Personen nicht rein vom Standpunkte der Kleinheit unseres Staatswesens und daraus eventuell resultierender geringerer Inanspruchnahme betrachten dürfte. Wir befinden uns nämlich in einer sehr merkwürdigen Situation. Wir müssen heute in einer Menge von Orten, die früher Inland waren und mit denen wir in intensivsten Wechselbeziehungen standen, Vertreter haben, Konsuln, unter Umständen sogar Diplomaten. Orte, wo früher die Beziehung durch den gemeinsamen Dienst in Wien, durch die gemeinsame Zentrale in Wien hergestellt war, sind jetzt Ausland geworden. Und wenn auch zugegeben werden mag, daß die Zahl der Außenposten in der großen Welt, die wir zu besetzen haben, verhältnismäßig gering geworden ist, daß wir in einer ganzen Menge von Orten,

wo früher die österreichisch-ungarische Monarchie einen Vertreter haben mußte, heute nichts mehr zu suchen haben, so muß heute das neue Österreich in einer ganzen Menge von Orten, die für uns von der größten Wichtigkeit und Bedeutung sind, Vertreter haben, an Orten, in denen die österreichisch-ungarische Monarchie der alten Zeit keinen Vertreter haben mußte, weil sie eben noch Inland gewesen sind. Es ist also gewiß auf der einen Seite, geographisch gesprochen, der Abfall eines großen Gebietes zu verzeichnen, das für uns als Gebiet für Außenvertretungen in Betracht käme, es ist aber auf der anderen Seite auch ein ungeheurer Zuwachs an solchen Gebieten zu verzeichnen, in denen wir diplomatisch oder konsularisch vertreten sein müssen.

Dazu kommt noch ein weiteres. Es lassen sich diese Verhältnisse des Abfalles und des Zuwachses nicht beurteilen nach den Quadratkilometern, die diese Gebiete umfassen, sondern sie müssen beurteilt werden nach der Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen uns und den Außengebieten bestehen. Und da müssen wir sagen, trotz des ungeheuren Anteils zum Beispiel des Deutschen Reiches an dem gesamten Außenhandel der alten österreichisch-ungarischen Monarchie hat doch die alte österreichisch-ungarische Monarchie mit keinem Staate in so innigen wirtschaftlichen Zusammenhängen gelebt, wie wir heute zum Beispiel mit der tschecho-slowakischen Republik leben. Wir stehen hier einer in der Geschichte bisher überhaupt noch nicht vorgekommenen wirtschaftlichen Verflechtung gegenüber, der wir durch diplomatische und konsularische Vertretung werden Rechnung zu tragen haben. Ich meine also, durch das Kleinerwerden des Staates kann man hier nicht schablonenmäßig auch auf ein Kleinerwerden der Vertretungsnotwendigkeiten schließen, sondern, wie ich schon in meinem schriftlichen Bericht gesagt habe, was diese Notwendigkeiten an Extensität verloren haben, ist ihnen an Intensität zugewachsen, denn die Funktionen, sagen wir, eines österreichischen Vertreters in Laibach oder in Agram oder in Budapest oder in Prag werden viel intensiver zu sein haben, die Interessen, die er zu vertreten haben wird, werden weit vielgestaltiger, weit inniger noch mit unseren eigensten wirtschaftlichen Lebensbeziehungen verbunden sein, als es früher, wo zwischen den einzelnen Gebieten doch immer eine mehr oder weniger Jahrhunderte alte Zollgrenze sich befand, der Fall war.

Ich habe bei allen diesen Dingen immer von wirtschaftlichen Beziehungen gesprochen und möchte mich auch auf das Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen beschränken, weil wir uns ja doch bei ruhiger Betrachtung der gegenwärtigen Lage unseres Staates immer werden vor Augen halten müssen, daß unsere gesamte Außenpolitik, so lange wir ein selbständiger Staat sind, nur

Wirtschaftspolitik sein kann. Wir haben keine Veranlassung mehr, neben der Wirtschaftspolitik noch eine gesonderte Außenpolitik zu machen. Infolgedessen entfällt aber auch eine Notwendigkeit, die sich für die alte Monarchie ergeben hat. Das Personal unserer Außenvertretung war streng geschieden, ich möchte sagen, in zwei Kasten, bei denen es nur sehr schwer ein Hinüber und Herüber gab; wir hatten die Diplomaten und die Konsuln. Der Unterschied zwischen diesen beiden Klassen war ein zweifacher. Die Diplomaten waren die oberen, sie hatten die eigentlichen, wichtigen Interessen unseres Staates zu vertreten und waren deshalb für ihren Beruf nicht vorgebildet. Die Konsuln waren die unteren. Die hatten nur nebensächliche und kleinere Interessen zu vertreten und wurden deshalb einer theoretisch nicht als schlecht zu bezeichnenden Vorbildung für ihren Beruf unterworfen. Soweit man überhaupt durch Prüfungen — ich bin selbst Prüfer und denke über den Wert der Prüfungen sehr gering — den Befähigungsnachweis für irgendeine Tätigkeit erbringen kann, hatten sie den Beweis zu erbringen, daß sie von dem Geschäft, daß sie betreiben sollten, etwas verstanden. Für die Diplomatie waren andere Nachweisungen zu liefern, auf dem Gebiete des Pedigree und dergleichen. Dem legte man in der Zeit der höffischen Politik eine größere Bedeutung bei, als man es Gott sei Dank in unserer in dieser Beziehung — wenn auch nicht in allen Beziehungen — vernünftiger gewordenen Gegenwart zu tun pflegt.

Diese Scheidung hat früher eine gewisse Berechtigung gehabt, wo man den Großen der Erde überhaupt nicht zumuten durfte, in ihren engeren Dunstkreis Personen eintreten zu lassen, die nicht eine gewisse Eichtung vor allem in bezug auf ihre Abstammung hatten. Heute haben sich in dieser Beziehung die Verhältnisse auf der Welt etwas geändert und es hat daher die Unterscheidung zwischen diplomatischen Korps und Konsularkorps keine Existenzberechtigung mehr, umso mehr, als wir uns auch den Luxus nicht werden gestatten können, dort, wo wir einen Diplomaten haben, uns nebenbei vielleicht noch ein gesondertes Generalkonsulat mit einem eigenen Personal zu halten. Dieser Herr wird sich vielmehr unter Umständen schon herbeilassen müssen, sich auch mit den Bedürfnissen gewöhnlicher Sterblicher, die seinen Wirkungskreis durchkreuzen, eventuell zu beschäftigen. Man wird ihm, wenn dieser Wirkungskreis groß genug ist, zu diesem Zwecke noch weitere Funktionäre zur Verfügung stellen. Aber dieses Kastensystem, diese mit einer chinesischen Mauer abgetrennte Differenzierung hat in der demokratischen Republik und auch in den außerpolitischen Verhältnissen dieses Staates keine Existenzberechtigung mehr und es liegt auch in der Entwicklung unseres Staatsamtes für Außeres, diese zwei Kasten zu einer gemeinsamen

Gruppe von Außenvertretern — ob man sich in der Bezeichnung für Diplomaten oder Konsuln entscheiden wird, soll dahingestellt bleiben — zusammenzufassen. Diese Zusammenfassungstendenz wird aber noch weiterzugehen haben und ich glaube auch hierin versichert zu sein, daß die Intentionen unseres Staatssekretärs für Äußeres parallel laufen. Es tut nicht gut für den Außendienst, wenn im Staatsamt Leute sitzen, die die Verhältnisse draußen nur vom Hörensagen kennen, und wenn andererseits draußen wieder nur Leute sitzen, die von den Schwierigkeiten des inneren Betriebes und von unseren innerpolitischen Verhältnissen gar keine Ahnung haben. Wer die Außenvertretung eines Staates von Wien aus beurteilen will, der muß das Ausland kennen. Wer aber unseren Staat im Ausland vertreten will, der muß diesen Staat kennen. Es ist beides notwendig, das eine wie das andere.

Die letzte Forderung, die in diesem Belange zu stellen wäre, wäre also, daß man die Scheidung zwischen Gremialbeamten und Beamten des Außendienstes aufhebt, einen einzigen Kontraktualstatus schafft und dann die Leute abwechselnd in Wien und auswärts verwendet. Das ist ein ähnlicher Gedanke, wie er seinerzeit zum Beispiel vom Minister Koverber ausgesprochen wurde, daß es nicht gut tue, den Beamten seinen ganzen Entwicklungsgang in einer Zentralkstelle machen zu lassen, ohne daß er jemals draußen sitzt und eine Ahnung hat, mit welchen Schwierigkeiten so ein armer Bezirkshauptmann zu kämpfen hat, wenn er ins praktische Leben übersetzen soll, was eine hochwohlweise Zentrale sich am grünen Tisch ausgedacht hat. Es wird auf der einen Seite den Auslandsvertretern nicht schaden, wenn sie wieder einmal eine Zeitlang unter unseren recht wenig erfreulichen Verhältnissen zu leben gezwungen sind, die sich unter Umständen, wenn wir im Ausland leben, wo die Verhältnisse günstiger sind, besser darstellen, es wird aber auch den Herren im Gremium eine gewisse Auslüftung durch gelegentliche Beschäftigung im Außendienst nicht schaden. Also eine Melange und jeweilige Verwendung der einzelnen Funktionäre je nach ihren besonderen Fähigkeiten wird in diesem Falle das beste sein und dürfte den Bedürfnissen eines modernen Außendienstes am ehesten entsprechen.

Es erscheint dann noch im Budget des Staatsamtes für Äußeres die Konsularakademie, eine Schule, die bezüglich ihrer Leistungen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, insbesondere wenn man diese Leistungen in Vergleich stellt mit den Mitteln, die erforderlich waren, um diese Leistungen zu prästieren. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich vorhin über Prüfungen gesagt habe, und ich möchte sagen, für akademische Prüfungen, wo der Zusammenhang zwischen Prüfer und Prüfling ein sehr

loser ist, gilt das in verstärktem Maße. Aber wenn ich mich gegen Prüfungen im allgemeinen wende, so wende ich mich damit nicht gegen den Versuch, theoretische Vorbildung für die Ausübung irgendeines Berufes in den Kopf von Leuten hineinzu bringen auf dem Wege von hierfür als zweckmäßig erkannten Methoden, wie es unserem Schulwesen im allgemeinen entspricht. Wir haben das größte Interesse daran, daß wir im Auslande durch Leute vertreten sind, die für diese ausländische Vertretung vorgebildet sind. Ob man vielleicht einmal wieder darauf zurückzukommen haben wird, wie es seinerzeit üblich war, die betreffenden Leute, bevor sie eine definitive Anstellung im Außendienste finden oder als Unterbrechnng ihrer Beschäftigung im Außendienste eine Zeit bei einer Handels- und Gewerbekammer praktizieren zu lassen oder sie sonst irgendwohin zu geben, wo sie in möglichst unsanfter Berührung mit dem innerwirtschaftlichen Leben gebracht werden, das ist eine Frage, die sicher erwägenswert ist; wir haben aber immerhin, meine ich, gar keine Veranlassung, in diesem Belange irgendeine Veränderung vorzunehmen und vielleicht auf diese Spezialausbildung unserer künftigen Außenvertreter in ihrer gegenwärtigen Form zu verzichten. Ich möchte daher das hohe Haus bitten, daß es auch dieser Seite des Budgets des Staatsamtes für Äußeres seine Zustimmung erteilt.

Es enthält dieses Budget in seiner heurigen Zusammensetzung auch noch gewisse Posten, die man erfreulicherweise als einmalige Posten bezeichnen kann. Es sind das die Kosten der Friedensdelegation in St. Germain und deren weitere Konsequenzen. Allerdings, wir sind ja hier auch noch nicht am bitteren Ende angelangt und meinem Gefühl nach hätten die Kosten der Reparationskommission eigentlich auch in das Budget des Staatsamtes für Äußeres gehört. Es ist übrigens belanglos, wie wir sie budgetieren, bezahlen müssen wir sie bei diesem oder jenem Ressort. Es wird aber vielleicht zweckmäßig sein, bei diesem Anlasse festzustellen, daß es ein Irrglauben der lieben Wiener ist, wenn sie glauben, daß diese fremden Herren Geld in das Land bringen. Das ist nicht wahr, die bringen nicht Geld ins Land, sondern die Kosten ihres Lebensunterhaltes haben wir zu tragen. Das soll gelegentlich einmal bemerkt werden. Die Herren haben ja Anspruch darauf, wir haben diese Verpflichtung im Friedensvertrag auf uns genommen, wir werden sie realisieren. Wir sehen die Notwendigkeit gewisser finalisierender Auseinandersetzungen über den Friedensvertrag ein und finden es begreiflich, daß gewisse Dinge nur an Ort und Stelle gemacht werden können; aber in dieser Erscheinung irgendein wirtschaftlich erfreuliches Faktum zu sehen, daß die Erwerbsmöglichkeiten unserer Gewerbetreibenden und dergleichen erweitert werden, dazu liegt wirklich

kein Anlaß vor. Diese Mehrbeträge erscheinen also in dem Budget als einmaliger Vortrag und es besteht vorläufig in diesem Belange nicht die Gefahr, daß sich diese außerordentlichen Ausgaben wiederholen.

Eine Seite der Post „Außerordentliche Ausgaben“ hat allerdings diesen angenehmen Beigeschmack nicht. Wir haben nämlich, so weit ich das feststellen konnte, die Wance beibehalten, unseren auswärtigen Vertretern ihren Gehalt in Kronen zu bezahlen, beziehungsweise ihren systemisierten Gehalt in Kronen zu berechnen. Nun kann der Mann mit einem Kronengehalt draußen absolut nicht leben, das würde den einfachsten Anforderungen des Lebensbedarfes nicht entsprechen, den ein Diplomat hat. Infolgedessen müssen wir heute dieses Kroneneinkommen irgendwie auf ein Einkommen in der Valuta des betreffenden Landes ergänzen, das dem Betreffenden doch eine Existenzmöglichkeit gibt. Ich bin kein Baissespekulant und bin fest überzeugt, daß der gegenwärtige Stand unserer Krone nicht der ständige sein wird, aber es würde mir doch zweckmäßig erscheinen, wenn man in diesem Belange irgendwelche Änderungen vornähme und einen Teil dieser sicherlich sich regelmäßig wiederholenden, aus valutarischen Verhältnissen hervorgehenden Mehrausgaben in das ordentliche Budget hinübernähme, damit man auf diese Art und Weise beiläufig erkennen kann, was wir regelmäßig an Kosten für unseren Außendienst auszugeben haben werden.

Das waren im großen und ganzen die Bemerkungen, die ich mir als Berichterstatter in Ergänzung meines schriftlichen Berichtes zu geben erlaubt habe. Es hat gar keinen Sinn, Ihnen hier noch Zahlen vorzulegen, die Sie ohnedies gedruckt in der Hand haben; es hat gar keinen Sinn, diese Zahlen extra noch in das stenographische Protokoll hineinzudiktieren. Einen weiteren Sinn hätte es doch nicht, weil Sie sie sich vom Vorsagen kaum merken würden.

Ich stelle daher unter Verweisung auf meinen Ihnen vorliegenden, mit Zahlen reichlich dotierten schriftlichen Bericht im Namen des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag (liest):

„Die Nationalversammlung wolle diesem hier gemäß dem Staatsvoranschlag des Staates Deutschösterreich für das Verwaltungsjahr 1919/20, Gruppe XIV, Außerer (Nr. 330 der Beilagen) und des I. Nachtrages zum Entwurf des Finanzgesetzes der Republik Österreich für das Verwaltungsjahr 1919/20 (Nr. 516 der Beilagen) angesprochenen Erfordernis, sowie dessen ausgewiesener Bedeckung die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.“
(Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist gemeldet kontra der Herr Abgeordnete Dr. Straffner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Straffner: Hohes Haus! Die großen außenpolitischen Richtlinien, welche unsere Partei eingehalten wissen will, haben bereits meine Parteifreunde Dr. Dinghofer und Kraft gekennzeichnet. Es sei auch mir gestattet, zur Außenpolitik Stellung zu nehmen, und zwar deshalb, weil wir mit der von der Republik Deutschösterreich geführten Außenpolitik nicht vollständig einverstanden sein können. Erstens deshalb nicht, weil wir von unserer Außenpolitik eigentlich nichts Rechtes erfahren. Wir hier in der Nationalversammlung, der Verkörperung der Souveränität des Volkes, werden eigentlich ungefähr so behandelt wie die Aktionäre einer Aktiengesellschaft bei der Haupt- oder Generalversammlung. In einer solchen Generalversammlung legt man den Aktionären auch alle möglichen Beschlüsse vor, die ja eigentlich selbstverständlich sind. Aber darüber, was eigentlich das Innere des Geschäftes anlangt, unterrichtet man die Aktionäre nicht. Und so ähnlich, meine verehrten Damen und Herren, macht man es hier in der Nationalversammlung bezüglich der Außenpolitik.

Wir haben aber noch andere Mängel an unserer Außenpolitik festzustellen. Wir müssen in erster Linie ihren Aufbau verurteilen. Unsere Außenpolitik baut sich auf der internationalen Idee auf.

Die internationale Idee hat im Laufe der letzten sechs Jahre gründlich Schiffbruch gelitten. Wenn wir der Meinung wären, daß während des Krieges abnormale Zeiten bestanden haben und daß sich da die internationale Idee nicht ausleben konnte, so sind wir doch der Meinung, daß nach dem Kriege sich reichlich Gelegenheit für die internationale Solidarität gefunden hätte. Diese internationale Solidarität ist aber weder während des Krieges noch nach dem Krieg in Erscheinung getreten und es sei mir gestattet, zu sagen, daß der Gedanke der internationalen Solidarität eigentlich nur in Kreisen des deutschen Volkes besteht. Bei allen anderen Völkern hat diese Idee bis jetzt nicht Eingang gefunden, zumindestens nicht in größeren Kreisen.

Ein Beispiel dafür aus dem vorigen Jahre. Ich glaube, es war am 15. Juni v. J., da hat unsere Regierung den Generalkrieg anbefohlen. Dieser Generalkrieg ist hier in Wien ganz regelrecht durchgeführt worden, in der Provinz hat er eigentlich schon keinen besonderen Anklang gefunden und im Auslande, mit dem wir uns durch einen Generalkrieg solidarisch erklären wollten gegen die Vergewaltigung, namentlich der unterdrückten Volksmassen in den besiegten Staaten, ist von dem Generalkrieg höchstens nachträglich als von einem

mißglückten Unternehmen unseres Staates gesprochen worden, aber sonst hat der von unserer Regierung anbefohlene Generalstreik keinen Widerhall gefunden.

Wir haben namentlich unmittelbar vor dem Zusammenbruch und noch mehr nach dem Zusammenbruche ständig von Völkerveröhnung hören können. Nun gestatten Sie mir, ein rauhes Wort auszusprechen, das vielleicht manchen aus seinen wirklich, sagen wir, angenehmen Träumen weckt. Ich muß gestehen, daß der Gedanke der Völkerveröhnung, solange Menschen auf der Welt sind, die ein Volk ausmachen, zweifellos der Ausdruck einer schönen Seele sein kann, aber, meine sehr Verehrten, eine staatsmännische Idee oder gar eine staatsmännische Tat bedeutet die Völkerveröhnung nicht, weil sie eben ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Solange zwei Menschen nicht in dieselbe geistige Verfassung gebracht werden können, solange wird es auch nicht gelingen, Völker in denselben geistigen Zustand zu versetzen, der dann wirklich eine endgültige Veröhnung möglich machen würde.

Unsere Politik der vollständigen Völkerveröhnung, die auf internationaler Grundlage aufgebaut ist, droht, unseren Staat nicht in die Weltpolitik einzuschalten, sondern aus der Weltpolitik endgültig auszuschalten. Wir stehen in unserer auswärtigen Politik auf dem Standpunkte, daß wir keine Macht brauchen, daß wir keine Bündnisse brauchen, daß wir die Weltlage nicht ausnutzen können, wir bleiben einfach das, wozu wir auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain verurteilt sind: wir bleiben die Heloten und die Sklaven der Siegerstaaten. Dieses Urteil ist uns beschieden und der Vollzug soll an uns durchgeführt werden, solange wir eine Außenpolitik treiben, wie sie gegenwärtig von unserer Regierung betrieben wird. Wir lehnen aber, meine sehr Verehrten, diese selbstlose Gedankenpolitik ab. Wir müssen sie ablehnen. Wir denken gewiß nicht an Machtpolitik — das wäre eine Rolle, in die wir uns als kleiner Bernegroß hineindenken könnten —, wir wollen aber doch, daß wir an den weltgeschichtlichen Geschehnissen nicht vollständig ohne Interesse vorübergehen, daß wir nicht gewissermaßen selbst auf unsere Mitarbeit an den weltgeschichtlichen Aufgaben und Geschehnissen verzichten. Wenn wir als kleiner Staat auch nicht in der Lage sind, eine selbständige Weltpolitik zu machen, was jedermann einsehen wird, so haben wir aber doch eine äußerst wichtige Aufgabe zu erfüllen, und zwar als vorgeschobener Posten des Deutschen Reiches, mit dem wir doch schließlich und endlich vereinigt werden müssen, wir haben die Aufgabe eines Brückenkopfes des Deutschen Reiches gegen Osten zu erfüllen und mein Parteifreund Dr. Dinghofer hat bereits vorgestern auf diesen wichtigen Umstand verwiesen.

Wir dürfen insolgedessen als ein vorgeschobener Posten, als Brückenkopf des Deutschen Reiches nicht mit Selbstverzicht unserer Außenpolitik gegenüberstehen.

Außerdem muß ich wohl gestehen, daß ein großer Teil unseres Volkes es gerne sehen würde, wenn sich unser Staat auch nach außenhin politisch betätigen würde, wenn er seiner Aufgabe in bezug auf die Außenpolitik voll und ganz gerecht würde. Gegenwärtig hat unser Volk das Empfinden, daß das nicht der Fall ist, denn die Außenpolitik, die unsere Regierung bis jetzt durch den Staatskanzler gemacht hat oder machen ließ, findet in der Bevölkerung keinen Anklang und ich glaube, sie wird auch beim Auslande keinen besonderen Anklang finden, denn die Rolle eines würdelosen Bettlers steht keinem Menschen gut, auch wenn es ihm noch so elend geht. Eine aufrechte Politik, nicht eine übermütige, aber eine aufrechte Politik, durch die man zu erkennen gibt, wie eigentlich unsere Verhältnisse beschaffen sind, würde uns eher nützen.

Namentlich die große Hoffnung unserer auswärtigen Politik auf den Völkerbund hält die Bevölkerung und halten wir mit ihr für vollständig verfehlt. Der Völkerbund, wie er heute besteht, beziehungsweise zusammengesetzt ist, ist doch nur eine Vereinigung der Siegerstaaten zur dauernden Niederdrückung der besiegten Staaten. Aus dieser Zusammenfassung des Völkerbundes glaubt unser auswärtiges Amt für uns irgendwelche Vorteile und eine Rettung unseres Staates erhoffen zu können. Zur Hebung unserer Selbstachtung und unseres Selbstbewußtseins paßt diese Bettelpolitik ganz gewiß nicht. Wir haben es namentlich bei der letzten Reise des Herrn Staatskanzlers Renner, der gleichzeitig unser Außenministerium vertritt, sehr vermißt, daß er in Rom so gar kein Wort für unsere deutschen Brüder für Südtirol gefunden hat, und wir haben es, als er seine Reise nach Prag unternommen hat, sehr vermißt, daß er sich so gar nicht erinnerte, daß wir doch dreieinhalb Millionen Deutsche in diesem Staate haben. Die Bescheidenheit ist ja am Plage, aber unter allen Umständen braucht man und darf man nicht bescheiden sein, wenn man nicht schließlich und endlich zum Verbrecher am eigenen Volke wird.

Wir sind weiters der Meinung, daß diese inbrünstigen Liebesbeteuerungen und Liebeswerbungen unseres auswärtigen Amtes schließlich und endlich im Auslande entweder als Heuchelei oder als Schwäche gewertet werden. Beides ist für uns gleich schlecht, und zwar deshalb gleich schlecht, weil das Ausland ja doch schließlich und endlich die Konsequenzen daraus ziehen wird je nach der einen oder anderen Wertung. Für uns sind aber die Konsequenzen gleich schlecht, mag unser Verhalten als Heuchelei oder als Schwäche gekenn-

zeichnet werden. Wir können infolgedessen die internationale Politik unseres auswärtigen Amtes, die derartige Früchte zeitigt, nicht mitmachen. Wir verlangen von unserem Auswärtigen Amte — und könnten zu ihm nur dann Zutrauen haben, wenn es diesem Verlangen nachkommt —, daß es reale, nationale Politik treibe.

Abgesehen von diesen Fehlern, die wir an unserer auswärtigen Politik zu beklagen haben, sind wir aber auch der Meinung, daß die größten Schwierigkeiten für eine kraftvolle Außenpolitik in unserer Innenpolitik liegen. In der Generaldebatte ist hier ziemlich heftig gesprochen worden, und wenn ich mich genau erinnere, nicht so sehr von unserer Seite wie von beiden Seiten der Koalition. Es wurden hier nicht gerade die freundlichsten Worte gesprochen, um die Mißstände in der inneren Politik zu kennzeichnen. Wir sind der Meinung, daß diese Charakteristik, die gegenseitig ja sehr gut und vielleicht auch gesund ist, leider nicht für die Koalition selbst gesund ist, denn die beiden Parteien der Koalition glauben an diese Gesundung nicht und werden nach einigem Schimpfen wieder sagen: Na also, jetzt haben wir uns so richtig ausgesprochen, zum Fenster hinaus, und jetzt arbeiten wir wieder frisch miteinander! Ich glaube, das war eigentlich das Endergebnis der Wechselrede in der Generaldebatte. Wir bedauern es, daß unsere Innenpolitik nicht eine erfolgreiche Auslandspolitik möglich macht. Hier müssen wir in erster Linie beklagen, daß der Staat Deutschösterreich, beziehungsweise seine Regierung, bis heute gar nichts unternommen hat, um die mißlichen Zustände in der Innenpolitik zu beseitigen.

Hier sei es mir gestattet, in erster Linie auf die Verfassung zu sprechen zu kommen. Es wurde vorgestern vom Herrn Abgeordneten Seipel als Mangel hingestellt, daß die Verfassung bis jetzt nicht zustandegekommen ist. Wir sind diesbezüglich mit unserer Meinung viel früher hervorgetreten, wir haben schon vor sehr langer Zeit bitter darüber Klage geführt, daß man in der neuen Republik noch immer nicht zur Regelung der Verfassungsfrage gekommen ist. Wir haben bei dieser Gelegenheit auch zum Ausdruck gebracht, daß das wirre Durcheinander zwischen Reich und Ländern hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß uns eben eine Verfassung fehlt. Namentlich auf der linken Seite des Hauses ist man, glaube ich, heute noch der Ansicht, daß es auch weiterhin mit der Verfassung noch Zeit hätte und daß man sich gar nicht besonders beeilen müsse, der neuen Republik eine Verfassung zu geben. Gerade dieser Umstand bringt mich auf den Gedanken, als ob man es eigentlich ganz gerne hätte, daß keine geordneten Zustände beständen, und als ob man diesen Zustand nicht gerne verlassen würde. Diesen Eindruck macht auf mich das Bögern

in der Verfassungsarbeit. Wir sind ja heute über den Privatentwurf des Staatssekretärs Mayr noch nicht hinausgekommen und ich glaube, wir kommen über ihn so lange nicht hinaus, als er nicht die Zustimmung des Herrn Staatskanzlers findet. Wenn dies der Fall ist, dann wird der Entwurf doch vielleicht einmal als Regierungsvorlage in das Haus kommen.

Auf diese Art und Weise, durch den Mangel einer Verfassung, ist es gekommen, daß einzelne Länder auch auf eigene Faust eine Art Außenpolitik gemacht haben. Die Länder haben infolge des Mangels einer Verfassung und einer richtigen Außenpolitik kein Zutrauen zur gegenwärtigen Regierung und sind deshalb ihre eigenen Wege gegangen. Die Länder haben aber auch noch einen eigenen Grund, ab und zu eigene Wege zu gehen; die Länder sagen, wir können auf die Dauer die Verantwortung nicht übernehmen, daß unser Land vollständig verhungert, wirtschaftlich vollständig verkrüppelt, und da von der Republik aus nichts geschieht, um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, haben sich die Länder und hier namentlich Tirol und Vorarlberg gefunden, die sagten, wir wollen und dürfen die Verantwortung nicht übernehmen, wir wollen und müssen nunmehr das Schicksal des Landes in die eigenen Hände nehmen. Auch die Salzburger haben in rührender Übereinstimmung mit den anderen eine gleiche Politik gemacht. Wir hätten wenigstens geglaubt, daß in bezug auf Südtirol bei jeder Gelegenheit von der Staatsregierung, beziehungsweise vom auswärtigen Amte solche Wege beschritten würden, die der ganzen Welt klar machen, daß dieser Zustand der Zerreißung des Landes nicht weiterbestehen kann. Eine Abordnung des Tiroler Landtages hat sich bemüht, der Entente diese Zustände zu schildern, und hat dazu die Mithilfe des Staatskanzlers, der gleichzeitig Staatssekretär für Außeres ist, erbeten. Der Herr Staatskanzler als Staatssekretär für Außeres hat aber diese Vermittlung rundweg abgelehnt und das bringt mich fast auf den Gedanken, als ob er überhaupt nicht den ernststen Willen hätte, diesen Staat zu retten, beziehungsweise Teilen dieses Staates die Bahn zu einer Rettung freizugeben (*Sehr richtig!*), die ja doch nur ein Bruchstück für die große Rettung der ganzen Republik sein kann und sein muß.

In der inneren Politik habe ich mir erlaubt zu bemängeln, daß uns bis heute noch eine Verfassung fehlt und daß das Fehlen dieser Verfassung derartige Zustände herbeiführt. Nun aber, meine sehr Verehrten, fehlt uns noch etwas anderes, was zumindest ebenso wichtig ist: uns fehlt der Arbeitsfriede, denn das, was gestern und vorgestern hier in der Nationalversammlung geäußert worden ist, hat ganz gewiß nicht darnach ausgesehen, als ob

wir bald zu einem Arbeitsfrieden kommen würden, und zu einem Arbeitsfrieden kommen wir ins solange nicht, als nicht eine Entparteiopolitifizierung unserer Wirtschaft stattfindet. Solange die Politik in unseren Werkstätten, in unseren Fabriken drinnensteckt, solange wird es nicht zu einem Arbeitsfrieden kommen. (*Abgeordneter Alois Bauer: Und die Bauern? — Zwischenrufe.*) Wir müssen aber, wenn unser Staat gesunden soll, zu einem Arbeitsfrieden kommen und ich gestehe offen, daß nicht diejenigen Staaten, die heute als Siegerstaaten gelten, die endgültigen Sieger in diesem Kriege sein werden, sondern daß derjenige Staat der endgültige Sieger sein wird, der zuerst den Arbeitsfrieden, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schließt. Nun, meine sehr Verehrten, bin ich aber der Meinung, daß durch die Sozialisierung und den Klassenkampf der Arbeitsfriede nicht erreicht wird. Ich halte dafür, daß dieser Arbeitsfriede nur so geschlossen werden kann, daß unsere Wirtschaft entparteiopolitifiziert wird, und das halte ich schließlich und endlich für das Wichtigste und mit mir sollten, glaube ich, alle diejenigen derselben Überzeugung sein, die ein Interesse daran haben, daß nicht die Parteipolitik floriert, sondern daß unser Staatswesen langsam wieder anfängt, ein Frühjahr zu zeigen, dem vielleicht in absehbarer Zeit ein Sommer folgen kann. Ich bin allerdings der Meinung, daß dieser Staat, mag er sich noch so schön entwickeln, allein nicht bestehen kann, daß er nur im Anschluß an das Deutsche Reich bestehen kann. Ich halte mich aber für verpflichtet, im eigenen Namen und im Namen meiner Partei immer und immer wieder auf die Gesundung des Staates zu verweisen, weil es nicht sein darf, daß wir wirtschaftlich vollständig entkräftet, wirtschaftlich verkrüppelt und moralisch heruntergekommen zum Deutschen Reiche kommen. Das muß unser Hauptgedanke sein und deshalb sind wir ja auch bereit, überall dort, wo Arbeit geleistet werden soll, mitzuarbeiten.

Wir müssen heute in diesem Staate statt eines Zueinander leider überall ein Auseinander feststellen. Ich will hier nicht auf Einzeldinge eingehen, obwohl es deren so viele gäbe, um diese meine Behauptung zu kennzeichnen. Es ist ja hier in der Nationalversammlung schon wiederholt das Nötige darüber vorgebracht worden. Mit uns aber, meine sehr Verehrten, soll ganz Europa gewissermaßen mitdenken, denn an einem streitenden Europa hat nur jemand eine Freude, das ist das lauende Asien. Und schließlich und endlich muß dieses streitende Europa zur Erkenntnis kommen, daß die Verhältnisse auf diese Art und Weise auf die Dauer nicht weitergehen können, wenn nicht ganz Europa in Gefahr kommen soll. Auch die Verhältnisse in den Siegerstaaten sind ja nicht so glänzend, sondern verleiten zu dem Schlusse, daß auch dort auf die Dauer die Verhältnisse nicht

so bleiben werden, wie sie dermalen sind. Denn die Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain sind die Grundlagen für die dauernde Unzufriedenheit nicht allein innerhalb des Deutschen Reiches, innerhalb Österreichs und anderer getöffener Staaten, sondern auch innerhalb der Siegerstaaten selbst. Das müssen wir uns vor Augen halten und in diesem Punkte hat unsere Außenpolitik entsprechend einzugreifen. Ich wiederhole und sage: In der Sorge um das Wohl unseres Staates soll es keine Parteimeinungen, keine Parteiunterschiede geben, sondern in der Sorge um unseren Staat sollen wir einmütig vorgehen. Es bleibt ja außerhalb dieser Einmütigkeit noch ein weiter Raum für Zwistigkeiten übrig. Andere Staaten, meine sehr Verehrten, haben in gleicher Lage anders gehandelt. Wenn wir uns an das Jahr 1871 erinnern, an den Zusammenbruch, der in Frankreich stattgefunden hat, so müssen wir feststellen, daß dort in bezug auf die Außenpolitik keine Meinungsverschiedenheit zwischen der äußersten Linken und der äußersten Rechten bestanden hat. Wenn es sich um das Volk handelte, waren alle einig, in der Verteidigung der Volksrechte hat es keine Sieger und keine Besiegten gegeben. Dazu, meine sehr Verehrten, müssen auch wir uns schließlich und endlich aufrufen.

Es ist weiter als großer Mangel festgestellt worden, daß noch keine Verwaltungsreform vorhanden ist. Auch wir empfinden es als einen großen Mangel und im Zusammenhang mit dem Fehlen einer Verfassungsreform, mit dem Fehlen eines klaren Finanzprogrammes, mit dem Fehlen einer Verwaltungsreform zeigen sich eben auch die Mängel unserer Außenpolitik, denn so wie wir nunmehr unser Wirtschaftsleben führen, wie wir die Politik in unserem eigenen Staate führen, werden wir nie Auslandskredite oder ausgiebige Hilfen des Auslandes überhaupt erhalten, denn durch Sozialisierung, durch Klassenkampf gewinnen wir das Zutrauen des Auslandes nicht. Wir gewinnen aber auch das Zutrauen des Auslandes nicht durch eine mangelhafte und schlampige innere Verwaltung. Hier wurde von Dr. Adler der Vorschlag gemacht, daß die Verwaltung in der Weise einer Gesundung durchgeführt werden könnte, daß man von der Ernennung, von der dauernden Anstellung der Beamten absehe und zur Wahl der Beamten schreitet. Beamte auf Kündigung! Nun entspricht ja diese Forderung dem Erfurter Programm; aber ich bin der Meinung, zu einer Gesundung unserer Verhältnisse wird dieses Programm nicht beitragen. Wir sind allerdings der Meinung, daß es hoch an der Zeit wäre, alle diejenigen schließlich und endlich anzuschalten, beziehungsweise an verantwortlichen Stellen einzuschalten, die heute als Nebenregierung gelten.

Wir sind deshalb der Meinung, daß im Rahmen der Verfassungsreform entsprechende Körper-

schaften geschaffen werden müssen, wo diesen derzeit nicht verantwortlichen, aber dennoch verantwortliche Politik treibenden Kräften auch entsprechender Raum zur Betätigung gegeben werden soll, namentlich in bezug auf das Wirtschaftsleben. Wir sind der Meinung, daß hier im Wege von Landes- und Reichswirtschaftskammern die richtige Plattform gefunden worden ist oder zu finden wäre, und wir erhoffen von der Verfassungsreform, daß diesbezüglich auch wirklich mit Ernst diese außerhalb der Regierung stehenden Kräfte nunmehr auch eingeschaltet werden, um mit die Verantwortung zu tragen. Ich bin der Meinung, daß wir auf diese Art und Weise dem Räteystem, das wir alle in unserer Gesamtheit verurteilen (*Widerspruch*) — ich glaube wenigstens, denn wiederholt wurde dies nach außen hin verkündet —, am besten entgegenzutreten können. Wenn wir aber zur Wahl von Beamten schreiten, dann wird der Beamte und der ganze Beamtenapparat lediglich der Spielball politischer Parteien werden, und als Spielball politischer Parteien wird der Beamtenapparat nie mehr das leisten, was er leisten muß und zum Teil auch geleistet hat.

Wir sehen ja heute schon, welche Veränderungen sich in unserer Verwaltung durch die mehr oder weniger starke Politisierung der Beamtenschaft vollzogen haben. Früher war der Beamte verantwortlich einer verantwortlichen Regierung, jetzt ist die Sache anders. Heute ist der Beamte mehr oder weniger den politischen Parteien oder ihren Führern oder ihrem Anhang verantwortlich. Darin gipfelt eigentlich, wenn wir das Erfurter Programm voll und ganz erfüllen wollten, ein großer Teil unserer Verwaltungsreform. Wohin diese Wege führen, vermögen wir schon aus den Tatsachen zu ersehen, die sich bereits jetzt bei einer nur teilweisen Durchführung des Programms gezeigt haben. Wir haben insoweit und können insoweit zu unserer Außenpolitik kein Vertrauen haben, solange nicht gewisse Reformen durchgeführt worden sind.

Der Herr Berichterstatter Dr. Gürtler hat ja im Rahmen seiner Berichterstattung einzelne Reformen gestreift, die allerdings wahrscheinlich noch lange Zeit zur Verwirklichung brauchen werden. Wir müssen von unserer Außenpolitik unbedingt eine nationale Erziehung zum Verständnis von außenpolitischen Fragen verlangen. Denn gerade in diesem Punkte hat es sehr gefehlt. Ich werde mir erlauben, nur wenige Worte zu diesem Punkte zu sprechen.

Unser Volk, welches heute fast unpolitisch geworden ist, das nur mehr parteipolitisch ist, hat jedes Gefühl für eine nationale Regierung verloren und ohne diese nationale Regierung ist eine wirksame Außenpolitik nicht möglich. Sie können lachen, Sie können sagen, solche Leute gehören zu den Utopisten.

Es ist aber so. Sehen Sie sich alle anderen Nationen an, sehen Sie sich auch die Sozialdemokraten Frankreichs, Englands und Italiens an, die sind dadurch stark, daß sie national sind. Und diese nationale Erziehung muß im Rahmen der Arbeiten unserer Außenpolitik geschaffen werden. Solange unsere Außenpolitik hier nicht die entsprechenden Grundlagen gibt, wird eine erfolgreiche Betätigung auf diesem Gebiete wohl kaum möglich sein.

Wir müssen weiter verlangen, daß unsere Außenpolitik auf den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens eingestellt werde. Ich habe ja früher gesagt, daß unsere Außenpolitik wesentlich von den Zuständen abhängt und abhängen wird, die im Innern des Staates bestehen, und eine der wichtigsten Bedingungen für eine gesunde Außenpolitik ist eine ruhige, organische Entwicklung der Innenpolitik und diese ist wieder nur möglich, wenn wir unseren Wiederaufbau entsprechend in die Wege leiten.

Weiter hätten wir von unserer Außenpolitik zu fordern, daß ehestens eine Revision des Friedensvertrages durchgeführt werde. Die Härten des Friedensvertrages sind eigentlich dem Volke von Deutschösterreich kaum bekannt. Unser Volk hat bis jetzt noch nicht empfunden, daß sich vor unseren Eisenbahnen, vor unseren Wasserwegen, vor unseren Fabriken überall ein Gefährhüt befindet. Das ist unserer Bevölkerung heute noch gar nicht bekanntgegeben worden und das empfinde ich als einen Mangel unserer Politik. Wir sollen unserer Bevölkerung sagen, daß schließlich eigentlich nichts mehr uns gehört und wenn die Bevölkerung dann endlich zur Erkenntnis der Schwere der Friedensbedingungen gekommen ist, dann wird sie ganz anders über diese Bedingungen denken, als es heute noch geschieht. Ich bin aber auch der Meinung, wenn unser Volk allmählich die Schwere der Friedensbedingungen kennen gelernt hat, dann wird vielleicht auch das Ausland langsam zu der Einsicht kommen, daß ein Volk nicht so geknechtet werden darf, wie das Volk von Deutschösterreich durch den Friedensvertrag von Saint-Germain geknechtet wird. (*Sehr richtig!*) Unser Elend wird heute nur in unzureichendem Maße im Ausland erkannt. Wir sind ja dem Ausland überaus dankbar, daß es Tausende und Tausende unserer Kinder in seine Fürsorge nimmt. Dadurch dokumentieren wir aber noch nicht das Elend, das tatsächlich hier herrscht. Wenn das reisende Ausland einmal zu uns kommt, und das ist ja wiederholt der Fall, so sieht es ja das Elend nicht, das tatsächlich in diesem neuen Staate besteht. Diejenigen, die früher das Elend auf die Straße getragen haben, die sind heute ja nicht mehr dazu gezwungen, und das Elend, das heute besteht, das bleibt daheim, das geht nicht

auf die Straße. Das reisende Ausland sieht infolgedessen nicht das Glend in Deutschösterreich, sondern es sieht prassende und schlemmende Kriegsgewinner und ähnliches mehr und kann infolgedessen nicht den Eindruck gewinnen, daß dieser Staat nicht lebensfähig ist. Es kann diesen Eindruck nicht gewinnen, nachdem auch der Herr Staatssekretär für Äußeres bei allen seinen Auslandsreisen immer und immer wieder erklärt: Wir sind gern bereit, die Friedensbedingungen loyal zu erfüllen, wir befinden uns bereits auf dem Wege des Aufstieges und hundert andere Dinge mehr. Mit diesen Regierungserklärungen und mit der Unkenntnis der Härte der Friedensbedingungen im In- und Auslande werden wir zu keiner Revision des Friedensvertrages kommen. Hier muß schon, ausgehend von der Regierung und von unserem auswärtigen Amt, der entsprechende Weg gewiesen werden, der zu einer Revision führt.

Wir sind gestern damit getröstet worden, daß wir bis zum Herbst über das Ärgste hinaus wären. Aber was nach dem September geschehen soll, davon hat uns niemand etwas erzählt. Ein fürsorglicher Hausvater wird aber heute schon für die Zeiten, die im Winter kommen, vorsorgen. Um so mehr wäre es Aufgabe unserer Regierung, unserer auswärtigen Politik, heute schon für das Volk von Deutschösterreich für das vorzusehen, was nach dem September kommen soll. Ich bin der Meinung, daß der wirksamste Protest dem Auslande gegenüber darin bestünde, daß man nicht so im Auslande arbeitet, wie das bis heute der Fall ist, sondern daß man als Regierung endgültig erklärt: Wir können die Verantwortung nicht mehr übernehmen, daß sieben Millionen Menschen zugrunde gehen, wir müssen von unsern Plätzen scheiden. Diesem Schritt der Regierung, ihrer Demission, müßte sich auch die Nationalversammlung anschließen. Auch die Vertreter der Nationalversammlung sollen erklären: wir können die Verantwortung nicht mehr tragen. Dann werden wir der Welt beweisen, daß diese Friedensbedingungen, für die wir nie gestimmt haben, nicht erfüllbar sind. Das wäre meiner Meinung nach der richtige Weg, der zu einer Revision des Friedensvertrages führen könnte.

Wir sind weiter für eine sachgemäße, organische Reform unseres auswärtigen Amtes. Der Herr Berichterstatter hat ja diesbezüglich bereits Andeutungen gemacht. Wir haben die frühere Auslandsvertretung Österreichs nicht für gut gehalten, denn im alten Kaiserreich Österreich hat man es schon jedem an der Wiege gesungen, der einmal als Diplomat in Paris, Petersburg oder London sitzen wird. Die Geburt war maßgebend für die Vertretung des Staates im Ausland. Auf Grund der Reform, die bis jetzt der auswärtige Dienst in unserer neuen Republik erfahren hat, scheint allerdings nicht die Geburt, wohl aber die Beschneidung

für unsere Auslandsvertreter maßgebend zu sein. (Heiterkeit.) Wir können einer derartigen Reform nicht zustimmen, denn wenn wir vor dem Kriege im Auslande nicht so gewertet wurden, als wir hätten gewertet werden müssen, so war das auch damals darauf zurückzuführen, daß die Interpreten unseres Staates im Auslande es nie verstanden haben, das wirkliche Gefühl unseres Staates zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir vom Fehler der Geburt zu anderen Fehlern übergehen, so wird sich wieder dieselbe Folge zeigen. Wir werden wieder im Auslande nicht verstanden und nicht so gewertet werden, wie wir es wirklich verdienen.

Wir sind weiter der Meinung — und der Herr Berichterstatter hat ja auch bereits darauf hingewiesen —, daß unsere Vertretung selbstverständlich nicht mehr so sein wird und so sein kann, wie es früher der Fall gewesen ist, daß wir aber immerhin auf eine Auslandsvertretung auch in Gebieten, wo man es heute gar nicht meinen sollte, nicht verzichten können. Wir sind deshalb der Meinung, daß in all den Gebieten, mit denen wir früher in Verbindung gestanden sind, zum mindesten kaufmännische Konsuln uns vertreten sollen, wir sind weiter der Meinung, daß für die Erziehung all dieser Leute das Entsprechende geschehen muß. Die Summen, die für diesen Zweck ausgegeben werden, tragen reichlich Zinsen. Wir haben uns ja auf einem anderen Gebiete ein ziemlich kostspieliges Instrument geleistet: es sind die Presseattachés. Die Presseattachés kosten jedenfalls mehr Geld als ganz geschickte Honorarkonsuln oder auch gewöhnliche Konsuln oder vielleicht auch nur Gremialkonsuln. Wir müssen bei dieser Gelegenheit auch die Auslandsdeutschen, die Auslandsösterreicher bitten, mögen sie in Amerika, mögen sie in Südamerika, in Mexiko oder in Rußland sein, unsere Interessen wahrzunehmen. Sie haben ja im Laufe des Krieges und nach dem Kriege wiederholt gezeigt, daß sie ein warmführendes Herz für ihre Heimat haben; mögen sie dieses Gefühl, diesen Zusammenhang mit der alten Heimat in irgendeiner Art und Weise zum Ausdruck bringen, die uns nützt. Dazu müßte natürlich das auswärtige Amt die entsprechenden Wege weisen. Bis heute ist das schließlich und endlich nicht der Fall gewesen und auch das müssen wir bemängeln.

Wir müssen weiter von unserer auswärtigen Politik verlangen, daß die Auslandsbeziehungen nicht so schwankend weitergeführt werden wie bisher, wo man einmal westlich orientiert war und auf Grund der westlichen Orientierung vielleicht nach Norden geblickt hat, dann wieder eine andere Orientierung gewollt hat. Wir wollen nur eine Orientierung und diese Orientierung ist die nach dem Deutschen Reiche. Leider ist diesbezüglich von unserem auswärtigen Amte bis jetzt das Entsprechende

nicht getan worden. Wir fordern diese Orientierung, weil wir darin das einzige Mittel erblicken, das uns aus der gegenwärtigen Not und aus dem gegenwärtigen Elend herausführen kann.

Ich bin deshalb zusammenfassend der Meinung, daß ehestens dem Ausland klar gemacht werden muß, daß ein Bestand unseres Staates als selbstständiges Gebilde unmöglich ist, daß infolgedessen der Friedensvertrag ehestens revidiert werden muß und ich bin weiter der Meinung und muß die Forderung stellen, daß unser auswärtiges Amt alles zu unternehmen und im Rahmen der Regierung zu veranlassen hat, was zu einer ehesten Revision des Friedensvertrages führt. Wir können ohne Anschluß an das Deutsche Reich nicht leben und müssen diese Tatsache dem ganzen Ausland gegenüber zur Geltung bringen. Ich glaube, es müßte jeder Redner in der Nationalversammlung, jeder Redner im öffentlichen Leben, mag es auf politischem oder nichtpolitischem Gebiete sein, mit den Worten schließen: *Ceterum censeo, contractum esse delendum*. Dann, meine sehr Verehrten, besteht vielleicht die Möglichkeit, in absehbarer Zeit unsere Feinde zur Einsicht zu bringen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist ferner gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Schneider; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Schneider: Hohes Haus! Auf der Grundlage des zu verhandelnden Gegenstandes und nach den Ausführungen meines sehr geehrten Herrn Vorredners halte ich es für angezeigt, auf eine Frage zurückzukommen, die gemeiniglich als die Vorarlberger Anschlußfrage bezeichnet wird. Es ist allen in diesem Hause bekannt, daß in Vorarlberg seit Ende des Jahres 1918 unentwegt das Streben besteht, einen Anschluß an ein anderes Staatswesen als Österreich zu vollziehen. Ich möchte Ihnen heute über die Grundlagen dieses Strebens und über die Tatsachen, welche da bestehen, ein Bild geben und von vornherein betonen, daß ich meine Ausführungen nicht als meinen persönlichen Standpunkt hinstellen will, ja, daß ich sogar vom Parteistandpunkt absehe, sondern nur auf der Grundlage der Tatsachen spreche.

In der Zeit des Zusammenbruches war sich das ganze Land Vorarlberg beinahe einstimmig darüber klar, daß der Zusammenbruch Österreichs, der sich vor den Augen der Beteiligten vollzog, dahin führen werde, daß Vorarlberg sich sein künftiges Schicksal selbst nach seinem eigenen Willen bauen werde. Wer Augenzeuge dieser Tage in unserem Lande war, konnte sehen, wie damals überall, in allen Ständen und ohne alle Rücksicht auf Parteien, einzig und allein der Wunsch bestand, über den Rhein hinüber zu gehen und sich an die

Eidgenossenschaft anzuschließen. Dieses Streben steht seit jener Zeit im Vordergrund der Interessen, es ist niemals verstummt, es ist zeitweise nicht so laut gewesen wie zu anderen Zeiten, aber es ist niemals aus der Seele des Volkes geschwunden und wird nach meinem Dafürhalten — ich glaube mein Volk ziemlich genau zu kennen — auch nicht so bald verschwinden, mag in dieser Beziehung was immer geschehen.

Als in den Novembertagen des Jahres 1918 sich die provisorische Landesversammlung Vorarlbergs konstituierte, war es eine ihrer ersten Aufgaben, Vorarlberg zunächst als ein selbständiges Land, als ein freies Land, wie es in der Urkunde heißt, zu bezeichnen und sich provisorisch im Rahmen des deutschösterreichischen Staates mit den übrigen deutschösterreichischen Ländern zusammenzuschließen.

Man meinte, daß diese Lösung den Tatsachen entspreche und die vorläufig notwendige sei. Diese Entschliebung wurde von allen im Landtag vertretenen Parteien einhellig angenommen und man war sich darüber klar, daß die endgültige Lösung in dieser Beziehung eine der Aufgaben der Friedenskonferenz sein werde. Als dann die Friedensverhandlungen begannen, wurde auch der Vertreter der Vorarlberger Landesvertretung, Landeshauptmann Dr. Ender, mit nach Frankreich hinübergenommen. Das Vorarlberger Volk erwartete von dieser Reise des Landeschefs, daß ihm dort Gelegenheit geboten sei, die Interessen des Landes, die damals noch ganz einhellig in dieser Richtung liefen, zu vertreten. Daß das nicht geschah und, wie wir bei den Verhandlungen hörten, aus höheren politischen Gründen für den Bestand der Republik Österreich nicht geschehen konnte, war eigentlich die erste große Enttäuschung, welche das Vorarlberger Volk von der Republik Österreich erlitten hat. Im Frühling und Sommer des letzten Jahres wurde dann eine große Aktion ins Leben gerufen, allenthalben im ganzen Lande wurden Versammlungen abgehalten und von überall her wurde der Wunsch laut, daß die Landesregierung mit aller Macht und mit allen Mitteln dahin streben solle, die Verhandlungen über diesen Gegenstand neu aufzunehmen. Es erfolgten die entsprechenden Beschlüsse des Landesrates, es erfolgte der entsprechende Schritt bei der Wiener Regierung, weil man den obligaten Weg, gewissermaßen den Dienstweg, einhalten wollte. Und da kam die zweite große Enttäuschung, daß dieser Schritt nicht weiter als bis nach Wien ging, daß der Wunsch des Volkes nicht erreicht und erlangt wurde, die feindlichen Mächte von dem Willen des weitaus größten Teiles des Vorarlberger Volkes in Kenntnis zu setzen.

In den letztvergangenen Monaten erregten Äußerungen des schweizerischen Bundesrates Calonder ein neuerliches Aufwachen der Idee. Man war sich im

allgemeinen in bezug auf diese Ausführungen darüber klar, daß die schweizerische Eidgenossenschaft, die ja auch ein gewisses Interesse daran hat, die Vorarlberger in ihren Bund aufzunehmen, von der Entente ganz entschieden gewisse Zusagen erhalten hat, denn sonst hätte der Chef ihrer äußeren Politik nicht in dieser Form sprechen können, wie er gesprochen hat. Und auf der Grundlage dieser Rede Calonders wurde eine neuerliche Aktion in diesem Sinne eingeleitet, die aber wiederum bei der Regierung in Wien stecken blieb. Das ist eigentlich der größte Vorwurf, den das Vorarlberger Volk dem Manne, der die äußere Politik Österreichs vertritt, macht, nämlich den Vorwurf, daß der Wille des Vorarlberger Volkes nicht weitergeleitet wird, obwohl er weitergeleitet werden könnte.

Ich will bei dieser Gelegenheit darauf zurückkommen, daß das Streben des Vorarlberger Volkes, wie es atengemäß vor uns liegt, auch noch nicht dahin geht, daß dem Lande der Anschluß an die Schweiz gegeben werde. Das ist eine vollständige Verkennung der Tatsachen. Was das Volk in Vorarlberg will, ist die Erlaubnis, mit der Schweiz Verhandlungen darüber pflegen zu können, unter welchen Umständen, unter welchen Bedingungen die Schweiz bereit wäre, das Land als selbständigen Kanton in seine Eidgenossenschaft aufzunehmen. Über dieses Verlangen hinaus geht der Wille nicht und es ist damit noch lange nicht ausgemacht, daß aus diesen Verhandlungen heraus der Entschluß, sich an die Schweiz anzuschließen, folgt.

Nun lassen Sie mich kurz darauf zurückkommen, warum der Anschluß an die Schweiz gesucht wird, wie etwa die Gründe dafür lauten. Der gewöhnlichste Grund, der im allgemeinen dafür angenommen wird, ist der, daß die Vorarlberger aus Krämmergeist, aus den Gründen besserer Wirtschafts- und leichter Lebensbedingungen sich rasch aus dem Glendstaate Deutschösterreich flüchten und in das wohlgenährte Haus des schweizerischen Staates begeben wollen. Ich gebe zu, daß es auch solche Anschlußbewerber in Vorarlberg gibt, ich gebe zu, daß ein Teil des Volkes sich darüber klar ist, daß es auf dem raschesten Wege zu guten Lebensverhältnissen kommt, wenn es sich an einen anderen Staat anschließt. Es ist auch nicht abzuleugnen, daß für eine ganze Reihe von Volksteilen in Vorarlberg der Anschluß an die Schweiz auf keinen Fall ein Nachteil, in vieler Beziehung aber ein Vorteil sein wird. Es ist auch sicher, daß dasselbe Bestreben bei einem großen Teil der Schweizer maßgebend ist. Die Schweizer erkennen ganz genau, daß in ihrer Wirtschaftspolitik das Land vor dem Arlberg ein wertvoller Faktor ist. Der einzige Gedanke an den großen Bodenseehafen, der nach dem Ausbau der Rheinschiffahrt zur Vollendung kommt, der Umstand, daß die schweizerische Arlberg-

linie und ihre Fortsetzung auf keinen Fall mehr eine Konkurrenz für die schweizerische Alpenbahn bilden kann und auch der Gedanke, daß die Ausschaltung der in Vorarlberg vorhandenen Stickerindustrie auf keinen Fall mehr eine Konkurrenz für die schweizerische Stickerindustrie sein kann und noch mehrere andere derartige Industriezweige lassen die Schweiz klar erkennen, welche Bedeutung Vorarlberg für sie hat. Ich möchte aber feststellen, und zwar zur Ehre des schweizerischen Volkes und zur Ehre des Vorarlberger Volkes, daß ein großer Teil derjenigen, welche zur Schweiz hinüber wollen, und derjenigen in der Schweiz, welche Vorarlberg in ihren Bund aufnehmen wollen, diesen Anschluß aus idealen Gründen erstreben.

Das muß festgelegt werden, und es kann nur Unkenntnis der Verhältnisse oder Bosheit sein, die diesen edlen Teil der Anschlußbewegung leugnet.

Die Gründe, welche hinüberführen, sind mannigfacher Natur. Es ist ganz sicher, daß das vorarlbergische Volk als ein Teil des alemannischen Volkes zu den übrigen Volksbestandteilen in Österreich viel weniger paßt als etwa zu dem stammverwandten, gleichen Schweizer Volke, dem es ethnographisch am nächsten steht, oder auch zu dem ethnographisch gleichartigen schwäbischen Volke, mit dem es ja wiederholt im Staatsverband gestanden ist. Es ist ganz sicher, daß Vorarlberg verkehrsgeographisch und auch wirtschaftsgeographisch viel eher einen Teil der Schweiz oder auch eines der süddeutschen Staaten bilden könnte, als etwa gerade dieses gegenwärtigen Staates Österreich, von dem wir wahrlich nicht annehmen dürfen und auch nicht annehmen können, daß er immer der elende Staat sein und bleiben wird, der er gegenwärtig ist. Alle diese Gründe, teils ethnographischer, teils wirtschaftlicher Natur, muß man, wenn man der Frage objektiv gegenübersteht, unter allen Umständen anerkennen.

Dann sind es aber auch noch eine Reihe politischer Gründe, welche einen großen Teil des Volkes hinüberführen, und diese politischen Gründe sind, in der Hauptsache zusammengefaßt, die, daß das Vorarlberger Volk nicht glaubt, daß Österreich, wenn es die Politik weiterführt, nach außen und nach innen, die es gegenwärtig führt, auf einer aufsteigenden Bahn sich befindet. Das Vorarlberger Volk versteht die österreichische innere Politik in vielen Dingen nicht. Wir in Vorarlberg sind unter allen Umständen Demokraten, und zwar Demokraten, wie sie vollständiger gewiß nicht gefunden werden können. Das beweist unsere ganze Geschichte und das beweist unser ganzes Wesen. Daher sind wir Vorarlberger niemals für einen Staat zu haben, der Zentralismus betreibt. Einen solchen Staat können wir nicht brauchen, dem können wir uns nicht anschließen, außer wir werden dazu gezwungen,

wie wir eben durch den Friedensvertrag von St. Germain überhaupt gezwungen sind, einen Staat miteinander zu bilden. Schon dieser Gedanke allein genügt, um die Mentalität Vorarlbergs gegen Österreich, wie sie heute ist, zu erklären, der Gedanke an den Zentralismus. Vorarlberg wird zu haben sein für einen freien Bundesstaat auf demokratischer Grundlage, indem das Volk wirklich dasjenige zu bedeuten hat, was es ist. Es wird aber niemals für einen Staat zu haben sein, es wird sich niemals in einem Staate wohl fühlen können und niemals ein gesunder, arbeitender Teil eines Staates sein können, der dieses oberste Prinzip der Volksseele verletzt. Alle Vorarlberger, ich glaube ohne Unterschied der Partei, sind Leute, welche kein Verständnis für den Klassenkampf haben. Ich sage Ihnen ganz aufrichtig: Wir in Vorarlberg verstehen es nicht, wenn man Ausdrücke gebraucht, wie „Arbeiterklasse“ und „arbeitende Masse“. Bei uns in Vorarlberg arbeitet jeder. Und das ganze Land zusammen stellt bei uns die Arbeiterklasse dar. Wer nicht arbeitet, dem wird es bei uns im Lande nicht gefallen, weil das Volk sich sehr bald gegen ihn wenden wird. Und so verstehen wir noch manche andere Dinge nicht, die in Österreich heute sind. Wir verstehen es nicht, daß unser Staat uns so viele Beamte ins Land schickt. Wir haben jetzt im Frieden wesentlich mehr Beamte im Land, als wir etwa vor dem Krieg hatten und es ist ein öffentliches Argernis geradezu, daß wir zusehen müssen, daß wir so viele Beamte haben, die zwar den Willen zur Arbeit haben — das muß ich zu ihrer Ehre sagen —, aber nicht die Möglichkeit zu arbeiten, weil eben keine Arbeit ist. Wir verstehen es nicht, daß unser Staat junge, verhältnismäßig kräftige Leute zwingt, in den Ruhestand zu treten, die sich bei uns draußen, wo jeder auffällt, natürlich um so mehr bemerkbar machen, als etwa in größeren Ländern. Ich halte es für eine sehr wichtige Aufgabe der Regierung, im Interesse des ganzen Staatswesens das möglichste zu tun, um diesem Mißbrauch der menschlichen Arbeitskraft im Beamtentum ein Ende zu bereiten, die Beamten auf ihren Posten zu belassen und diejenigen zurückzurufen, die man aus ihrer Wirksamkeit, aus ihrer aktiven Tätigkeit als Beamte hinausgejagt hat in die Armut und in die Not des Pensionisten. Denn jeder Staatsbeamte, der heute gezwungen ist, auf der Grundlage unserer gegenwärtigen Gesetze den aktiven Staatsdienst aufzugeben und sich in den sogenannten Ruhestand zu begeben, ist ein armer Mann und mir haben in unserem Lande schon so manche Beamte klargelegt, daß sie sich anderen Berufen zuwenden müssen, und aus Mangel an Arbeit manchmal Berufen, die ihnen nicht recht gefallen, nur um das kärgliche Leben des Tages zu fristen. Das sind so ein paar Gedanken, die ich

Ihnen über die Grundlagen dieser ganzen Anschlußfrage sagen wollte.

Zusammenfassend hätte ich Ihnen über die Verhältnisse folgendes zu sagen: Der weitaus größte Teil unseres Volkes ist aus der Überzeugung heraus, daß es Österreich nicht möglich sein werde, in geordnete Bahnen zu kommen, und nicht etwa aus Haß gegen politische Verhältnisse in anderen Ländern oder in Wien — das ist eine Unrichtigkeit —, sondern aus der tieferen Überzeugung heraus, daß es Österreich nicht möglich sein werde, aus dem Sumpfe herauszukommen, in dem es steckt, willens, sich an ein anderes Staatswesen anzuschließen.

Wenn man das parteienmäßig, aber nicht nach politischen Parteien, sondern anschlussparteiemäßig festlegen will, so kann man sagen, daß vielleicht vier Fünftel der Bevölkerung von Vorarlberg, sicherlich vier Fünftel von denen, die in Vorarlberg bodenständig sind, die Überzeugung haben, daß es für Vorarlberg nur eine Rettung gebe und das sei der Anschluß an die Schweiz, und zwar aus der Überzeugung heraus, daß es auch Deutschland nicht sobald gelingen werde, sich zu der Höhe zu erheben, von der es herabgefallen ist.

Eine zweite Partei im Lande sieht den Anschluß an ein süddeutsches Staatswesen oder den selbständigen Anschluß an Deutschland als die Rettung aus der Not an. Und eine dritte Partei ist vorhanden, welche Gefühle der alten Anhänglichkeit an Österreich und die Überzeugung hat, daß Vorarlberg in einem glücklich regierten Österreich einen wesentlichen Teil des Staates darstellen würde — sie haben also auch einen gewissen Stolz — und daß Vorarlberg bei Österreich am besten fahren wird.

Man kann für alle diese drei Standpunkte gewisse Punkte dafür und gewisse dagegen anführen, aber damit werde ich das hohe Haus nicht aufhalten. Es zeigt sich nun, daß von diesen drei Anschlußparteien, denen Angehörige aller politischen Parteien angehören — das ist vermischt, und es ist nicht wahr, daß die Anschlußbewegung, sei es hierhin oder dorthin, eine rein politische sei, das kommt nur hie und da in den Zeitungen zum Ausdruck, tatsächlich ist es nicht wahr, wenigstens soweit wieder die bodenständigen Vorarlberger in Betracht kommen —, diejenigen, welche sich nach der Schweiz oder nach Schwaben wenden wollen, von dorthin Unterstützung bekommen.

Sowohl die Schweiz als auch Schwaben bemühen sich um Vorarlberg materiell und ideell. Wir sind alle diese Unterstützungen beiderseits recht wohl verständlich. Sowohl die Schweiz als auch Süddeutschland suchen den Anschluß an die Volksseele.

Die dritte Partei, welche bei Österreich bleiben möchte, ist in dieser Beziehung eigentlich am allerärmsten daran. Ich muß bedauern, daß sich Österreich um sein westlichstes Land am wenigsten von allen denjenigen kümmert, die um die Liebe des Landes werben. Allerdings ist es einmal passiert, daß in einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen der frühere Staatssekretär für Finanzen sich dahin geäußert hat, daß Vorarlberg ein unendlich passives Land für den Staat bedeutet, eine große Last, der kein Gegenwert gegenübersteht. Dieses Wort des Staatssekretärs hat in Vorarlberg den Eindruck gemacht, dann habe es für Österreich gar keinen Wert, das Land für sich zu behalten, wenn es nur eine Last sei.

Warum die Seele des Volkes sich gegen die Regierung wendet, habe ich eingangs meiner Ausführungen klargelegt; ich glaube, es wäre sehr klug von unserer Regierung gewesen und wäre ganz im österreichischen Interesse gelegen, wenn die Staatsregierung damals dem Vorarlberger Volke die Möglichkeit gegeben hätte, mit der Schweiz zu verhandeln, welche Grundlagen für einen allfälligen Anschluß vorhanden seien, um so mehr als der damalige Beschluß des Landesrates auch dahin lautete, nicht nur mit der Schweiz, sondern auch mit dem Deutschen Reich darüber zu verhandeln. Mehr ist nicht verlangt worden und das hätte gegeben werden können und das hätte, glaube ich, auch mit dem Einverständnis der gegnerischen Mächte gegeben werden können.

Ich bin damit am Schlusse meiner Ausführungen und hoffe, daß vom österreichischen Standpunkte aus, den wir, die wir in dieses Haus gewählt sind, zu vertreten haben, die Staatsregierung sich um ihr westlichstes Land etwas mehr auch in dieser Beziehung kümmern wird. Wenn das Land für den Staat nicht Wert genug hat, dann ist die Frage bald gelöst, dann lasse man es weggehen. Wenn aber Vorarlberg von einigem Werte für Österreich ist — und ich habe die feste Überzeugung, daß das der Fall ist —, dann möge Österreich Vorarlberg gegenüber in Zukunft seine Pflicht besser erfüllen, und zwar in der Anziehung des Landes an Österreich, als dies bisher leider der Fall gewesen ist. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Urfin.

Abgeordneter Dr. Urfin: Hohe Nationalversammlung! In einer bemerkenswerten Rede hat gestern der Herr Kollege Dr. Goldemund am Ende seiner Rede folgende Äußerung getan: „Noch so ein Budget mit so wenig positiven Vorkehrungen für die Arbeit und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und wir sind verloren.“ Ich will nicht weit

ausholen und ich denke, daß es genügt, wenn ich nur einige Zeit hier in diesem „interesselosesten“ Parlamente, das wir in Europa haben, spreche. Denn das steht einmal fest, daß kaum ein Parlament gefunden werden wird, wo für die wichtigsten Fragen so wenig Interesse vorhanden ist, als bei uns. Das oberste Organ jener wirtschaftlichen und nationalpolitischen Vorgänge, von denen Dr. Goldemund gesprochen hat, ist unsere Nationalversammlung und der eigentliche Repräsentant aller jener Vorgänge, die hier nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik eine große Rolle spielen, ist Herr Staatskanzler Dr. Renner. Man muß es ihm zuerkennen, daß er eigentlich zu den beweglichsten Politikern der ganzen Welt gehört! Kaum daß der Krieg zu Ende ist, hören wir schon von irgendeiner Orientierung. Er orientiert sich sehr rasch nach Berlin. Wir sind darüber erfreut, er hält Reden, wie es beim Zusammenbruch unseres Staates der Fall war: „Was desselben Blutes ist, gehört zusammen; wir sind eines Sinnes mit unseren Stammesbrüdern im Reiche und ersehnen den Augenblick, wo unser Vaterland mit der Mutter Germania vereinigt sein wird.“ Es dauert aber diese Liebe nicht gar lange. Es kommt „Saint Germain“ und, zurückgekehrt, orientiert sich Dr. Renner flugs nach Westen hinüber. Aber auch diese Orientierung, obwohl sie jetzt noch etwas anhält, dauert nicht lange; er fährt nach Prag und spricht dort kein Wort mehr vom Anschlusse, er ist nach Prag orientiert. Und jetzt haben wir ja gehört, daß er auch mit der Orientierung nach dem Süden hinter sehr einverstanden ist. Mich wundert nur, daß er bis jetzt nicht an einer politischen Drehkrankheit erkrankt ist. *(Heiterkeit.)*

Diese Beweglichkeit und Vielseitigkeit unseres Herrn Dr. Renner gibt sich auch in seiner ganzen Beschäftigung kund. Er ist Abgeordneter, Staatskanzler, er ist Vertreter des Außern, kurz und gut, er hat ein sehr weites Ressort, das sich auch in unserem Budget kundgibt, über das ich heute einiges sprechen will. Vor allem aber ist er hervorragend durch seine — wie soll ich sagen — konkurrenzlose Vertrauens- und Hoffnungslosigkeit. Es hat dies auch schon der Herr Dr. Schönbauer angedeutet und ihn einen unverbesserlichen Optimisten genannt. Ich glaube, daß dies zu wenig gesagt ist. Dabei hat er eine ungemein lebenswürdige Beurteilung aller Feinde unseres deutschen Volkes. Sie alle werden sich erinnern, in welcher stänenswerten Bewunderungsanfalle er ausgebrochen ist, als er hier an dieser Stelle über Clemenceau gesprochen hat. Nachträglich hat er auch für Masaryk alle Wärme bekundet und vor einigen Tagen wieder für Mitti. Er ist eben ein politischer Tausendkünstler.

Ganz im Gegensatz zu seinen rosigten Anschauungen und seiner Schönfärberei steht der

wirkliche Zustand, in dem wir uns tatsächlich befinden. Wo wir hinschauen, nichts als Elend! Es wurde heute von Herrn Abgeordneten Dr. Straffner erwähnt, daß die Außenwelt und speziell die Ententestaaten eigentlich nur sehr wenig von den Zuständen wissen, die bei uns vorwalten. Ich kann nur das eine behaupten, daß es derzeit kaum einen Staat in Europa oder der Welt geben wird, wo die Todesfälle in einer solchen Weise die Geburten übersteigen, und zwar überragte zum Beispiel in Wien die Zahl der Todesfälle die der Geburten im Vorjahre um 17.000, kurz und gut, es herrscht bei uns ein Zustand des Dahinsterbens wie in keinem anderen Lande der Welt. Ich will auch, was zum Beispiel Wien anbelangt, darauf hinweisen, daß in den Spitälern eine Sterblichkeit an Tuberkulose besteht, wie nie zuvor. Besonders ist das eine zu verzeichnen, daß jetzt bei Kindern Tausende von Erkrankungen an Knochentuberkulose vorkommen, die früher fast nie in diesem Maße beobachtet worden ist, und daß auch die Rachitis Formen annimmt, wie dies vor dem Kriege nie der Fall gewesen ist. Aber wir haben nicht nur ein großes Dahinsterven unseres Volkes, sondern wir haben auch, glaube ich, verhältnismäßig die größte Schuldenlast aller Länder der Welt. Ich erinnere mich noch jenes Augenblickes — es war im Vorjahre — als, nicht an dieser Stelle, sondern an einem anderen Ort, ein hervorragender Führer der christlichsozialen Partei geäußert hat: „Jetzt können wir uns nicht an das Deutsche Reich anschließen, denn würden wir uns jetzt anschließen, dann wären wir unflug; wir bekommen ja einen viel besseren Frieden, als ihn das Deutsche Reich erreichen wird, da eigentlich doch nur das Deutsche Reich verhaßt ist, während wir ja auf der ganzen Welt sehr beliebt sind.“ Es hat sich gezeigt, wie richtig diese Annahme gewesen ist.

Und wenn wir weitergehen: wo gibt es einen Staat — außer vielleicht in Galbasien drüben oder in Asien selbst oder in Afrika —, wo so viel Unsicherheit herrscht, wie bei uns, wo so viel Diebstahl, so viel Raub verübt wird, wie in unserem Lande? Es ist ja eine Tatsache, daß nirgends die Arreste so überfüllt sind, wie es heute bei uns der Fall ist. Es würde mich gar nicht wundern, wenn unser Staatssekretär für Justiz eines schönen Tages eine neuerliche Amnestie beantragen würde! Wir finden auch, daß außerdem eine schreckliche Brutalität und Verrohung Platz greift, und zwar nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch eine Verrohung der Jugend! Wir sind nach jeder Richtung ein herabgekommenes Freiland! Wir sind zu Bettlern geworden, die Stück für Stück von ihrem Hausrat veräußern und verkaufen, und wir sind ein Land geworden — ich werfe das absichtlich durcheinander — wo die Schieber und Wucherer überhandnehmen und das große Wort führen und

wo eine Spekulation sondergleichen — nicht nur an der Börse, sondern bei allen Banken — Platz gegriffen hat, wie sonst nirgends. Hand in Hand mit diesen trostlosen Zuständen, die ich nur kurz geschildert habe, geht das Ansehen, das wir im Auslande draußen genießen, verloren. Wie könnte es auch anders sein? Ich will nicht davon sagen, welche Umstände in sozialer Beziehung sonst noch dazu beigetragen haben, unseren Kredit zu schmälern und unser Ansehen herabzusetzen. Ich will nur das eine bemerken, daß auch unsere Innenpolitik daran schuld war, wenn die Außenwelt uns so wegwerfend beurteilt, wie es leider der Fall ist.

Auf dem Rutschierbock unserer Regierung sitzen zwei Eheleute. Der eine Ehegatte ist die Sozialdemokratie, der andere Ehegatte die christlichsoziale Partei; ein Ehepaar, das fortwährend streitet. Wie kann es denn mit dem Gefährte vorwärts gehen, wenn der eine Teil des Ehepaares „Hüh“ und der andere „Hott“ ruft! Es ist undenkbar, daß wir auf diesem Wege zu einem erstrebenswerten Ziele kommen können. Es wurde schon einmal betont, daß gerade von seiten der Großdeutschen hier sehr milde Töne angeschlagen worden sind und daß, wenn es hier in diesem interesselosen Parlamente, sagen wir, zu einer etwas lebhafteren Szene gekommen ist, dies hauptsächlich dem geschilderten Ehepaar zu verdanken ist. Nun will ich nicht davon sprechen, welche Hoffnungen die linke Seite des Hauses auf dieses Parlament gesetzt hat, welche Hoffnungen sie auch auswärts erweckt hat. Ich will nicht davon sprechen, daß vielleicht die christlichsoziale Partei von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, als sie es im Interesse dieses Staates für notwendig befunden hat, sich mit den Sozialdemokraten auf ein und dieselbe Regierungsbank zu setzen. Ich glaube, es ist jetzt schon so weit gekommen, daß man sagen kann: Wenn auch die Christlichsozialen sonst Gegner der Chereform sind, aber einer bestimmten Form der Chereform sind sie nicht feind, das ist die politische Chereform. Ich glaube, daß da bald eine Scheidung vom politischen Tisch und Bett eintreten wird.

Aber ich muß auch betonen, daß Kollege Dr. Adler vollkommen recht hatte, als er, ich glaube gestern, die Äußerung tat, die wir nur unterstreichen können und mit der wir übereinstimmen. Er sagte: „Wir haben den Mut — nämlich die Sozialdemokraten — einen Teil der Verantwortung, und es ist die halbe Verantwortung, zu tragen; die Taktik, uns die ganze zuzuschreiben, überlassen wir Ihnen.“ Ich möchte dabei noch folgendes anführen. Wir sagen: Wenn die Christlichsozialen den richtigen Tag gekommen glauben, um sich von dieser Koalition loszulösen, vielleicht mit der Äußerung: „Jetzt können wir nicht mehr

länger zuwarten, das Maß ist voll, die Sozialdemokratie hat am deutschen Volke Verrat geübt, wir sehen uns veranlaßt, die Last von uns zu werfen, wir gehen nun selbständig vor usw.“, oder wie diese Äußerungen lauten mögen, so müssen wir dazu bemerken: Die christlichsoziale Partei ist eben mitschuldig an den ganzen Vorgängen, die sich hier ereignet haben, sie hat ihren Teil der Verantwortung nicht nur der Wählerschaft gegenüber, sondern der ganzen Mitwelt gegenüber zu tragen. *(Zustimmung.)*

Nun könnte gesagt werden, daß die Koalition notwendig war und daß es — es kann nicht bestritten werden — zwei Parteien geben müsse, welche zusammengehen und die Regierung bilden, um die Geschicke dieses Staates zu leiten. Ich spreche nicht als Mitglied der Koalition, Sie wissen ja, daß ich Mitglied der Großdeutschen Vereinigung bin. Ich lasse jemanden anderen über die Koalition sprechen, das ist Herr Professor Dr. Seipel, welcher vor nicht zu langer Zeit im Katholischen Volksbunde die Frage aufgeworfen hat: „Haben sich jene Hoffnungen, die wir an die Koalition geknüpft haben, tatsächlich erfüllt, ja oder nein? Sind die Versprechungen, die von seiten der Koalition gegeben wurden, eingehalten worden, ja oder nein? Und Herr Professor Seipel hat darauf die Antwort gegeben, klipp und klar: Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, die Versprechungen sind nicht gehalten worden. Wenn nun aus dem Munde eines Führers der christlichsozialen Partei und eines hervorragenden Führers auch der Koalition diese Versicherungen getan werden, so darf es nicht wundernehmen, wenn wir von der Großdeutschen Vereinigung derselben Meinung sind.

Es könnte gesagt werden: Ja, warum seit denn Ihr nicht in die Koalition eingetreten? Oder wie es von dieser Stelle aus der Herr Prälat Hauser gesagt hat: Ja, es ist leicht, sich in den Schmollwinkel zu stellen, es ist sehr leicht, auf diese Art Politik zu treiben! Und als wir ihm erwiderten — es war die erste Sitzung der Nationalversammlung, der ich anwohnte — es sei nicht am Platze, in dieser höhnenenden, ironisierenden Weise zu sprechen, da hat Herr Prälat Hauser geantwortet: Das ist eben die Ironie der Wirklichkeiten! Heute, glaube ich, wird der Herr Prälat Hauser vielleicht einer anderen Meinung sein, und ich glaube, daß die Ironie der Wirklichkeiten wo anders zu finden ist als bei uns.

Gestatten Sie mir nun, daß ich auf das eigentliche Budget eingehe und vor allem bezüglich der „Obersten Volksorgane“ einige Worte spreche. Es handelt sich dabei vor allem um die Nationalversammlung. Wenn die Nationalversammlung, wie ich es anfangs ausgeführt habe, auch weiter dieselbe Interesselossigkeit den wichtigsten Fragen gegen-

über an den Tag legt, wenn nur sozusagen Ausschlußpolitik getrieben wird und ansonsten man es der parlamentarischen Regie überläßt, das zu tun, was gerade geschehen soll, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn draußen in der Bevölkerung das Interesse für den Parlamentarismus tatsächlich abnimmt.

Die dritte Gruppe des Budgets handelt vom Staatsrechnungshof. Man sollte nun erwarten, daß wir, die Abgeordneten, etwas über die Schulden erfahren, die wir haben, und auch etwas über den Steuernachweis. Gar keine Idee! Aber wie kann man denn ein Budget vorlegen, wenn man nicht sagt, was wir eigentlich schuldig sind?

Bei dieser Gelegenheit möchte ich kurz etwas anführen, was zwar nicht gerade zur heutigen Tagesordnung gehört; aber das Ganze steht im organischen Zusammenhange. Ich habe bekräftigt, daß gerade der Staatsrechnungshof uns einen, sagen wir, zu kleinen Rechenschaftsbericht vorgelegt hat. Es ist aber hochinteressant, was wir aus der XX. Gruppe dieses Budgets „Liquidation“ entnehmen können. Nach diesen Mitteilungen haben die liquidierenden Stellen, und zwar das liquidierende Kriegsministerium, die liquidierende Marineinspektion usw. 7420 Angestellte, sie haben 909 Zimmer in arabischen Häusern; 45 Mietwohnungen, 8 Miethäuser und 197 Telephone. Diese eine Tatsache genügt, glaube ich, vollkommen, um zu kennzeichnen, in welcher Weise bei uns gespart wird. Ich hebe dies auch deswegen hervor, weil gerade zur ersten Gruppe „Oberste Volksorgane“ in den Erläuterungen ausdrücklich gesagt wird, daß gespart wird, wo es nur überhaupt möglich ist. Ich bin dieser Überzeugung gerade nicht. Es heißt dort *(liest)*: „Es liegt durchaus im Geiste einer demokratischen Republik, daß aller äußere Pomp vermieden und eine bescheidene Geschäftsführung eingehalten wird“. Ich glaube, die Angaben, die ich gemacht habe, deuten gerade nicht darauf hin, daß diese bescheidene Geschäftsführung auch tatsächlich eingehalten wird. Ich erwähne auch noch — ich bitte, wenn ich etwas sagen sollte, was nicht richtig ist, mich zu berichtigen —, daß früher der Regierung 16 Autos zur Verfügung gestanden sind, heute höre ich von 180 Autos. *(Hört! Hört!)* Der Betrieb eines Autos kostet heute 150.000 K Minimum und ein Auto repräsentiert — das allerdings kommt in das Aktium hinein — heute einen Wert von zirka 500.000 K.

Nun gestatten Sie mir, daß ich zur siebenten Gruppe übergehe, das ist die Staatskanzlei. Es ist das das eigentliche Kessort des Herrn Dr. Renner. Und da sehen wir, was alles diesem Kessort untersteht *(liest)*: „Allgemeine Ausgaben, Minderheitschutz und Propaganda, Staatsgesetzblatt, Offizielle Zeitungen, Telegraphenkorrespondenzbureau, Nicht

verrechenbare Ausgaben, Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamt, Filmhauptstelle, Lichtbildstelle, Oberste Leitung des Hofärars und Beitrag an die Verwaltung des Hofärars." Es wurde früher gesagt, daß gespart wird, wo man sparen kann. Wir sehen aber aus dieser Zusammenstellung, daß unter dem Titel „Beitrag an die Verwaltung des Hofärars“ eine Summe von 19.000.000 K eingesezt ist. Ich glaube, daß da wohl Kritik am Plage ist. (*Abgeordneter Dr. Schönbauer: Dieser Betrag ist schon überschritten, jetzt beträgt das Defizit 24 Millionen!*) Ja!

Nun will ich zunächst über das Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamt sprechen. Es hat der Herr Kollege Goldemund schon gestern einiges darüber angedeutet. Er sagte, er würde wünschen, daß dieses Amt mit dem Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, also mit dem Amt des Herrn Staatssekretärs Zerdik, verbunden werde. Auch ich bin dieser Meinung und glaube, daß eine Zentralisierung aus manchen Gründen am Plage wäre. Mich interessiert diese Frage besonders aus dem Grunde, weil der Bezirk, den ich vertrete, an Wasserkraften sehr reich ist. Es hat unlängst in St. Pölten eine Beratung über diese wichtige Frage stattgefunden und es wurde festgestellt, daß gerade in diesem Wahlbezirk, im Viertel ober dem Wienerwald rund 450 Wasserkraftwerke an den Flußläufen der Traisen, der Pielach, der Erlaf und der Ybbs zur Verfügung stehen würden und daß allein aus dem am Traisenfluß gelegenen größeren Wasserkraften mehr als 15 Millionen Kilowattstunden in verhältnismäßig kurzer Zeit gewonnen und verwertet werden könnten. Sie sehen aus diesen einfachen Mitteilungen, daß die Verwertung unserer Wasserkraften von unendlichem Wert ist, und zwar wird es sich, wie ich glaube und auch im Sinne der gestrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Goldemund, darum handeln, ein geschlossenes Hochspannez einzuführen, weil dadurch eine Vereinfachung und völlige Ausnutzung unserer Wasserkraften möglich ist.

Ein weiterer Titel, der hier — auch nur ganz kurz — besprochen werden soll; sind die „Offiziellen Zeitungen“. Sozusagen die hauptoffizielle Zeitung ist die alte „Wiener Zeitung“ und „Abendpost“. Aber wenn man diese „Abendpost“ durchsieht, so unterscheidet sie sich von der alten „Wiener Zeitung“ vor allem durch eines gewaltig: daß sie nicht mehr so objektiv gehalten ist, sondern vielfach einen parteipolitischen Beigeschmack zeigt. (*Sehr richtig!*)

Was das Telegraphenkorrespondenzbureau anbelangt, so hört man allgemein darüber klagen, daß dieses Bureau nicht auf der Höhe steht und daß es einseitig parteipolitisch unterrichtet ist.

Ich will nur einen Fall anführen, der sich zur Zeit des Versailler Friedens ereignete. Damals war in Frankreich ein Kohlenarbeiter- und Eisenbahnerstreik. Die Berichterstattung erweckte den Eindruck, als ob Frankreich dadurch in unserem Sinne gefesselt wäre und wir erwarten könnten, daß die französischen Sozialdemokraten mit den hiesigen Sozialdemokraten in unserem Interesse Stellung nehmen würden. Wir waren enttäuscht, wie in dem Augenblick, als von Frankreich die Losung ausgegangen ist: gegen Berlin! die französischen Sozialisten sofort abgeblasen haben, aus dem Grunde, den früher schon mein Freund Dr. Straßner angeführt hat, weil eben die französischen Sozialisten national orientiert sind zum Unterschied von unseren Sozialdemokraten.

Ich übergehe die Titel „Filmhauptstelle“ und „Lichtbildstelle“, weil diese Frage noch nicht geklärt ist, wie ja der Herr Staatskanzler selbst in einer der Sitzungen des Budgetausschusses mitgeteilt hat. Ein Kapitel interessiert mich, und zwar jenes, das überschrieben ist: „Nicht verrechenbare Ausgaben.“ Man wird da unmittelbar erinnert an den ehemaligen Reptilienfonds. (*Zustimmung.*) Nun hat über dieses Kapitel Herr Dr. Otto Bauer in dem Budgetausschuß folgendes gesagt (*liest*):

„Aufwendungen von der Art, wie sie unter dem alten Regime gemacht wurden, sind nicht nur überflüssig, sondern auch moralisch unzulässig.“ Herr Dr. Otto Bauer ist weder Großdeutscher noch Christlichsozialer, er wird also wissen, warum er diese Worte in dieser Form gebraucht hat. Und weiter (*liest*):

„Vielleicht wäre es zweckmäßiger, diese Post aus dem Budget der Staatskanzlei in die des Staatsamtes für Äußeres zu verschieben“, also eine Schieberei. (*Heiterkeit.*) „Damit wäre auch angedeutet, daß diese Post auf keinen Fall zur Beeinflussung der inländischen Presseorgane verwendet werden darf.“ Ich habe diesen Worten nichts weiter hinzuzufügen.

Mit dem Titel „Telegraphen-Korrespondenzbureau“ hängt noch eine Angelegenheit zusammen, und zwar die der Pressattachés. Auch dieses Kapitel ist, glaube ich, ein etwas wunder Punkt. Die „Arbeiter-Zeitung“, soviel ich mich erinnern kann, hat einen Artikel über diesen Gegenstand geschrieben und ausdrücklich bemerkt, daß sie diesbezüglich nicht derselben Ansicht ist wie Dr. Renner. Herr Dr. Renner hat nämlich folgendes vorgekehrt. Er hat diese Pressattachés zu Spezialberichterstattern des Telegraphen-Korrespondenzbureaus ernannt und es kommen diesen die gesandtschaftsmäßigen Einkommen ebenso wie dem Pressattachés zu.

Es wäre auch am Plage, hier über die Interpellation des Herrn Dr. Schürff bezüglich der Papiersubventionen etwas zu sagen — Sie

wissen ja, daß acht Millionen Kronen auf diese Art den Zeitungen zugewendet wurden —, aber ich halte es derzeit für nicht am Platze, darüber weiter zu sprechen, sondern ich will zu einem wichtigeren Punkte in diesem Budget übergehen, das ist der Minderheitenschutz. Ich glaube, daß die Stillfrierung hier nicht ganz richtig ist. Es handelt sich nicht um einen Minderheitenschutz, sondern es handelt sich um einen Minderheitenschutz in diesem Fall. Ich habe dem Herrn Präsidenten früher einen Resolutionsantrag überreicht. Dieser hat folgenden Wortlaut (*liest*):

„Im Hinblick auf bereits geschaffene ähnliche Einrichtungen in den neuen Nationalstaaten wird die Regierung aufgefordert, im Verbands der obersten staatlichen Zentrale eine dienstliche Stelle behufs Wahrnehmung der Interessen aller inländischen sowie der ausländischen deutschen Minderheiten ins Leben zu rufen.“

Zur Begründung dieses Antrages möchte ich folgendes anführen: Sie erinnern sich alle an jenen denkwürdigen Tag — es war meines Erinnerns der 24. September des Vorjahres —, als unsere deutschen Stammesgenossen aus Böhmen und aus dem Sudetenlande von uns Abschied nehmen mußten. Damals hatte es auf mich den Eindruck gemacht, als wenn eine Totenfeier stattfinden würde. Ich erinnere mich unter anderem an die grünen Blattpflanzen; es hat weiter nichts gefehlt, als daß noch ein Sarkophag aufgestellt worden wäre. Auch die Worte, die damals gewechselt wurden, mit Ausnahme einiger Sätze, die etwas wärmer gehalten waren, haben den Eindruck von Leichenfeierreden auf mich gemacht.

Wenn ein Fehler gemacht wurde, so ist es der, daß wir uns um die Interessen des deutschen Volkes in Böhmen, Schlesien und Mähren viel zu wenig angenommen haben (*Zustimmung*), daß wir in einer Zeit, wo wir hätten sprechen sollen, geschwiegen haben, und daß da meines Erachtens hauptsächlich parteipolitische Einflüsse maßgebend gewesen sind. (*Zustimmung.*) Da handelt es sich aber nicht um Parteifragen, in diesem Falle handelt es sich um eine große nationale Frage. Ich kenne zwar die Stimmungen in Deutschböhmen nicht genau, ich weiß nicht, wie weit dort die deutsche Organisation vorgeschritten ist, glaube aber, daß unsere Stammesgenossen in Deutschböhmen und im Sudetenland in der Zukunft berufen sein werden, eine große Rolle zu spielen. Glauben Sie, daß, wenn das deutsche Problem aufgelöst wird, sich unsere Stammesgenossen dort ruhig verhalten werden? Wenn irgendwo — und ich würde es begrüßen — eine deutsche Irredenta zustande kommen kann, dann kann sie vor allem anderen in Böhmen und im Sudetenlande zustandekommen. Denn wir hier machen schon

mehr oder weniger den Eindruck eines, sagen wir, ermüdeten Volkes. Die oben sind aus härterem Holze geschnitzt als wir, zu ihnen habe ich mehr Vertrauen als zur einheimischen Bevölkerung.

Wir haben Fehler begangen, diese können wir aber wieder gut machen. Wir dürfen aber nicht in die Fehler des Herrn Dr. Renner verfallen, der dieser Frage, scheint es, weniger Bedeutung zumessen will. Ich habe absichtlich diesen Resolutionsantrag eingebracht! Unsere Stammesgenossen sollen sehen, daß wir uns hier in der Nationalversammlung um ihre Interessen annehmen. Ich habe diesen Antrag deswegen eingebracht, damit Farbe bekannt wird, ob wir tatsächlich in der Lage sind, eine solche Zentralstelle, wie sie nicht nur von Deutschböhmen und vom Sudetenland, sondern auch von den vertriebenen Deutschen aus Südslawien verlangt wird, zu gründen. Diese Zentralstelle soll verbunden sein mit unserer obersten Zentralstelle, mit dem Staatsamte des Herrn Dr. Renner.

Zur Begründung möchte ich noch folgendes anführen: Diese Zentralstelle würde vor allem zur Anlegung einer Statistik dienen, und zwar nicht nur bezüglich der vertriebenen deutschen Stammesgenossen, sondern auch bezüglich der Fremdsprachigen in unserem Lande. Wenn Sie die Statistik des Vorjahres durchsehen, so finden Sie, daß wir in unserem kleinen Deutschösterreich mindestens 450.000 Fremdsprachige haben. Von diesen Fremdsprachigen rechne ich die vielen Ostjuden usw. ab, da bleibt immerhin ein großer Prozentsatz von Fremdsprachigen, die sich aus Südslawien und ganz bestimmt auch aus Tschecho-Slowakien rekrutieren. Es wird gut sein, wenn wir eine Statistik über diese Herren haben. Die zweite Aufgabe dieser Zentralstelle wäre die Ausübung des Schutzrechtes den neuen Nationalstaaten gegenüber, und zwar auch im Hinblick auf das Schiedsgericht des Völkerbundes. Sie kennen die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain und ich glaube, daß es zu Differenzen kommen wird. Dann ist es immerhin gut, wenn wir für unsere eigenen Stammesgenossen eine solche Schutzstelle, eine solche Zentralstelle haben. Mit Rücksicht auf die unklaren Bestimmungen des Saint Germainer Friedensvertrages über das Staatsbürgerrecht und über die Vermögensschädigungen ist es ebenfalls am Platze, wenn wir der Reparationskommission gegenüber eine solche Zentralstelle besitzen. Schließlich auch wegen der Beratung über das Optionsrecht. Ich will nur hinzufügen, daß das nichts Neues ist, was ich vorbringe, und daß solche Zentralstellen bereits in Tschecho-Slowakien und auch in Südslawien bestehen.

Ein Kapitel, das auch hierher gehört und das ich auch noch erwähnen möchte, ist das Verhalten des Herrn Dr. Renner und der Staats-

regierung gegen unsere vertriebenen Beamten aus dem Sudetenland und aus dem Süden.

Sie wissen, daß diese Beamten aus ihrem Vaterlande gehen mußten, und zwar häufig mit Gefahr ihres Lebens, und sie mußten ihre Familien verlassen. Sie sind hier in Wien angekommen, wir hatten für sie keine Wohnungen, wir mußten, wie sie alle wissen, sie in Eisenbahnwaggonen unterbringen.

Es waren schreckliche Zustände. Ich selbst habe mich, soweit es mir möglich war, dieser Armen angenommen und habe 50 von diesen Beamten Wohnungen in Wien verschafft. Nun, was finden wir? Diese Beamten und Angestellten aus Böhmen, Sudetenland und Südslawien werden bei uns beieidet, sie legen das Gelöbniß ab, dann aber werden sie nicht angestellt und warten noch heute auf ihre definitive Anstellung. Die Beträge, die sie ausbezahlt erhalten, bekommen sie nicht als Gehalt. Ich habe erst gestern einen solchen Abschnitt gesehen; es ist dort das Wort „Gehalt“ vermieden, es steht nur darauf „Beihilfe“. Es ist eine Verschleppung dieser ganzen Angelegenheit eingetreten und ich glaube, daß diese noch weiter anhalten wird. Aber es wurde ihnen versprochen, und darauf will ich hinweisen, daß sie mit dem 1. Juli d. J. übernommen werden.

Es könnte nun jemand einwerfen, Herr Dr. Renner habe in dieser Beziehung eine richtige Politik verfolgt, weil die Deutschen oben im Sudetenland und in Deutschböhmen dadurch gestärkt werden sollen, daß man eben ihre Leute wieder zurückschickt. Das mag in manchen Fällen richtig sein, aber wo es sich um die Beamten der ehemaligen böhmischen Regierung handelt, da, glaube ich, sollte man nicht so handeln. Denn sie können sich leicht vorstellen, welchem Lose diese ehemaligen Angestellten und Beamten entgegengehen. Ich verweise nur zum Beispiel auf den Fall Niesche, der, obwohl ich für ihn, wo es nur anging, eingetreten bin, nach acht Monaten Kerkerhaft heute noch in Böhmen oben eingesperrt ist. (*Hört! Hört! — Zwischenrufe.*)

Vergleichen wir das mit einem anderen Fall. Nehmen wir zum Beispiel die Ostjuden. Es hat Dr. Otto Bauer hier einmal das Wort fallen lassen, daß es sich da um Elemente handelt, welche sich nicht immer mit den appetitlichsten Geschäften beschäftigen. Ich bin derselben Meinung, daß es nicht immer die appetitlichsten Geschäfte sind, mit denen sich die Ostjuden bei uns beschäftigen. Aber es ist auffallend, daß die Ostjuden noch immer da sind oder nur zum kleinsten Teil abgeschoben wurden.

Für unsere eigenen Stammesgenossen aus dem Sudetenland, aus Deutschböhmen und aus dem Süden hat man aber kein Unterkommen, keine

Wohnung und keine Beschäftigung. (*Sehr richtig!*) Da ist doch ein gewisser Widerspruch vorhanden.

Ein weiterer Umstand, auf den ich den Herrn Staatskanzler aufmerksam machen möchte, ist die Auswanderung. Derjenige kann nur auswandern, der gesund und kräftig ist. Durch die Auswanderung verlieren wir also an Volkskraft. Ich habe, aber noch nicht bemerkt, daß der Herr Staatskanzler oder die Regierung daran geschritten wäre, vor der Auswanderung zu warnen.

Wohin gehen diese Leute? Sie gehen nach Brasilien und in andere ferne Länder. Und was hören wir von dort? Daß dort die schlechtesten Verhältnisse für unsere Auswanderer herrschen. Sie kommen wieder in die Heimat zurück und sind gewöhnlich gebrochen an Körper und Seele.

Ich erinnere weiters an die Werbung für die Fremdenlegionen. Wie viele junge Leute verlieren wir dadurch! Auch hier wäre es am Platze, wenn der Staatskanzler eingreifen würde. (*Sehr richtig!*) Hervorheben will ich, daß mich das derzeitige Verhalten der Amerikaner ungemein freut, und zwar aus mehreren Gründen. Nicht nur, weil sie uns, dem Bettlervolke, Dollarpakete senden und weil sie uns bezüglich der Ernährung unter die Arme greifen, sondern aus einem ganz anderen Grunde.

Wenn ein Staat sich dem deutschen Volke nähern will, so ist es meines Erachtens Amerika, aus dem einfachen Grunde, weil die Geschäfte Englands, die ja siegreich gegenüber dem Deutschen Reiche gewesen sind, sich nun mit aller Macht gegen den großen Konkurrenten im Westen richten werden, gegen Amerika, und Amerika wird auf das Deutsche Reich und auf das deutsche Volk angewiesen sein. Schon aus diesem Grunde haben wir alle Ursache, die besten Beziehungen zu Amerika herzustellen.

Es wurde heute und auch schon gestern viel von der Veranlassung zum Kriege gesprochen. Ich will diese Frage nicht so sehr betonen, weil sie zu weit führen würde. Aber eine interessante Frage will ich doch erwähnen, die allerdings zum Teil schon angeschnitten wurde, aber, wie ich glaube, denn doch nicht von der richtigen Seite. Wir haben gestern hier von dem Vertreter der jüdischen Nation, vom Herrn Abgeordneten Stricker eine Rede gehört. Der Herr Abgeordnete Stricker steht, wenn ich nicht irre, auf dem Standpunkte des nationalen Judentums; er will eine strenge Scheidung der Juden von den Deutschen haben, und zwar von seinem Rassenstandpunkt und von seinem nationalen Standpunkt aus. Dagegen habe ich gar nichts einzuwenden, denn so wie er stehe auch ich auf dem reinen Rassenstandpunkt, und ich bin froh, wenn eine Scheidung der Geister und auch in anderer Beziehung . . . (*Abgeordneter Stricker: Aber Sie*

müssen auch auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung der Klassen stehen!) Ich will mich jetzt in keine Erörterungen auf Zwischenrufe einlassen, Sie haben ja Gelegenheit und Sie machen ja davon ausgiebigen Gebrauch, Ihren Standpunkt zu betonen. Aber eines muß ich sagen: Wir als Deutsche und als Deutscharier haben das Recht, gegen die Auswirkung des jüdischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen (*Zustimmung*), und zwar aus folgendem Grunde: Die eigentlichen Sieger in diesem großen Kampfe, den wir hinter uns haben, in diesem Weltkriege, sind ja nicht die Siegerstaaten, sind ja nicht die Franzosen, die Engländer und die Amerikaner — die eigentlichen Sieger in diesem Weltkriege sind doch diejenigen, die die Repräsentanten des ausbeutenden internationalen Großkapitals sind, und das sind in erster Linie die reichen amerikanischen und englischen Juden. (*Zwischenruf des Abgeordneten Stricker.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abgeordneter Stricker, Sie haben nicht das Wort!

Abgeordneter Dr. Ursin: Wenn hier von dem Großkapital gesprochen wird, so finde ich es begreiflich, daß Herr Stricker mit dem ihm angeborenen Temperament (*Heiterkeit*) sich dagegen wehrt; aber ich kann nicht anders, ich muß hier als Deutscharier meiner Meinung nach jeder Richtung hin offen Ausdruck geben. Es kann der Einwurf gemacht werden: es gibt ja auch christliche oder deutsche Ausbeuter. Gegen die wenden wir uns gerade so gut . . . (*Zwischenrufe.*) Gerade so! Sie können mir diesbezüglich einen Vorwurf nicht machen, meiner Person gegenüber nicht, das kann ich wohl sagen . . . Wir stehen auf dem Rassen- und dem deutscharischen Standpunkt! (*Ruf: „Neue Freie Presse!“*) Mit der „Neuen Freien Presse“ habe ich, sehr verehrter Herr Zwischenrufer, in keiner Weise auch nur irgendeine Verbindung. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß ein hervorragender Vertreter des internationalen Judentums — ich bitte, des internationalen Judentums —, der bekannte Börseaner und Bankier Rathenau — es gibt ja viele, die diesen Namen recht genau kennen — den Ausspruch getan hat, es sei ganz verfehlt, anzunehmen, daß etwa politische Machthaber die Geschichte der Welt lenken, sondern daß es nur 300 Leute sind, die dies tun. Ich glaube, daß unter diesen 300 kaum 5 Deutscharier sind und daß alle übrigen der interessanten jüdischen Rasse angehören. Ich sehe, was die Judenfrage anbelangt, vielleicht auf einem ganz anderen Standpunkte wie so viele Antisemiten. Ich behaupte, daß mit dem Antisemitismus, welcher in irgendein religiöses Gewand gekleidet ist, nichts auszurichten ist, sondern, daß wir nur dann einen Erfolg gegenüber den

Auswirkungen des jüdischen Geistes, dem wir ja hier in Wien auf Schritt und Tritt begegnen, erringen können, wenn wir uns auf den direkten nationalen, deutscharischen Standpunkt, auf den Rassenstandpunkt stellen. Nur von diesem aus darf die Judenfrage betrachtet werden. Es wird ja vielleicht Gelegenheit sein, im Laufe dieser Budgetdebatte die Judenfrage genauer zu behandeln und sich auch damit zu beschäftigen, wie wir mit diesem Einfluß des jüdischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, sei es Politik, sei es Bankwesen, Börsenwesen, Presse, Kunst, Literatur, Theater und alles, was drum und dran hängt, wie wir mit diesem jüdischen Einflusse, der unser deutsches Volkstum in besonders hervorragender Weise schädigt, fertig werden.

Es wurden heute schon verschiedene Fragen behandelt, die auftauchen, wenn man sich damit beschäftigt, wie wir aus diesem Elend herauskommen können. Ich sehe nur eine einzige Lösung und diese ist und bleibt — und dies soll von jedem Redner bei uns betont werden, gleichgültig, welchen Eindruck es macht — die Einverleibung Deutschösterreichs in das große deutsche Mutterland. (*Lebhafte Zustimmung.*) Im österreichischen Parlamente hat am 18. Dezember 1878 ein Mann, dem Sie die Ehrlichkeit der Gesinnung nicht absprechen können, Schönerer, einen beherzigenswerten Ausspruch getan. Er sagte (*liest*): „Die gegenwärtigen Regierungsmänner haben wie unsolide Geschäftsleute die Geschäfte geführt und trotz der leichfertigen Krifa führen sie nunmehr doch noch dieselben fort. Ein Resultat dieser Tätigkeit ist bereits in den deutschen Ländern zutage getreten. Immer mehr hört man in diesen deutschen Ländern Österreich den Ruf: „Wenn wir nur schon zum Deutschen Reich gehören würden!“ Das war im Jahre 1878. Und wissen Sie, was damals erfolgt ist? Tausende von Mißtrauenskundgebungen sind Schönerer zugesendet worden und wurden hier im Parlamente zur Genehmigung der damaligen Regierung verlesen. Heute ist eine Wendung eingetreten und der alte Schönerer hat Recht behalten, der sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß mit Österreich überhaupt nichts anzufangen ist und daß wir alles was wir für unser Volk machen, vom großdeutschen Gesichtspunkte aus zu betrachten haben. Heute ist der Anschluß und die Einverleibung Deutschösterreichs Gemeingut aller geworden, und es freut mich, hier feststellen zu können, daß bedeutende Anhänger und führende Persönlichkeiten, nicht nur vielleicht der sozialdemokratischen, sondern auch der christlichsozialen Partei auf dem Standpunkte stehen, daß uns nur durch Einverleibung Deutschösterreichs in das Deutsche Reich Rettung werden kann.

Ich möchte aber nur wünschen, daß von sozialdemokratischer Seite dieser Standpunkt gerade

jetzt mehr betont wird, als es in der letzten Vergangenheit der Fall war. Ich darf nicht annehmen, daß sich die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ebenso nach Westen orientiert, wie es von Seite des Herrn Dr. Kenner der Fall ist. Was die christlichsoziale Partei anbelangt, so steht ein großer Teil der Wählerschaft auf dem Standpunkte, daß wir nicht die österreichischen Interessen, sagen wir, allenfalls in einem Donaubund vereinigt, zu wahren haben, sondern daß die einzige Rettung eben nur die Einverleibung in das Deutsche Reich bringen kann. Ich habe mit Christlichsozialen verkehrt, welche es bedauert haben, daß in so manchen Zeitungen dieser Richtung — nehmen wir nur das „Neue Reich“ — ein gegenteiliger Standpunkt eingenommen worden ist.

Ich sage dies ausdrücklich, weil ich nicht nur den Freimut der Überzeugung, sondern auch den Glauben habe, daß es am besten ist, wenn man ganz offen über diese allerwichtigste Frage des deutschösterreichischen Volkes wenigstens einige Worte spricht. Ich bin überzeugt, daß, wenn heute eine Volksabstimmung — wir haben sie bis jetzt, obwohl wir in einem Freistaat leben, noch nicht erlebt — über den Anschluß an das Deutsche Reich stattfände, diese Volksabstimmung mit einer großen, überwiegenden Anzahl von Stimmen ergeben möchte, daß das deutsche Volk von Österreich in das Deutsche Reich einverleibt sein will. *(Sehr richtig.)* Alle haben ja doch die Überzeugung, daß wir um Sein und Nichtsein kämpfen.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und aus diesen mögen Sie ja schon erkannt haben, daß ich und auch die Großdeutsche Vereinigung für dieses Budget nicht stimmen werden, aus dem einfachen Grunde, weil wir zu dieser Regierung kein Vertrauen haben. Ich möchte den Herrn Präsidenten aber ersuchen, daß auch mein Resolutionsantrag zur Abstimmung komme, und möchte ihn auch bitten, daß der eine Antrag, der in einer Sitzung des Finanzausschusses eingebracht wurde und der sich darauf bezieht, daß die Regierung aufgefordert wird, in späteren Staatsvoranschlägen dafür Sorge zu tragen, daß staatliche Wirtschaftsbetriebe nicht lediglich mit ihren Einnahmen und Ausgaben im Staatsvoranschlag aufscheinen, sondern daß ein genaues Budget vorgelegt wird, ebenfalls der Abstimmung zugeführt wird. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Der vom Herrn Abgeordneten Dr. Urfin gestellte Resolutionsantrag ist genügend unterstützt, er steht in Verhandlung.

Zum Worte hat sich noch gemeldet der Herr Abgeordnete Hermann Hermann; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hermann Hermann: Sehr geehrte Frauen und Herren! Wenn wir den Vorschlag durchstudieren, so finden wir in jedem Kapitel, ja auf jeder Seite die furchtbaren Wirkungen dieses gräßlichen Krieges. Wir finden überall die Rückwirkungen in finanzieller sowie in wirtschaftlicher Beziehung, und wenn wir zum Volke hinauskommen, werden wir von den Arbeitern, von den Bauern und Gewerbetreibenden gefragt, ob denn eine Erlösung aus dieser trostlosen Lage noch möglich ist. Wir sagen, ja, sie ist möglich, wenn in erster Linie der Friedensvertrag revidiert wird, wenn unsere Arbeiterschaft wieder der produktiven Arbeit zugeführt werden kann. Es ist aber auch unbedingt notwendig, daß alle die Parasiten, welche gegenwärtig noch vom Schweiß der anderen leben, alle diejenigen, welche aus der Not und dem Elend der Bevölkerung Nutzen ziehen, ausgerottet werden. Dazu aber gehört in erster Linie, daß Staat, Länder und Gemeinden einträchtig miteinander arbeiten.

Es hat in seiner Rede Professor Seipel gesagt, daß die Verfassung von allen Ländern verlangt werde, bestes die Hoffnung, daß die Länder beisammen bleiben wollen. Während eben in diesen Tagen in Linz über die Verfassung das große Wort gesprochen wird, finden wir, daß gerade Persönlichkeiten zu dieser Verfassungsfrage sprechen und ihren ganzen Einfluß auf die Verfassung ausüben, die draußen im Lande heute historische und wirtschaftliche Memoranden ausarbeiten, um die Lostrennung von Deutschösterreich und den Anschluß an die Schweiz herbeizuführen. Mein Kollege Dr. Schneider hat bereits auf die Frage des Anschlusses Vorarlbergs hingewiesen und die Anschlußbestrebungen zum Teil zu rechtfertigen gesucht. Er hat die Bevölkerung Vorarlbergs in drei Gruppen geteilt: die eine Gruppe verlangt den unbedingten Anschluß an die Schweiz, die zweite Gruppe wünscht den Anschluß an Süddeutschland und die dritte Gruppe will bei der deutschösterreichischen Republik verbleiben.

Ich möchte hier ganz besonders auf diese Frage eingehen. Es wurde von der provisorischen Landesversammlung am 15. März 1919 ein Komitee gewählt, welches die Anschlußfrage zu studieren hatte, aber nicht gerade den Anschluß an die Schweiz, sondern den Anschluß an das Deutsche Reich oder an die Schweiz. Dieses Komitee hat jedoch einer kleinen Gruppe von Anschlußfreunden, die sich gleich nach dem Zusammenbruch bemerkbar machte, Gehör geschenkt und nur die Frage des Anschlusses an die Schweiz der Behandlung unterzogen. So ist es gekommen, daß schon am 11. Mai 1919 eine Volksabstimmung in Vorarlberg durchgeführt wurde. Dieser Volksabstimmung lag zugrunde, daß man mit der Schweiz in Fühlung treten wolle, um die Be-

dingungen eines eventuellen Anschlusses kennen zu lernen. Natürlich hat die Bevölkerung, die schon vorher bearbeitet war, auch zum größten Teil dafür gestimmt, diese Bedingungen kennen zu lernen, unter denen die Schweiz eventuell Vorarlberg einverleiben würde. Aber bald darauf hat sich herausgestellt, daß gerade diese Abstimmung ein Mittel zum Zweck sein sollte. Es wurde nachher nicht mehr gesagt, daß diese Abstimmung nur dahinging, die Bedingungen kennen zu lernen, sondern es wurde — auch von schweizerischer Seite gerade so wie von unseren Anschlußfreunden — behauptet, daß jener Teil der Bevölkerung, der dafür gestimmt hatte, die Bedingungen des Anschlusses kennen zu lernen, direkt für den Anschluß an die Schweiz gestimmt hätte. Mein geehrter Herr Vorredner Dr. Schneider hat auch behauptet, daß es ideale Gründe seien, welche die Gefühle der Schweiz gegen uns und auch unsere Gefühle gegen die Schweiz bestimmen. Jawohl, es ist richtig, daß die Schweiz während des Krieges und auch nach dem Zusammenbruch der Vorarlberger Bevölkerung mit großer Hilfsbereitschaft entgegengekommen ist, und ich spreche auch von dieser Stelle für diese Hilfsbereitschaft den verbindlichsten Dank aus. Daß es aber ideale Gründe allein sein sollten, welche die Schweiz dazu bewegen, die Anschlußbewegung in dem Maße zu fördern, wie es wirklich geschieht und in verschiedenen Broschüren und Zeitungen durchgeführt wird, glaube ich nicht, sondern es sind tatsächlich nichts weniger als ideale Gründe, welche die Schweiz veranlassen, Vorarlberg in ihr Staatswesen einzubeziehen, und ich weise ganz besonders auf eine Zeitschrift hin, in welcher der Nationalrat Ingenieur Gelpke geschrieben hat, in welcher er behauptet (*liest*): „Hält sich die Schweiz abseits, so schmilzt Vorarlberg mit dem süddeutschen Staatenblocke zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit zusammen. Von den Rhätikonern Alpen, vom Silvretta-Massiv bis zum großen Rheinknie bei Basel, umklammerte dann halbmondförmig ein deutscher Staatenbund die Schweiz. Der Endpunkt der großen Rheinschiffahrt am schwäbischen Meer, der Sammelpunkt des gesamten süddeutschen Schienennetzes, der Schnittpunkt der großen, den zentralen Teil des Festlandes durchquerenden West-Oststraßen vom Atlantischen Ozean nach dem Schwarzen Meer, mit der inskünftigen Meridionalstraße Nürnberg—Augsburg—Mailand, liegt dann hart an der Schweizer Grenze, in Bregenz, auf ausländischem Boden. Mit der verkehrspolitischen Vormachtstellung der Schweiz aber am Bodensee, am Oberrhein und in der zentralen Alpenzone ist es für alle Zeiten vorbei. Eingeknürt im Norden und im Nordwesten von einem einheitlichen Staatenblocke, führt unser an sich schon schwer genug bedrängtes Binnenland

einen hoffnungslosen Kampf um ein freieres Atmen im Weltverkehr.“

Wir sehen schon aus dieser Werbeschrift, die den Schweizern den Anschlußgedanken Vorarlbergs aufklärt, sie für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz erwärmen soll, daß es nicht nur ideale Gründe sind, sondern daß es sich hauptsächlich um die Vormachtstellung in verkehrspolitischer Beziehung handelt.

Gelpke schreibt dann noch weiter (*liest*): „Erfordern auch die Fragen nach der Deckung der Kriegsschulden alle Aufmerksamkeit und die sorgfältigste Prüfung, so erscheinen doch diese finanzpolitischen Erwägungen geringfügig im Vergleich zu den großen, für eine unbegrenzte Zeitdauer bestimmten, beide Länder gemeinsam berührenden Existenzfragen politischer und wirtschaftlicher Natur. Das Vorarlberger Problem ist von einer derart weittragenden Bedeutung, daß die aus Unkenntnis der realen Faktoren bei uns Platz gegriffenen Gleichgültigkeit unmöglich länger bestehen darf. Die Zeit eilt schnell und mit ihr enteilen auch auf Nimmerwiedergutmachen Gelegenheiten, die eine günstige politische Konjunktur uns in den Schoß gelegt hat.“

Ja, wir sehen, daß diese günstige politische Konjunktur, die Hungerkonjunktur, die Not und das Elend ist, in dem sich das Vorarlberger Volk befindet, und diese Konjunktur suchen nun die Schweizer Anschlußfreunde auszubenten, um Gelegenheit zu bekommen, die Anschlußfrage auch auf ihrer Seite in der Schweiz mündgerecht zu machen.

Diese Frage ist nun zu einer brennenden in Vorarlberg geworden und es hat sich gezeigt, daß sich ein Großteil der Bevölkerung für diese Anschlußfrage interessiert hat. Aber es ist nicht nur die Anschlußfrage, welche hier in Erwägung kommt, sondern es ist hauptsächlich der Kampf, der mit dieser Anschlußfrage verbunden wurde. Wenn mein Kollege Dr. Schneider gesagt hat, daß der demokratische Sinn der Vorarlberger Bevölkerung den Anschluß an die Schweiz verlangt, dann möchte ich fragen, ob das auch Demokratie ist, wie dieser Kampf geführt wird. Wenn wir heute die christlich-soziale und die deutschnationale Presse durchblättern, finden wir einen unerhörten Kampf gegen unsere Staatsregierung. Wir finden diesen Kampf, der systematisch geführt wird auf deutschnationaler Seite gerade so wie auf christlichsozialer Seite. Wir finden, daß in der christlichsozialen Presse kein Wort von der Koalitionsregierung gesprochen wird, sondern immer nur von einer jüdisch-sozialistischen Regierung.

Ja, ist das Koalitionspolitik, ist das die Koalition? Wo sind sie, diese Vertreter, wo ist die Koalition zwischen den Sozialdemokraten und Juden? Ich glaube nicht, daß die rechte Seite

unserer Regierung sich als die Juden bezeichnen läßt und die linke Seite ist von den Sozialdemokraten besetzt.

Und unsere Vorarlberger Presse und ganz besonders die deutschnationale: Wenn irgendetwas in der deutschnationalen Wiener Presse kolportiert wird, dann ist es sofort die Vorarlberger Presse, die es abdruckt. Und wenn heute der deutschnationale Abgeordnete Dr. Ursin hier gesagt hat, daß eine parlamentarische Interesslosigkeit vorhanden sei, auch das wird unsere Vorarlberger Presse sofort aufnehmen und ganz besonders die Sozialdemokratie beschuldigen. Aber sie wird nicht mitteilen, daß die allergrößte Interesslosigkeit gerade bei den Deutschnationalen ist, da bei Eingehen in die Spezialdebatte nur ein einziger ihrer Abgeordneten anwesend war. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)*

Geehrte Frauen und Herren! Wir sehen den Kampf, der heute in den Ländern tobt, wir sehen den Kampf des Separatismus und ich erkläre offen, daß dieser Kampf, der gegenwärtig in den Ländern und nicht zuletzt in unserem Lande Vorarlberg geführt wird, viel mehr zum Schaden der gesamten Bevölkerung beigetragen hat als die Arbeiterräte, die Betriebsräte oder die Sozialisierung oder vielleicht das ehrliche Eintreten des Dr. Bauer für den Anschluß an Deutschland. Gerade dieser fortwährende Kampf gegen die Regierung trägt die Schuld daran, daß unsere Kreditfähigkeit so bedeutend gesunken ist, daß wir nicht zum wirtschaftlichen Aufbau kommen und daß unsere Not und unser Elend so vertieft und verlängert werden.

Geehrte Frauen und Herren! Wenn ich meinen geehrten Herrn Vorredner in einer Beziehung unterstützen muß, dann ist es darin, daß gerade unserem Lande viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das erklärt sich vor allem aus der Wirtschaft in unseren Staatsämtern. Vorarlberg liegt an der Grenze Deutschlands und der Schweiz und unsere Industrie und unser Gewerbe sind heute viel mehr als früher am Ausland interessiert, da sie gegenwärtig hauptsächlich durch den Veredlungsverkehr, durch die Lohnarbeit ihre Arbeiter beschäftigen müssen. Da finden wir es ganz unverständlich, daß von den Staatsämtern, ganz besonders aber vom Staatsamt für Finanzen, den Interessenten solche Schwierigkeiten gemacht werden. Fast jede Einfuhr- oder Ausfuhrbewilligung muß von einem Abgeordneten erwirkt werden. Wochenlang stehen die Waggons mit Waren an der Grenze, um abzuwarten, daß das Staatsamt die Einfuhrbewilligung erteile und schon vor Monaten sind die Ansuchen um Einfuhrbewilligung an das betreffende Ressort gerichtet worden. Das erzeugt eine gewisse Mißstimmung in der Bevölkerung, besonders da man ja weiß, daß gerade in Wien viele ganz zweifelhafte Elemente

mit Ein- und Ausfuhrbewilligungen Handel treiben können.

Das ruft bei der Bevölkerung eine Empörung hervor, wenn sie sehen muß, daß ganze Waggons Schuhe durch Schmuggler und Schleichhändler in die Schweiz hinübergeführt werden. Diese Leute sind mit Ausfuhrbewilligungen vom Staatsamt stets gedeckt. Wie kann so ein Schmuggler, Schieber und Schleichhändler eine Einfuhrbewilligung vom Staatsamt erwirken? Wie ist das möglich? Wir haben dagegen protestiert und trotzdem wurde sowohl vom Staatsamt für Finanzen als vom Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten diese Ausfuhr bestätigt. Es ist so weit gekommen, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft sich zusammengetan und die Ausfuhrware einfach nicht durchgelassen haben, daß sie die Schuhe unter die Bevölkerung verteilten. Solche Zustände sollten eben nicht vorkommen. Wenn schon Kompensationsgeschäfte vom Staate aus gemacht werden müssen, sollen sie auch vom Staate durchgeführt oder wirtschaftlichen Genossenschaften übertragen werden, deren wir in unserem Lande genug haben.

Ein besonderes Augenmerk ist auf den Ausbau unserer Wasserkräfte zu lenken. Wir haben in einer Besprechung, welcher auch der Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen beizuhöhen, über den Ausbau der Wasserkräfte Vorarlbergs verhandelt. Dabei waren auch Vertreter von Süddeutschland und der Schweiz anwesend. Es hat sich damals um die Frage gehandelt, wie der Ausbau der Wasserkräfte finanziert werden soll. Die Vertreter Süddeutschlands haben erklärt, daß sie den Ausbau der Wasserkräfte in Vorarlberg mit allen technischen und finanziellen Mitteln unterstützen werden. Was haben aber die Vertreter der Schweiz erklärt? Sie haben offen erklärt: In einem Staatswesen, wo Sozialisierungsgesetze sind, werden wir uns am Ausbau der Wasserkräfte nicht beteiligen, oder besser gesagt, sie haben erklärt, daß sie, da unsere Naturschätze der Allgemeinheit überführt werden sollen, an diesem Ausbau kein Interesse haben; sie haben nur ein Interesse daran, wenn unsere Naturschätze kapitalistischen Gesellschaften überantwortet werden.

Verehrte Frauen und Herren! Wenn ich nun auf jene Gruppe zu sprechen komme, welche sich unbedingt an das heutige Deutschösterreich anschließt, dann ist es die sozialdemokratische Partei Vorarlbergs. Ich kann heute offen erklären, daß wir mit dem deutschösterreichischen Volke schon seit Jahrzehnten um Freiheit und bessere Existenzbedingungen gekämpft haben. Wir haben mit dem deutschösterreichischen Volke gelebt und gelitten und deshalb wollen wir auch am Ausbau der deutschösterreichischen Republik mithelfen. Wir wollen so lange an der Seite des deutschösterreichischen Volkes kämpfen, bis uns endlich die Möglichkeit geboten wird, uns dem großen

deutschen Brudervolk, der deutschen Republik, anzuschließen. Sollte aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen, unter dem Druck der Lasten, die uns mit dem Friedensvertrage aufgebürdet worden sind, unser Staatsgebilde zusammenbrechen, dann ist es selbstverständlich, daß auch unser Land und unser Volk zu diesen Fragen wird Stellung nehmen müssen. Aber dann soll es Sache des Volkes sein. Das Volk soll darüber entscheiden, wo wir uns anschließen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Ich erteile das Schlußwort zunächst dem Herrn Berichterstatter Dr. Adler.

Berichterstatter Dr. Adler: Hohes Haus! Die Debatte über die Kapitel, über die ich zu referieren hatte, hat sich ja zum großen Teile mit politischen Fragen beschäftigt und ich will mich in meinem Schlußwort darauf beschränken, auf jene Erörterungen zurückzukommen, die das rein Budgetäre betreffen. Vor allem hat sich der Herr Abgeordnete Urfin bezüglich des Kapitel I „Oberste Volksorgane“ geäußert, daß er nicht zu finden vermöge, daß jene Sparsamkeit, von der hier die Rede sei, wirklich überall in nötigen Maße obwalte. Der Herr Abgeordnete Urfin hat uns ein Beispiel gebracht an den Aufwendungen, die gegenwärtig noch in der Marinektion gemacht werden; und es ist in der Tat ein ziemlich erheblicher Aufwand im Vergleich zu der Marine, über die Österreich gegenwärtig verfügt. *(Heiterkeit.)*

Aber, meine Herren, es wäre, glaube ich, ein arger Irrtum, wenn man diese Aufwendungen, von denen da seitens des Herrn Abgeordneten Urfin die Rede war, mit dem vorliegenden Budget in irgendeinen Zusammenhang bringen würde. Es handelt sich ja da immer nur um liquidierende Stellen und es kann von unserer Seite nicht genug betont werden — und ich glaube, daß darin alle Parteien dieses hohen Hauses miteinander im Einklang sein werden —, daß wir alle das dringendste Interesse haben, daß die Liquidierung der alten österreichisch-ungarischen Monarchie rasch und gründlich zu Ende geführt werde. *(Sehr richtig!)* Es sind also diese Aufwendungen und Institutionen, von denen der Herr Abgeordnete Urfin gesprochen hat, nicht auf das Konto unseres Staatswesens und damit auch nicht auf das Konto unseres gewöhnlichen Budgets, sondern auf das Konto der Liquidation zu legen und es wird noch beim Kapitel „Liquidation“ Gelegenheit sein, über den Abbau der Liquidation, der nach Kräften gefördert werden muß, hier ausführlich zu sprechen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Urfin eine Sache in den Bereich seiner Erörterungen gezogen, wo, wie er meint, gleichfalls nicht Sparsamkeit in dem Maße geübt worden sei, wie dies zu wünschen wäre. Er hat uns eine Statistik der in Betrieb befindlichen Autos angeführt. Soweit ich mich inzwischen erkundigen konnte, sollen beide Zahlen nicht stimmen, die der früheren Autos zu niedrig, die der jetzt in Verwendung stehenden Autos viel zu hoch angegeben sein. Ich glaube, der Irrtum dürfte wohl vor allem daraus hervorgehen, daß Herr Abgeordneter Urfin nur an die Regierung gedacht hat, wie sie früher Zisleithanien betraf, und nicht an jenen großen Aufwand gedacht hat, den die gemeinsame Regierung hatte und der insbesondere während des Krieges ganz kolossale Dimensionen angenommen hatte. Es ist den Tatsachen nicht entsprechend, wenn gesagt wird, daß wir momentan etwa gar mehr Autos in Verwendung haben, als sie früher zu Regierungszwecken in Wien zur Verfügung gestanden sind; denn wir wissen alle sehr genau, welche riesigen Aufwendungen gerade vom Kriegsministerium während der fünf Jahre des Krieges gemacht wurden, und es sind ja alle Bestände im wesentlichen aus den alten Beständen entnommen.

Ich möchte aber doch noch bemerken: Wenn wir das Verkehrswesen, soweit es Regierungsdienste betrifft, ins Auge fassen, werden wir ja bei den Autos nicht stehen bleiben dürfen, sondern müssen den Vergleich doch weiter spinnen und in Betracht ziehen, was an anderen Verkehrsmitteln, so zum Beispiel im Eisenbahnverkehr früher angewendet worden ist.

Es ist den Herren bekannt, daß nicht nur fortwährend eigene Hofzüge im Dienste gewesen sind, sondern daß auch jeder frühere Minister, wenn er auch nur von Hütteldorf nach Wien gefahren ist, einen eigenen Salonwagen in den Personenzug einstellen ließ. Auch da hat eine sehr starke Restringierung auf das unbedingt notwendige Maß stattgefunden. Zu bemerken ist, daß natürlich die ganze Frage des Verkehrs für die Regierungsstellen immer ein sehr leichter Anhaltspunkt für Demagogie außerhalb des Hauses ist und man auf diese Weise Stimmung zu machen sucht. Aber es ist doch selbstverständlich, daß die Regierungsstellen in der Lage sein müssen und zu allen Zeiten in der Lage sein mußten, über die schnellsten Verkehrsmittel zu verfügen. Das ist natürlich etwas relatives. In den vierziger Jahren, bevor es eine Eisenbahn gegeben hatte, mußte die Regierung über die schnellsten Pferde verfügen; heute muß sie natürlich auch über die schnellsten Verkehrsmittel verfügen. Ebenso wie vor 50 Jahren in Wien niemand ein Telefon gebraucht hat, so ist die relative Möglichkeit, im Verkehr überall am schnellsten zu sein, doch immer eine

solche, die den Forderungen eines jeden Regierungssystems selbstverständlich entsprechen muß.

Ich glaube also, daß es falsch wäre, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob die Verwendung von Telephonen, von denen der Herr Abgeordnete Urjin auch gesprochen hat, zu mißbilligen wäre, sondern wir wünschen selbstverständlich, daß unsere Regierungsorgane über alle Verkehrsmittel, soweit es für ihre Funktion notwendig ist, verfügen. Andererseits aber, glaube ich, ist das ganze Haus darin einig, daß wir die strengste Sparsamkeit und Beschränkung auch bezüglich der Verkehrsmittel angewendet wissen wollen. Dabei ist natürlich zu beachten, daß wir es während dieser letzten einhalb Jahre mit ganz exceptionellen Zuständen zu tun gehabt haben, in einer Zeit, wo so und so oft die Eisenbahn nicht gegangen ist, aber dennoch ein gewisser Verkehr, wenn es auch vielleicht in den Ländern nicht als so notwendig empfunden worden ist, daß die Verbindung mit Wien tatsächlich immer besteht, aufrechterhalten werden mußte. In diesem Zusammenhang ist noch zu sagen, daß wir das Interesse für den Staat haben, daß der Verkehr auch für unsere Regierungsorgane erhalten bleibt. Das sind, glaube ich, die wesentlichsten Punkte, die hier zur Kritik überhaupt Anlaß gegeben haben.

Ich möchte noch bemerken, daß die zwei Resolutionen, über die abzustimmen ist und von denen sich die eine, die der Herr Abgeordnete Dr. Urjin erwähnt hat, der Budgetausschuß tatsächlich zweigen gemacht hat und um deren Annahme durch das hohe Haus ich bereits in meinem einleitenden Referat gebeten habe. Die andere Resolution, die der Herr Abgeordnete Urjin neu vorgelegt hat, ist dem Budgetausschuß nicht vorgelegen und ich möchte im Sinne des Usus, wie er bei früheren Budgetdebatten im alten Abgeordnetenhaus geherrscht hat, bitten, diese Resolution dem Budgetausschuß zur Beratung zuzuweisen. Mein Antrag bezüglich der vom Abgeordneten Urjin eingebrachten Resolutionen ist also: Zuweisung an den Budgetausschuß. Die andere Resolution ebenso wie die anderen Anträge des Budgetausschusses bitte ich anzunehmen.

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erteile das Wort dem zweiten Herrn Berichterstatter, dem Herrn Abgeordneten Dr. Gürtler.

Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler: Hohes Haus! Im wesentlichen haben ja die Voranschläge für das Staatsamt des Äußern eine Anfechtung nicht erfahren und die Außenpolitik des Herrn Staatssekretärs für Äußeres hier zu vertreten, bin ich weder berufen noch befugt. Es würde sich also vom Standpunkte des Berichterstatters eigentlich nicht

mehr viel zu sagen erübrigen. Immerhin kann ich aber einige Bemerkungen, die ich mir hier vorzubringen erlauben möchte, doch nicht unterdrücken. Es ist hier — und insofern ist ja der Ausdruck der Unzufriedenheit mit irgendeiner von einem bestimmten Ressort bekundeten Haltung auch eine Kritik an dem Budget selbst, das man dem betreffenden Ressort bewilligt —, es ist hier von seiten des Herrn Dr. Straffner der Wunsch nach einer Außenpolitik zum Ausdruck gelangt, die auf eine Revision des Friedensvertrages hinarbeitet. Ich glaube, es gibt niemand in diesem Staate, der eine Revision des Friedensvertrages nicht wünscht, und wir würden gewiß alle als einen großen Erfolg unserer Außenpolitik betrachten, wenn es ihr gelingen würde, eine derartige Revision herbeizuführen.

Nun hat sich aber in der gestrigen Debatte der Herr Kollege Dr. Schönbauer mit der Außenpolitik unseres gegenwärtigen Außenministers beschäftigt und hat getabelt, daß unser Außenminister nach Italien gefahren ist und dadurch eventuell in Frankreich einen Eindruck hervorgerufen hat, der ihm nicht wünschenswert scheint. Nun steht aber doch gerade das italienische Kabinett auf dem Standpunkte der Revision des Friedensvertrages und befindet sich in diesem Belange in Übereinstimmung mit dem englischen Kabinett. Ich meine daher, daß, wenn man schon wünscht, daß eine Außenpolitik — soweit unser Staat eine Außenpolitik machen kann — gemacht wird, die auf eine Revision des Friedensvertrages hinarbeitet, es von diesem Gesichtspunkte aus nicht als unzumutbar erscheinen kann, wenn mit jenen Staaten Fühlung genommen wird, die selbst einer derartigen Revision des Friedensvertrages wohlwollend gegenüberstehen. *(Abgeordneter Dr. Schönbauer: Ich habe gerade das Gegenteil von dem gesagt, was Sie behaupten.)* Dann habe ich, wie schon so oft das Unglück gehabt, den Herrn Kollegen Dr. Schönbauer mißzuverstehen. Ich kann objektiv nicht feststellen, auf welcher Seite die Voraussetzungen für dieses Mißverständnis liegen.

Ich glaube, daß eine Auseinandersetzung zwischen mir und dem Herrn Dr. Schönbauer daher gar keinen Zweck hat und ruhig unterbleiben kann. Ich habe ihn ja auch schon in St. Germain mißverstanden. *(Abgeordneter Dr. Schönbauer: Als Berichterstatter sollten Sie doch etwas das stenographische Protokoll lesen!)* Das werde ich in dem Momente lesen, wo es mir vorgelegt wird. Ich habe keine besonderen Beziehungen, werde aber nicht verfehlen, falls mich das stenographische Protokoll irgendwie berichtigen sollte, falls es nicht vorher von Ihrer Seite richtiggestellt wurde, das loyal zuzugeben.

Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, festzustellen, wie weit unsere diplomatischen Vertreter im Auslande jenes Manko aufweisen, das Herr Kollege Strassner an ihnen getadelt hat. Ich habe selbst nur einen beschränkten Kreis von Bekannten unter diesen Herren und da muß ich allerdings sagen, ist mir innerhalb dieses Bekanntenkreises — vielleicht ist das selbstverständlich, da sich infolge meiner Parteizugehörigkeit jener Bekanntenkreis nicht aus den Gruppen rekrutiert, denen dieses Manko eignet, von dem der Herr Kollege Strassner gesprochen hat —, ich möchte also sagen, persönlich ist mir ein übermäßiges Manko in dieser Richtung nicht aufgefallen; ich bin aber nicht in der Lage, hierüber ein abschließendes Urteil zu geben.

Aber über eine Sache möchte ich einmal, und da wirklich nur als Berichterstatter, sprechen, und das ist der berühmte Streik vom 21. Juli 1919, der hier in der Debatte zu wiederholten Malen erwähnt wurde.

Ich habe diesen Streik in Frankreich erlebt, beziehungsweise nicht erlebt, weil er dort nicht stattgefunden hat. Und da möchte ich ganz nüchtern und objektiv folgenden Tatbestand feststellen: Der Streik in Frankreich ist damals im wesentlichen von den französischen Eisenbahnern ausgegangen und war, soweit die französische Presse damals darüber berichtet hat, im wesentlichen ein Streik contre la vie chère, gegen das teure Leben, und hat sich allerdings in diesem Sinne gegen die Regierung Clémenceau, die man für die teure Lebensführung verantwortlich machte, gewendet. Clémenceau ist nun mit diesem Streik sehr rasch fertig geworden, er hat mit einer gewissen damaligen Mentalität des französischen Volkes gerechnet und hat die Frage aufgeworfen: Wer will dafür die Verantwortung übernehmen, daß unsere Poilus 24 Stunden später nach Hause kommen? Es war das in der Zeit, wo die französischen Soldaten in ihre Heimat transportiert wurden. Dieses Wort hat eingeschlagen und der Eisenbahnstreik war erledigt.

Man hat dann den Streikenden, beziehungsweise Nichtstreikenden immerhin eine gewisse Konzession gemacht, Clémenceau hat seinen Ernährungsminister geopfert, es ist damals ein anderer Mann französischer Ernährungsminister geworden und damit war für Frankreich die Sache erledigt. Tragisch genommen hat diesen Streik nur das alte lendenlahme Tier, der österreichische Amtschimmel, den man in diesen Tagen zu einer, seiner Tradition gar nicht entsprechenden Gebärde gezwungen hat, es ist damals in Österreich von Amt wegen gestreift worden. Ich gebe zu, daß es zur Zeit der Verhandlungen von St. Germain kein Alt übermäßiger politischer Klugheit gewesen ist, den österreichischen

Amtschimmel zu einer Demonstration gegen den Vorsitzenden der Friedensdelegation zu verwenden, aber ich meine, alle jene weitergehenden Konklusionen, die aus dieser Entgleisung gezogen wurden, erübrigen sich aus dieser einfachen Darstellung des Sachverhaltes.

Im übrigen habe ich als Berichterstatter auf Grund der hier stattgefundenen Debatte zu dem von mir vertretenen Teile des Budgets nichts mehr zu bemerken und kann nur den von mir bereits gestellten Antrag, diesem Teil des Budgets die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, nochmals dem hohen Hause wiederholen. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Geehrte Frauen und Herren! Ich nehme an, daß Sie die von den Herren Berichterstattern gestellten Anträge bereits kennen, ich werde sie nicht mehr verlesen, da ja die Herren Berichterstatter sie wörtlich dem hohen Hause zur Kenntnis gebracht haben.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche diesen Anträgen hinsichtlich der Kapitel I, II, III, VII und XIV unseres Staatsvoranschlages in der Fassung des Ausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ist angenommen.

Dann liegen zwei Resolutionen vor, eine Resolution des Ausschusses und eine Resolution des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin. Ich bringe zunächst die Resolution des Ausschusses zur Abstimmung und bitte diejenigen Frauen und Herren, welche der Resolution des Ausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Dann liegt eine Resolution des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin vor. In dieser Hinsicht beantragt der Herr Berichterstatter Dr. Adler, daß dieser Resolutionsantrag dem Finanz- und Budgetausschusse überwiesen werde.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche der Meinung sind, daß dieser Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Ursin dem Finanz- und Budgetausschusse überwiesen werden möge, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ist angenommen.

Damit sind wir mit der ersten Gruppe in der Spezialdebatte über das Finanzgesetz, beziehungsweise unseren Staatsvoranschlag zu Ende.

Wir schreiten zum Schluß der Sitzung.

Ausschuhmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten Wutte als Mitglied, Frankberger, Trayler, Schürff und Größbauer als Ersatzmänner des Finanz- und Budgetausschusses.

Sofern diese Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird (*nach einer Pause*), und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel:*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Dem Herrn Abgeordneten Franz Domes wurde ein Urlaub bis einschließlic 2. Mai d. J. erteilt.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 27. April, 3 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (*667 der Beilagen*).

Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Somit ist dieser Vorschlag genehmigt.

Das Ergebnis der Stimmenabgabe ist folgendes: Abgegeben wurden 63 Stimmzettel. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 32. Gewählt erscheinen mit je 63 Stimmen in den Finanz- und Budgetausschuß: als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Schürff; als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Partik, Dr. Aigner, Stocker, und Dr. Schönbauer.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 5 Minuten nachmittags.